

# Pressespiegel zur Erstaufnahmestelle Traiskirchen und der Verteilung von Flüchtlinge auf die Länder, Oktober, November 2012 (unvollständig)

## Dobusch kontert Mikl-Leitner: „Das ist Aufruf zum Rechtsbruch“

LINZ/WIEN. Streit um Asylplätze: „Unterbringung in der Kaserne Ebelsberg ist nicht möglich“

FOTO: Um die Erstaufnahmestelle Traiskirchen (Bild) zu entlasten, müssen die Bundesländer bis Ende November mehr Plätze für Asylwerber finden. Bild: APA/HANS KLAUS TECHT

„Es blieb der Frau Innenministerin vorbehalten, als erste in diesem Amt seit 1945 zum Rechtsbruch und zum Amtsmissbrauch aufzurufen“, sagt der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SP) im OÖNachrichten-Gespräch. Er reagiert damit auf einen verbalen Angriff von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (VP) im gestrigen OÖNachrichten-Interview, wonach er die Unterbringung von Asylwerbern in der Ebelsberger Kaserne blockiere. Dabei, so die Ministerin, lasse sich die Sache „mit gutem Willen“ lösen.

„Es geht hier nicht um guten Willen“, kontert der Linzer Stadtchef. Er habe sich bereits offen für die weitere Aufnahme von Asylwerbern in Linz gezeigt (derzeit werden in der Landeshauptstadt rund 350 betreut). Aber auch bei der Unterbringung von Asylwerbern müsse er sich als Bürgermeister an die Rechtsordnung, konkret an den Flächenwidmungsplan, halten. Und nach einer Rechtsprüfung sei die Nutzung der Kaserne sowie der einstigen Kfz-Prüfstelle des Landes in Linz als Asylwerber-Unterkunft nicht möglich. „Von der Innenministerin, die die Hüterin des Rechtsstaates sein sollte, hätte ich einen so lockeren Umgang mit dem Recht nicht erwartet“, sagt Dobusch Richtung Mikl-Leitner. Die SPÖ verweist zudem darauf, dass sich die Linzer ÖVP gestern einer Forderung der FPÖ angeschlossen habe, die Unterbringung von Asylwerbern in der Kaserne Ebelsberg zu verhindern – entgegen der Intention von VP-Ministerin Mikl-Leitner.

Deren Ankündigung, 30 bis 40 Asylwerber könnten am Welser Polizeireal untergebracht werden, trifft im Büro des zuständigen LH-Stellvertreters Josef Ackerl (SP) auf Zurückhaltung – und zwar aus demselben Grund wie in Linz: Es müsse erst das Ergebnis der Prüfung abgewartet werden, ob die Asylwerber-Unterbringung bei der derzeitigen Flächenwidmung (Verwaltung) überhaupt rechtmäßig sei, heißt es. Bürgermeister, die sich nicht an den Flächenwidmungsplan halten, würden sich strafbar machen.

Natürlich kann der Flächenwidmungsplan sowohl in Linz als auch in Wels geändert werden. Dazu ist aber ein längeres Prozedere mit Gemeinderatsbeschluss notwendig. Oberösterreich muss aber bis Ende November die 300 dem Bund zugesagten zusätzlichen Asylwerberplätze zusammenbringen. 248 davon sind laut dem Büro Ackerl bereits gesichert, wobei nicht alle mit 1. Dezember bezugsfertig seien, weil Adaptierungen notwendig sind. Aber bis Mitte Dezember sei dies möglich, hieß es gestern.

23. November 2012 - 00:05 Uhr, <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Dobusch-kontert-Mikl-Leitner-Das-ist-Aufruf-zum-Rechtsbruch;art385,1013993>

.....

## Wohnungssuche für 20 Asylwerber

PERG. Die Stadt Perg soll 20 Asylwerber aufnehmen. Wo das sein wird, ist noch offen.  
Werbung

FOTO: Für das Quartier in der Dr.-Schober-Straße wird geeigneter Ersatz gesucht. Bild: lebe

Um das überfüllte Lager in Traiskirchen zu entlasten, werden derzeit im gesamten Bundesgebiet geeignete Quartiere gesucht. Auch in Perg sollen 20 Menschen, die in Österreich um Schutz vor Verfolgung angesucht haben, Aufnahme finden. Dies wird jedoch aller Voraussicht nach nicht in jenem Haus in der Dr.-Schober-Straße passieren, das die Volkshilfe hierfür im Oktober angemietet und bereits adaptiert hat.

Denn dieser Standort ist – darüber ist man sich im Rathaus über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig – für die Unterbringung von 20 Personen denkbar schlecht geeignet. Unter anderem deshalb, weil die Stadt die Dr.-Schober-Straße schon seit geraumer Zeit als zusätzliche Geschäfts- und Einkaufsstraße im Zentrum entwickeln möchte. „Vor allem aber bietet das Haus so gut wie keine Rückzugsräume für die Bewohner. Man würde den Asylwerbern mit einer Unterbringung hier keinen guten Dienst erweisen“, sagt Bürgermeister Anton Froschauer. Es gäbe weder einen Garten noch andere Freizeitflächen. Das Gemeinschaftsleben der Bewohner würde sich somit zwangsläufig auf dem Altzinger-Parkplatz abspielen.

Aus diesem Grund wird nun ein anderer Standort für die Flüchtlingsaufnahme in Zentrumsnähe gesucht. Auch LH-Stv. Franz Hiesl wurde eingeschaltet, um als Vermittler zu seinem Amtskollegen Josef Ackerl tätig zu werden. „Wir bemühen uns um eine Ersatzlösung, die sowohl für die Stadt als auch die Betroffenen besser geeignet ist“, sagt Froschauer. Ein Haus in etwa 200 Metern Entfernung habe man schon besichtigt. Derzeit warte man auf das Okay der zuständigen Fachabteilung, ob sich dieser Standort für die Unterbringung eignet. Froschauer: „Ich hoffe, wir können das in den kommenden Tagen fixieren.“

23. November 2012 - 00:04 Uhr - Bernhard Leitner - <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/muehlviertel/Wohnungssuche-fuer-20-Asylwerber;art69,1013723>

.....

### **Asyl: OÖ wird Quotenziel nicht schaffen**

Viele Bundesländer geben sich zuversichtlich, die fehlenden Plätze für Asylwerber zur Entlastung der Erstaufnahmestelle Traiskirchen aufzutreiben. Einige, darunter auch Oberösterreich, geben aber bereits unumwunden zu, dass die Zeit wohl zu knapp wird.

Oberösterreich, hinter Salzburg die Nummer zwei in Sachen Säumigkeit, meint, die nötigen 300 Plätze erst bis Jahresende erreichen zu können. Bis Ende November, wie beim Asylgipfel ausgemacht, werden die Plätze nicht geschaffen werden können.

Kein Verständnis für „künstlichen Druck“

Gesichert seien derzeit 248 Plätze für Asylwerber, hieß es am Freitag aus dem Büro des zuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl (SPÖ). Die bauliche Adaptierung könne sich noch bis in den Dezember hinein ziehen, die Quartiere würden jedenfalls bis Jahresende bezugsfertig gemacht. Kein Verständnis hat man für den „künstlichen“ Druck seitens des Bundes. Es sei doch klar, dass Adaptierungen ein wenig Zeit brauchen.

23.11.2012, <http://ooe.orf.at/news/stories/2560219/>

.....

### **Asylwerber: Land und Caritas optimistisch**

Vorarlberg hat noch eine Woche Zeit, seine Flüchtlingsquote zu erfüllen. Derzeit seien 743 Asylwerber in Voralberg untergebracht, so Martin Fellacher von der Caritas. Land und Caritas sind optimistisch, dass die noch fehlenden Plätze rechtzeitig gefunden werden.

Vorarlberg müsste laut Angaben der Caritas 892 Asylwerber aufnehmen. Zieht man die schon untergebrachten Flüchtlinge von dieser Zahl ab, fehlen derzeit noch 149 Plätze. Beim Asylgipfel Ende Oktober wurde dem Land aber ein Spielraum von rund 100 Plätzen eingeräumt, was heißt, dass noch rund 50 Unterkünfte für Asylwerber gefunden werden müssen. Landesrat Erich Schwärzler (ÖVP) ist zuversichtlich, dass diese Vorgabe zu erfüllen ist. Die Caritas sei im Moment aktiv auf Quartiersuche und auch erfolgreich. Bis 1. Dezember müsste noch eine Quote von ca. 50 Asylwerbern erfüllt werden. Er sei davon überzeugt, dass diese Zahl auch erreicht werden könnte, so Schwärzler.

„Keine Containerdörfer mit Flüchtlingen“

Containerdörfer mit Flüchtlingen, wie die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) säumigen Ländern angedroht hat, werde es in Vorarlberg sicher nicht geben, betonte Landesrat Schwärzler. Vorarlberg habe Handschlagqualität und werde das, was es zugesagt habe, auch erfüllen. Wenn es Länder gebe, die diese Quote nicht erfüllen, dann habe die Ministerin mit diesen Ländern zu reden.

Um in der letzten Woche noch Quartiere zu finden, sei man mit Bürgermeister in Gesprächen, sagte Schwärzler weiter. Es sei aber nicht einfach, die Ängste von betroffenen Bürgern zu zerstreuen.

Auch Caritas ist zuversichtlich

Die „Vorarlberger Nachrichten“ zitierten am Freitag Caritas-Direktor Peter Klinger. Auch dieser gab sich zuversichtlich, dass Vorarlberg bis Ende November 820 Asylwerber beherbergen und damit die Verpflichtungen erfüllen werde, die das Land beim Asylgipfel im Oktober akzeptiert hat.

Beim Asylgipfel hatten sich sechs Länder, darunter Vorarlberg, verpflichtet, insgesamt 780 Asylwerber zusätzlich aufzunehmen, um das überfüllte Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in Niederösterreich zu entlasten. Derzeit sind rund 730 Asylwerber hier.

.....

## **We demand our rights!' - Hunderte Flüchtlinge demonstrieren von Traiskirchen nach Wien**

FOTO: Flüchtlings-Demonstration am 10. November 2012 in Wien.

Mit dem Protest- marsch am 21. November 2012 und dem anschl. Protestcamp in Wien fordern Flüchtlinge menschenwürdige Lebens- bedingungen. Presse- aussendung vom 21. November 2012.

In den letzten Wochen und Monaten finden immer mehr Kämpfe im Bereich europäischer Flüchtlingspolitik statt. Im letzten Sommer erreichten Proteste auch Zentraleuropa. In Deutschland, aber auch in anderen Ländern wie Österreich fanden viele Aktionen und Flüchtlingsproteste gegen Abschiebungen und für Bewegungsfreiheit statt. Betroffene dieser menschenunwürdigen Asylpolitik organisieren sich vermehrt selbst und gehen in die Öffentlichkeit.

Seit den :: Aktionen der Flüchtlinge aus Somalia und der :: Demonstration am 10. November 2012 in Wien wachsen die Proteste der Flüchtlinge und die Solidarität mit ihnen stetig an. Die Flüchtlinge stellten bereits ihre Forderungen über vielen Themen wie Gesundheit, Sprachbarrieren, Asylverfahren, Abschiebungen und Lebens- und Wohnbedingungen in Lagern.

24.11 um 07:00 - Flüchtlingsmarsch von Traiskirchen nach Wien

Am Samstag, den 24. November 2012, werden Flüchtlinge zu Fuß vom Flüchtlingslager Traiskirchen nach Wien marschieren. Es wird erwartet, dass mehrere hundert Flüchtlinge an der Demonstration teilnehmen werden. Auch von anderen Bundesländern werden Flüchtlinge erwartet.

Der Aufmarsch wird von Traiskirchen über Guntramsdorf - Mödling - Wr. Neudorf Wien erreichen. In diesen Orten wird es jeweils Zwischenstopps und Kundgebungen mit Redebeiträgen geben, wo die lokale Bevölkerung die Gründe der Aktion erfahren. Weiters besteht so die Möglichkeit, Informationen über die österreichische Asylpolitik im Allgemeinen und über die konkrete aktuelle Lage der Flüchtlinge zu erhalten. Der Aufmarsch wird von Ärzt\_innen begleitet und es wird warmes Essen und Trinken in Pausen verteilt.

Die Demonstrant\_innen werden zum Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße marschieren, wo um ca. 17:00 eine Empfangskundgebung mit breiterer Beteiligung abgehalten wird. Die Demonstration wird weiter zur Innenstadt Richtung Parlament geführt. Im Votivpark wird die Demonstrationsroute enden. Um die Anliegen und Forderungen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, wird im Anschluss an die Demonstration als Zeichen ein Camp in der Innenstadt errichtet. Es ist geplant, dieses solange aufrecht zu erhalten, bis die Verantwortlichen den Forderungen der Flüchtlinge im Bezug auf der österreichischen Asylpolitik und speziell auf den schlechten Lagerbedingungen in Traiskirchen nachgehen. Die unten angeführten Forderungen wurden von den Flüchtlingen selbst formuliert und werden im Camp vor Ort weiter diskutiert und erweitert. Die Aktion wird von vielen migrantischen und nicht-migrantischen Communities und Organisationen aktiv unterstützt.

Für Fragen und Interviews zu aktuellen Flüchtlingsprotesten und zur Situation in Traiskirchen stehen wir unter unten stehendem Kontakt gerne zur Verfügung.

Forderungen der protestierenden Flüchtlinge

Wir sind Flüchtlinge, in Österreich angekommen um Asyl zu suchen und hier ein neues Leben aufzubauen. Unsere Länder sind zerstört, durch Krieg, Militärgewalt und Armut aufgrund kolonialistischer Politik. Wir kommen aus Pakistan, Afghanistan, Somalia, Nigeria, Gambia, Syria, Kurdistan, Iran und anderen Ländern und sind nun hier im Flüchtlingscamp Traiskirchen. Wir dachten, dass wir in diesem Camp Hilfe und Unterstützung von Österreich bekommen, aber was wir hier gesehen und erfahren haben, ist, dass der österreichische Staat bisher nicht gezeigt hat, dass wir willkommen sind. Wir verharren im Flüchtlingscamp unter sehr schlechten Bedingungen.

Wir, die Flüchtlinge aus Traiskirchen erheben nun unsere Stimmen und fordern unsere Rechte. Wir verlangen von den Verantwortlichen folgende Verbesserungen:

1) Die Dolmetscher\*innen, die während der Asylverfahren im Einsatz sind, müssen alle durch neue ersetzt werden. Diese Dolmetscher\_innen arbeiten hier seit sehr langer Zeit, machen Witze über Betroffene. Es bestehen gravierende Kommunikationsprobleme. Die Dolmetscher\_innen übersetzen teilweise absichtlich falsch - dies hat negative Auswirkungen auf die Gerichtsverfahren sowie die Interviews mit Behörden/Beamten. Die Folge sind oftmals negative Bescheide sowie schnelle Abschiebungen. Es gibt mehrere Fälle, in welchen in diesem Zusammenhang bereits innerhalb 2 Wochen der zweite negative Bescheid ausgehändigt wurde.

2) Nachdem Erhalt eines zweiten negativen Bescheides verlangt das Gericht von uns Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren in der Höhe von 220 Euro zu zahlen. Im Falle einer Nicht-Erbringung kam es in mehreren Fällen zu Haftstrafen. Das ist inakzeptabel weil wir keine Kriminellen sind, uns ist es als Asylsuchende lediglich nicht erlaubt zu arbeiten. Wir fordern, diese Gebühren nicht mehr zahlen zu müssen.

3) Alle Abschiebungen müssen gestoppt werden. Es muss den Menschen möglich sein, hier zu bleiben oder in ein weiteres Land zu gehen.

4) Wir fordern mehr Dolmetscher\_innen für Arztbesuche, insbesondere Übersetzer\_innen der Urdu Sprache.

5) Wir fordern generell mehr Ärzte und Ärztinnen für Flüchtlinge.

6) Es gibt viele Überstellungen in abgeschiedene, ländliche Gegenden. Das muss gestoppt werden da vor Ort benötigte Infrastruktur nicht gewährleistet wird. Die Menschen haben keinen Zugang zu Rechtsanwält\_innen oder Möglichkeiten zum Einkaufen. Das bedeutet für Flüchtlinge faktisch Isolation, da sie derzeit nicht zu benötigter Hilfe kommen.

7) Im Camp selbst müssen Deutschkurse und Berufsvorbereitungskurse mit Praxis-Schwerpunkt z.B. im handwerklichen Bereich eingeführt und abgehalten werden. Auch für die Deutschschule brauchen wir Übersetzer\_innen.

8) Kinder von Familien, die im Camp leben, müssen in reguläre lokale Schulen mit ortsansässigen Kindern gehen können.

9) Das Essen muss gesünder und nahrhafter sein. Die Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, sowohl selbst zu kochen als auch das Essen in ihre Zimmer mitzunehmen.

10) Saubere und gute Kleidung und Schuhe für alle Jahreszeiten muss zur Verfügung stehen.

11) Die Arbeitsbedingungen im Camp müssen verbessert werden und der Betrag, der für Reinigen und Kochen bezahlt wird ist nicht ausreichend.

12) Tickets für den Öffentlichen Verkehr müssen unentgeltlich angeboten werden, zumindest für 3 Tage, so das jede und jeder die Möglichkeit hat, das Land, die Menschen, deren Leben kennen zu lernen. So ist es auch möglich, zu Rechtsinformationen zu kommen und sich um den eigenen Fall rechtlich zu kümmern.

13) Wir benötigen einen Friseur für Männer und Frauen.

14) Das Taschengeld in der Höhe von 40 Euro monatlich ist absolut nicht ausreichend und muss erhöht werden.

15) Wir benötigen dringend diverse Sanitärartikel. Artikel wie Nagelscheren, Spiegel,.. - es sind nicht einmal Spiegel in den Badezimmern vorhanden(!).

16) Im Flüchtlingscamp sind wir vom Rest der Welt isoliert, weil wir keinen Internetzugang und kein Fernsehen haben. Wir benötigen beides, um Kontakt mit unseren Familien und Freund\_innen zu haben. Obwohl wir im 21sten Jahrhundert leben haben wir keinen Zugang zu modernen Medien sowie modernen Formen der Kommunikation. Wir fordern freien Internetzugang in den Camps und TV mit Sat-Empfang um Informationen von der Welt zu erhalten.

Wir fordern diese grundlegenden Rechte von der österreichischen Regierung, der Europäischen Union, für Flüchtlinge weltweit. Wir ersuchen die österreichische Regierung, ihrer Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen nachzukommen.

Wir werden unsere Aktionen solange fortsetzen, bis unsere Stimmen gehört, und unsere Forderungen erfüllt sind.

Bewegungsfreiheit für alle Flüchtlinge!  
We will rise!

Traiskirchen, 21. November 2012

22. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4274>

.....

**Samstag, 24. November: Marsch protestierender Geflüchteter von Traiskirchen nach Wien – anschließend Camp im Sigmund-Freud-Park**

Die Proteste der Geflüchteten gehen weiter:

Für Samstag, 24. November planen in Traiskirchen untergebrachte Asylwerber\_innen einen Protestmarsch nach Wien. In Wien soll es einen großen Empfang und anschließend eine gemeinsame Demonstration geben.  
Neben Asylwerber\_innen aus Traiskirchen wollen sich auch die somalischen Aktivist\_innen, die von 10. bis 12. Oktober vor dem Parlament für ihre Rechte demonstriert haben, am Protestmarsch beteiligen.

Programm:

24. November :

7.00 Treffpunkt bei der „Betreuungsstelle Ost“ in der Otto-Glöckel-Straße 24 in Traiskirchen, Frühstück, ...

9.00 Aufbruch zum Protestmarsch nach Wien

16.00–18.00: Demonstration vor dem Asylgerichtshof (Wien 10, Laxenburger Straße 36)

Danach: Dauerkundgebung im Sigmund-Freud-Park.

Details:

von Traiskirchen auf B17/Wiener Straße bis Möllersdorf  
(Eigenheimsiedlung) – Karl-Adlitzer-Straße – Guntramsdorfer Straße

**\*Guntramsdorf\***

Möllersdorfer Straße – Kirchengasse – Hauptstraße – Kundgebung auf Höhe Hauptstraße / Laxenburger Straße – Laxenburger Straße (L2083)

**\*Laxenburg\***

Guntramsdorfer Straße – Schlossplatz (Kundgebung) – Hofstraße (L154) – Wiener Straße (L154)

**\*Biedermannsdorf\***

Laxenburger Straße – Wiener Straße – L154

**\*Vösendorf\***

Laxenburger Straße (L154) – Kreuzung L154 – Ortsstraße (Kundgebung) – Laxenburger Straße (L154) – Höhe Vorarlberger Allee

**\*Wien\***

Laxenburger Straße bis Asylgerichtshof (Laxenburger Straße 36)

ab 16 Uhr Empfangskundgebung für Protestmarsch vor Asylgerichtshof Laxenburger Straße 36

ab 18 Uhr weiter (falls Protestmarsch noch nicht da ist verzögert sich der Aufbruch!):

Laxenburger Straße – Favoritenstraße – Wiedner Hauptstraße – Karlsplatz – Kärntner Straße – Oper – Opernring – Burgring – Dr.-Karl-Renner-Ring – 15 Min. Zwischenkundgebung vor Parlament – Universitätsring – Rathausplatz – Reichsratsstraße – Rooseveltplatz – Abschlusskundgebung: Sigmund-Freud-Park

>>Infos: <http://no-racism.net/article/4272/>

Auf Radio Orange 94.0 gibt es von 8.57 bis 15.57 stündlich jeweils drei Minuten vor der vollen Stunde aktuelle Infos vom Marsch der Geflüchteten.

22. November 2012, <http://nochristen.net/?p=1291>

.....

## **Das lange Warten von Traiskirchen**

Im Erstaufnahmezentrum vertreiben sich 1400 Asylwerber mit Einkäufen, Singen und Bewegung die Zeit: 900 mehr als geplant. Eine baupolizeiliche Untersuchung steht bevor. Eine Reportage.

Traiskirchen. 40 Meter für 40 Euro: Die Schlange vor dem Haupthaus im Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen wird immer länger. Auf dem Hauptplatz haben sich Männer aus Afghanistan, Pakistan, Tschetschenien und Dutzenden weiteren Nationen gesammelt. Seit Mittag stehen sie schon da, eine halbe oder dreiviertel Stunde bereits, um ihr Geld von den Flüchtlingsbetreuern der Firma ORS abzuholen: 40 Euro monatliches Taschengeld, Stichtag war der 20. November. Was es um das Geld gibt? Im Kiosk des Zentrums sind das Getränke, Schokoriegel oder – an Automaten für Erwachsene – Zigaretten. „Das ist wichtig, Rauchen beruhigt mich“, sagt ein junger Mann beim „Presse“-Lokalauschein. In der einen Hand hält er die Zigarette, in der anderen ein Handy. Auch Karten zum Telefonieren sind hier zu haben.

Die Asylwerber, die aus mehr als 45 Ländern oft nach wochenlangen Schlepperfahrten im niederösterreichischen Traiskirchen gelandet sind, können das Zentrum aber auch jederzeit verlassen. Nachtruhe ist gemäß der Hausordnung von 22 Uhr bis sechs Uhr morgens. Sanktionen (wie eine Nicht-Wiederaufnahme ins Lager mit seiner Versorgung) sind bei Verstößen aber nicht möglich: Dafür fehlt nach einem Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenats die rechtliche Grundlage.

Das Zentrum und die Mitbewohner für ein paar Stunden hinter sich lassen: Das wünschen sich viele Asylwerber. Zu eng ist es hier in den vergangenen Wochen geworden. Auf 480 Bewohner ist die Belegung für das Lager 2010 von der damaligen Innenministerin Maria Fekter und Landeshauptmann Erwin Pröll (beide ÖVP) politisch begrenzt worden, aktuell sind es 900 mehr. Das Zentrum mit seinen 460 Bediensteten für Sicherheit, Versorgung, Unterricht und psychologische oder ärztliche Betreuung ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Für Pröll ein Anlass, um im „Standard“-Interview neuerlich anzudrohen, das Lager sperren zu lassen, falls die übrigen Bundesländer ihre Quoten nicht erfüllen – also nicht genügend Asylwerber übernehmen: In einer Einigung mit dem Bund haben sich die Länder am 23. Oktober verpflichtet, bis 30. November eine Lösung zu finden.

#### Protestmarsch am Samstag

Solange die noch aussteht, bleibt es an der Stadtgemeinde Traiskirchen „hängen“. Freifläche gibt es im Erstaufnahmezentrum genug, auf der Ältere und Jüngere sich die Beine vertreten oder Rad fahren können. Doch der Wohnraum ist beengt, auch wenn es genügend Betten gibt. Denn Traiskirchen ist auch „Reservelager“ für Notfälle in Österreich. Aber auf den Gängen oder im Stiegenhaus der Häuser 1, 4, 5, 8 und 9 – es sind die „Unterkunftsgebäude“ des Zentrums – wird es immer wieder eng. Ebenso im Haus 2, in dem die Außenstelle des Bundesasylamts, die Fremdenpolizei- und die Lungenröntgenstation untergebracht sind, oder im Haus 12, dem Versorgungsmagazin. Am Samstag wollen 500 Flüchtlinge einen Protestmarsch nach Wien unternehmen, um „menschenswürdige Bedingungen“ zu fordern.

Eine Herausforderung im Lager ist die Essensausgabe. Drängen und Schubsen in der Schlange sollen vermieden werden, die Ausgabe erfolgt gestaffelt. Zuerst sind Frauen mit oder ohne Kinder dran, dann Familien, später erwachsene Männer, zum Schluss die unbegleiteten Minderjährigen (bis 18 Jahre). „Mehr Halal-Food“ wünscht sich ein muslimischer Jugendlicher aus Afghanistan, der immer wieder in ein Café nahe dem Lokalbahnhof von Traiskirchen ausweicht.

#### 100 tauchen jede Woche unter

Manche kommen von ihren Spaziergängen auch nicht mehr zurück. „Wenn der Schlepper ruft, folgen sie“, sagt dazu der Leiter des Zentrums, Franz Schabhüttl: Für bis zu einem Drittel der Flüchtlinge von Traiskirchen sei offenbar nicht Österreich, sondern ein anderes Land das eigentliche Ziel. 100 bis 150 Asylwerber pro Woche tauchen unter, 200 bis 250 lassen sich wie vorgesehen von Postbussen zu ihren neuen Quartieren in den Bundesländern oder Wien bringen.

Das Lager leert sich dennoch nicht, der Zustrom hält an. Traiskirchens Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) hat deshalb eine bau- und feuerpolizeiliche Untersuchung für Ende des Monats angekündigt (siehe Interview unten). Die fürchte man nicht, sagt Schabhüttl: Die Ausstattung sei vorbildlich – von 269 Brandschutztüren abwärts.

Neben Negativ-Schlagzeilen zur Sicherheit und zur Überbelegung will man positive Akzente setzen. Für 13. Dezember übt ein Dutzend Kinder mit Betreuerinnen deshalb für ein zentrumsinternes „Kinderfest zu Weihnachten“. „In der Weihnachtszeit geht ein Mann, uralt...“, singen sie bei der Probe in gebrochenem Deutsch. Zum Warten auf das Essen, auf Taschengeld und auf Bewegung kommt für die Kleinen jetzt schließlich noch etwas ganz Wichtiges: das Warten auf den Weihnachtsmann.

#### Auf einen Blick

1402 Asylwerber waren am Donnerstag im Zentrum Traiskirchen untergebracht. Einer politischen Vereinbarung zufolge sollten es maximal 480 sein. Die Flüchtlinge kommen zurzeit aus 46 Nationen, vor allem aus Afghanistan (550), Pakistan (250) und Tschetschenien (200). Die durchschnittliche Verweildauer beträgt 23 Tage. Weil insbesondere erwachsene Männer und unbegleitete Minderjährige nicht gern von anderen Bundesländern übernommen werden, bleiben viele auch monatelang.

(*„Die Presse“*, Print-Ausgabe, 23.11.2012) 22.11.2012 | 18:46 | REGINA PÖLL (*Die Presse*) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1315825>

.....

#### **Knotzer: "Bund soll sich wieder selbst kümmern"**

ÖVP-Innenministerin Mikl-Leitner müsste in den Ländern viel mehr Druck zur Übernahme von Flüchtlingen machen, sagt Traiskirchens SPÖ-Bürgermeister Knotzer.

Die Presse: Im Erstaufnahmezentrum sind zurzeit 1400 Bewohner, 900 mehr als politisch vereinbart. Wie ist das für Ihre Stadt zu bewältigen?

Fritz Knotzer: Schwierig. Es ist mehr als beengt dort. Ende des Monats steht deshalb auch eine bau- und feuerpolizeiliche Untersuchung an, denn die Stadt muss die Sicherheit garantieren und würde im Fall eines Unglücks verantwortlich gemacht werden.

Was könnte die Folge der Untersuchung sein? Eine Sperre des Lagers?

Nicht unbedingt. Aber bei Gefahr im Verzug müssten wir sofort zumindest annähernd auf die vorgesehene Belegung reduzieren. Im Haus für Minderjährige etwa beträgt sie 80, und es können vielleicht 100 drinnen wohnen, ohne dass bei einem Brand nicht mehr alle rechtzeitig herauskönnen. Zurzeit leben aber viel mehr Minderjährige im Zentrum.

Seitens der Politik gibt es den Vorwurf, Ihrer Gemeinde gehe es mit der Untersuchung gar nicht so sehr um die Sicherheit, sondern darum, möglichst schnell Asylwerber in Richtung der anderen Bundesländer loszuwerden.

Das ist vielleicht die Meinung von ein paar Sektionschefs und Beamten im Innenministerium. Die Sicherheit hat aber absoluten Vorrang für uns.

Hat ÖVP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner den Job verfehlt, weil sie das Einhalten der Quote in den Ländern noch nicht durchgesetzt hat?

Die jüngste Regierungskonferenz mit den Landeshauptleuten zum Thema hat sicher nicht geschadet. Jetzt muss die Ministerin aber in den Ländern, auch bei den Landesräten, stärker darauf drängen, dass die Vereinbarung eingehalten wird. Sonst müsste man sagen: Sie sollte diese Kompetenz vielleicht an jemand anderen übergeben.

Die Ministerin hat in der „Presse“ bereits gesagt, sie werde keine Sanktionen gegen säumige Länder verhängen. Was fordern Sie?

Einschnitte im Zuge des Finanzausgleichs wären eine Möglichkeit. Für das Beste hielte ich es aber, der Bund würde sich wieder selbst um die Verteilung der Flüchtlinge auf Quartiere kümmern, nicht die Länder über die 15a-Vereinbarung. Dann läge alles in einer Hand.

Wie ist die Stimmung in Ihrer Stadt angesichts der Überbelegung?

Teils, teils. Das Zentrum bringt ja auch wirtschaftliche Vorteile und Arbeitsplätze. Es gibt aber auch ein gewisses Unwohlsein, gerade im Gebiet direkt beim Lager. Einfach, weil dort eine große Anzahl an Asylwerbern präsent ist und auch Ängste bestehen. Ich setze da auf Sachlichkeit und Information.

*(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 23.11.2012) 22.11.2012 | 18:47 | REGINA PÖLL (Die Presse) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1315850>*

.....

## **Ernst Strasser ist ein Vorbild**

KARL ETTINGER (Die Presse)

Die Asylquote des Ex-Innenministers ist gut. Noch besser wäre aber deren Einhaltung.

Es gibt nicht viele Menschen, schon gar keine Politiker und sicher keinen aus der ÖVP, die derzeit ein gutes Wort über Ernst Strasser finden. Am kommenden Montag wird dem ehemaligen EU-Parlamentarier wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit der Prozess gemacht.

Vergessen wird dabei: Der frühere Innenminister hat so manches auf der politischen Habenseite auf seinem Konto, das er sich redlich erarbeitet hat. Neben der Fusion von Polizei und Gendarmerie zählt dazu jene Regelung, die im Mai 2004 zur Aufteilung der Asylwerber gemäß Einwohnerzahl auf die Bundesländer vereinbart wurde. Die folgte nämlich dem vernünftigen Ansatz, dass nicht ein Bundesland viel, viel mehr Asylsuchende als ein anderes aufnehmen muss. Letzteres versteht in den betroffenen Regionen zu Recht niemand.

Noch viel besser wäre aber, hätten sich die Länder in den vergangenen acht Jahren an das gehalten, was sie 2004 mit dem damaligen Innenminister paktiert haben. Das Ignorieren dieser Abmachung ist in den vergangenen Jahren nicht besonders aufgefallen, weil die Zahl der Asylwerber rückläufig war. Jetzt werden mit einem Schlag alte Versäumnisse offenkundig.

Bald wird sich zeigen, ob Innenministerin Mikl-Leitner in Niederösterreich auch gelernt hat, die Asylwerberquote umzusetzen. Am besten, Mikl-Leitner würde beweisen, dass sie eine redliche Lobbyistin in dieser Sache ist. Dann kann sie sich dabei ruhig auch von Journalisten filmen lassen.

*karl.ettinger@diepresse.com („Die Presse“, Print-Ausgabe, 23.11.2012) 22.11.2012, <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/1315851/>*

.....

### **Asylwerber kündigen Protestmarsch nach Wien an**

Hunderte Menschen wollen am Samstag von Traiskirchen nach Wien aufbrechen. In der City soll dann ein Protestcamp errichtet werden.

Nun machen auch die Asylwerber gegen die Zustände in der niederösterreichischen Aufnahmestelle Traiskirchen mobil. Am Samstag soll von Traiskirchen zum Asylgerichtshof in Wien marschiert werden, um "menschenwürdige Bedingungen" einzufordern. Das erklärte einer der Organisatoren, Hans-Georg Eberl, am Donnerstag.

Die Flüchtlinge werden sich demnach ab 7 Uhr früh vor der aktuell mit rund 1400 Asylwerbern belegten Traiskirchener Erstaufnahmestelle versammeln. Um 9 Uhr sollen dann die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff genommen werden. Läuft alles nach Plan, erreicht der Protestzug dann um 17 Uhr den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße.

Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.  
Fehlende Winterkleidung, kaum Taschengeld

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der niederösterreichischen Landespolitik bekrittelte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, konnten die Organisatoren noch nicht genau beziffern. Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet.

Der niederösterreichische VP-Landeshauptmann Erwin Pröll drohte indes erneut mit einer Sperre des Erstaufnahmezentrums, falls die anderen Bundesländer ihre Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern nicht erfüllen. (APA)

22.11.2012 | 10:54 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/131557>

.....

### **"Traiskirchen sperren": Pröll verstärkt Drohungen**

Die Länder haben noch bis Ende November Zeit, ihre Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern zu erfüllen. Niederösterreichs Landeshauptmann will das Erstaufnahmezentrum sperren, wenn die Zusagen nicht erfüllt werden.

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) verstärkt im "Standard"-Interview seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sperren zu lassen, falls die übrigen Bundesländer ihre Zusagen nicht erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betonte Pröll: "Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen."

Ende Oktober hatten sich bei einem Asylgipfel jene Länder, die ihre Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern nicht erfüllen, verpflichtet, bis Ende November insgesamt rund 1000 Flüchtlinge aus dem überfüllten Lager in Traiskirchen aufzunehmen. Derzeit erfüllen nur Niederösterreich und Wien ihre Quoten.

Die Quartiersuche in den Ländern verläuft aber schleppend. Der Bund plant daher bereits die Errichtung von Container-Notunterkünften in den säumigen Ländern.

Pröll zeigte im Interview auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen." Aber: "So, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar." (APA)

22.11.2012 | 09:55 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1315520>

.....

## **Flüchtlinge planen Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien**

Bis zu 500 Teilnehmer erwartet - Protest-Camp im Sigmund-Freud-Park geplant

Wien/Traiskirchen - Nun machen auch die Flüchtlinge gegen die Zustände in der Asylwerber-Aufnahmestelle Traiskirchen mobil. Am kommenden Samstag wollen mehrere tausend Menschen von Traiskirchen zum Asylgerichtshof in Wien marschieren, um "menschwürdige Bedingungen" einzufordern, wie einer der Organisatoren, Hans-Georg Eberl, Donnerstagvormittag sagte.

Konkret werden sich die Flüchtlinge ab 7.00 Uhr früh vor der Traiskirchener Erstaufnahmestelle, die derzeit mit rund 1.400 Asylwerbern belegt ist, versammeln, um ab 9.00 die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff zu nehmen. Gegen 17 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen.

Mehrtägiges Protestlager

Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der niederösterreichischen Landespolitik bekrittelte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, konnten die Organisatoren noch nicht genau beziffern. Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet. (APA, 22.11.2012)

*22. November 2012, 10:56, <http://derstandard.at/1353206939799>*

.....

### **Traiskirchen: Flüchtlinge planen Protestmarsch**

Die Flüchtlinge machen gegen die Zustände in Traiskirchen mobil. Am Samstag wollen bis zu 500 Personen von Traiskirchen nach Wien marschieren, um „menschwürdige Bedingungen“ einzufordern. LH Erwin Pröll (ÖVP) verstärkt indes seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum sperren zu lassen.

Am Samstag werden die Flüchtlinge die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff zu nehmen. Gegen 17.00 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen. Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.

Protest gegen Unterbringungsbedingungen

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der Landespolitik bekrittelte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, ist noch nicht klar. Der Organisator Hans-Georg Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet.

Behörde bereits mit Verfahren beauftragt

Pröll habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten. „Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen“, sagt er im „Standard“-Interview.

Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: „Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen.“ Aber „so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar.“

Die Bundesländer haben sich verpflichtet, bis 30. November ihre Asylquoten zu erfüllen. Tatsächlich ist bisher aber wenig geschehen. Das Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen ist noch immer hoffnungslos überfüllt, mehr als 1.400 Menschen - statt der Höchstgrenze 480 - sind dort untergebracht. Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) appellierte am Mittwoch an alle Bürgermeister, an einem Strang zu ziehen - mehr dazu in [news.ORF.at](http://news.ORF.at).

22.11.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2560021/>

.....

### **Standorte für Container noch geheim**

Die Errichtung von Containerdörfern für Asylwerber wird möglicherweise bald erfolgen. In Traiskirchen waren am Montag noch immer rund 1.400 Flüchtlinge untergebracht und damit gut 900 mehr als mit Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) vereinbart. Bis Ende November haben die anderen Länder noch Zeit, ihre Quoten zu erfüllen.

Gelingt das nicht, werden auf dem Gebiet der säumigen Länder wohl Container errichtet bzw. Kasernenflächen zur Verfügung gestellt, um Asylwerbern Unterkunft zu geben. Bei einem Asylgipfel am 23. Oktober hatten sich die säumigen Länder verpflichtet, bis Ende November insgesamt rund 1.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die vereinbarten Quoten müssten dem unterschriebenen Memorandum zufolge in jedem Fall mit 88 Prozent erfüllt sein, was derzeit nur Wien, Niederösterreich und der Steiermark gelingt.

### **Keine spürbare Verbesserung**

Trotz dieser Zusage hat sich kaum etwas an der Problematik in Traiskirchen geändert. Waren am Tag des Asylgipfels dort 1.468 Flüchtlinge untergebracht, waren es am Montag, also rund einen Monat später, 1.404. Ein wenig dazu beigetragen hat, dass auch die Zahl der bundesweit zu Versorgenden weiter stieg, und zwar von 19.921 im Oktober auf zuletzt 20.289.

Angesichts der schleppenden Fortschritte der Länder zeichnet sich immer mehr ab, dass wohl der Bund eigene Flächen zur Verfügung stellen wird müssen, will man Traiskirchen wie versprochen „entlasten“. Immerhin eine Sorge dürfte man in der Traiskirchner Erstaufnahmestelle los sein: Bei einer Feuerwehrrübung wurden vor kurzem vom Brandschutzbeauftragten des Innenministeriums keine Mängel festgestellt.

### **Pröll stellt Rute ins Fenster**

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) bringt sich bereits in Stellung. Im „Standard“-Interview (Donnerstag-Ausgabe) erneuerte er seine Drohung, Traiskirchen sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Monatsende nicht ihre Zusage auf Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betont Pröll.

„Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen.“ Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: „Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen.“ Aber „so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar.“

### **Mikl-Leitner wendet sich an Städte und Gemeinden**

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sucht nun Unterstützung bei Gemeinde- und Städtebund, um Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu beschaffen. In einem Brief an Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (ÖVP) und Städtebund-Chef Michael Häupl (SPÖ) bat sie die beiden, an alle Bürgermeister zu appellieren, die Unterbringung von Asylwerbern ausdrücklich zu unterstützen.

Sowohl bei der Schaffung organisierter und privater Quartiere als auch bei der Einrichtung provisorischer Unterkünfte bedürfe es eines Schulterschlusses zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, heißt es in dem der APA vorliegenden Schreiben. Würden alle an einem Strang ziehen, könne „diese gesamtstaatliche, humanitär notwendige Aufgabe“ auch gelöst werden.

### **Mödlhammer pocht auf „kleine Lösungen“**

Mödlhammer kündigte als Reaktion an, einen Brief an alle Bürgermeister des Landes zu senden, ob sie Unterkünfte zur Verfügung stellen könnten. Dabei solle es sich um keine großen Lager handeln, sondern um „kleine Lösungen“, weil dafür seitens der Bevölkerung leichter Verständnis aufgebracht werde. Er relativierte gleichzeitig, dass man sich von der Briefaktion keine Wunder erwarten dürfe. Zu glauben, dass die Quartiere von heute auf morgen zur Verfügung stünden, sei „ein bisschen optimistisch“.

Container könnten schon Anfang Dezember stehen

Fieberhaft wird nach alternativen Lösungen gesucht. Wo etwa Container aufgestellt werden könnten bzw. Kasernenflächen zur Verfügung gestellt werden, wird derzeit unter Verschluss gehalten. Allerdings könnte mit einer Übersiedlung offenbar tatsächlich schon Anfang Dezember begonnen werden.

Freilich wird sowohl im Innen- als auch im Verteidigungsministerium unverändert betont, dass die Länder am Zug seien. Bis Ende November werde sich zeigen, was die Unterschrift der Landeshauptleute wert sei, zitierte man im Innenministerium Kanzler Werner Faymann (SPÖ), der im Oktober den Asylgipfel veranstaltet hatte. Im Verteidigungsressort heißt es, dass die Aufgabe in erster Linie die Länder zu lösen hätten, im Fall des Falles werde sich aber das Bundesheer bemühen, die Herausforderung gemeinsam zu bewältigen.

Nicht nur Container, auch Personal nötig

Einfach ist die Unterbringung nämlich auch für den Bund nicht. Es müssen nicht nur geeignete bundeseigene Flächen gefunden werden, auf denen die Container errichtet werden können, sondern es gilt auch, genügend Personal für solche Notquartiere zu rekrutieren. Auf den Kosten bleibt der Bund nicht alleine sitzen. Auch bei solchen Unterkünften für Flüchtlinge in der Grundversorgung gilt der Schlüssel 60 Prozent Bund, 40 Prozent Länder.

UNHCR: Nicht auf Qualität vergessen

Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) mahnte indes, bei der Quartiersuche nicht auf die Qualität der Unterkünfte zu vergessen. Besonderes Augenmerk müsse auf Standort, Ausstattung, Infrastruktur und Betreuung gelegt werden, auch für den Fall, dass Containerdörfer errichtet werden, so Christoph Pinter, Leiter des UNHCR-Büros in Österreich, per Aussendung.

Freilich steht man den Containern ohnehin mit Skepsis gegenüber. Es stelle sich die Frage der aktuellen Notwendigkeit angesichts dessen, dass vor einigen Jahren um fast 50 Prozent mehr Personen in herkömmlichen Quartieren untergebracht werden konnten, hielt das UNHCR fest.

Grüne: Länder sollen sich an Vorgaben halten

Die grüne Menschenrechtssprecherin Alev Korun befand, dass Containersiedlungen auf Kasernengelände nicht der Weisheit letzter Schluss sein könnten: „Denn wie wir aus Erfahrung wissen, wird das, was als Provisorium beginnt, schnell zum Regelfall.“ Gleichzeitig tadelte Korun in einer Aussendung die Länder, dass die Erfüllung der Unterbringungsquoten nach acht Jahren der Versäumnisse wohl mehr als zumutbar sei. Man brauche Landeshauptleute, die staatsmännisch und verantwortungsvoll handelten.

22.11.2012, <http://orf.at/stories/2152217/2152219/>

.....

## **780 Asylwerber für sechs Länder**

Um die Überbelegung im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen abzubauen, haben sich die Bundesländer verpflichtet, ihre Asylwerberquoten zumindest zu 88 Prozent zu erfüllen. Das bedeutet, dass das Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bis 30. November ihre Rückstände reduzieren und - wenn nötig mit Hilfe des Bundes - Quartiere für Asylwerber schaffen.

780 Asylwerber wurden mit dem Ende Oktober unterschriebenen Memorandum auf diese sechs Länder verteilt. Die restlichen 220 Asylwerber, die auf die versprochene Entlastung der Erstaufnahmezentren auf 1.000 fehlen, werden in den anderen drei Ländern unterzubringen sein, erläuterte das Innenministerium.

Für sie wurden keine genauen Zahlen festgehalten, weil sie die Quoten bereits zu mehr als 88 Prozent erfüllen - die Steiermark zu fast 95 Prozent, Niederösterreich und Wien zu mehr als 100 Prozent. Da aber der Abbau in Traiskirchen Niederösterreichs Quotenerfüllung reduzieren wird, wird Niederösterreich sicherlich zum Abbau der Asylwerber in Traiskirchen beizutragen haben.

Oberösterreich soll die meisten aufnehmen

Fixe Ziele wurden aber im Memorandum nur für die anderen sechs Länder vorgegeben. Am stärksten zum Abbau beitragen soll Oberösterreich, das zumindest 250 Asylwerber übernehmen soll, weil das Land mit einem Minus von 650 in absoluten Zahlen auch am weitesten von der 88-prozentigen Quotenerfüllung entfernt ist. Salzburg soll seinen Rückstand von 320 auf zumindest 150 abbauen, was 170 zusätzliche Aufnahmen bedeutet. Kärnten muss laut dem Papier 150, Tirol 110, Vorarlberg 80 und das Burgenland 20 Asylwerber mehr übernehmen, um Traiskirchen zu entlasten.

Für Wien, Niederösterreich und die Steiermark wird im Memorandum nur festgehalten, dass sie „im Sinne der gesamtstaatlichen Aufgabe und Verpflichtung der Unterbringung und Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ... weiterhin verstärkt zur Entlastung der Betreuungsstellen durch Übernahmen beitragen“ werden.

22.11.2012, <http://orf.at/stories/2152217/2147492/>

.....

### **Traiskirchen: Zeit für Asylwerber wird knapp.**

Landeshauptmann Pröll verliert langsam die Geduld und droht, Lager zu schließen

Papier ist geduldig, aber mit der Geduld von Erwin Pröll ist es bald vorbei. Niederösterreichs Landeshauptmann droht, das Flüchtlingslager in Traiskirchen zu sperren, wenn die anderen Bundesländer ihre – auf Papier festgehaltenen – Zusagen vom Asyl-Gipfel nicht erfüllen.

Am 23. Oktober haben Ländervertreter bei ihrem Treffen mit Kanzler Werner Faymann vereinbart, bis 30. November rund 1000 Asylwerber aufzunehmen. Paktiert wurde, dass die 2004 festgelegten Quoten zumindest zu 88 Prozent erreicht werden müssen. Die Quartiersuche verläuft aber zäh. Sechs von neun Ländern sind noch weit von den vereinbarten Zahlen entfernt. Prozentuell den größten Aufholbedarf haben Salzburg, Kärnten und Oberösterreich. Auch in Vorarlberg, Tirol und im Burgenland fehlen Unterkünfte. Nur in Wien und Niederösterreich wohnen mehr Flüchtlinge als vorgesehen.

"Plan B"

„Sollten die Länder die Vereinbarungen nicht erfüllen, tritt Plan B in Kraft“, sagt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Das heißt, Flüchtlinge sollen in Containern und Kasernen untergebracht werden. Aber: „Noch haben es die Länder in der Hand.“ Der Appell ist nicht nur an die Länder gerichtet – zumindest aus Sicht von Erwin Pröll ist auch Kanzler Faymann in der Pflicht. Dieser habe „in Zusammenarbeit mit den Bundesländern für Ordnung zu sorgen. Er hat zum Gipfel geladen“, sagte der Landeschef im Standard.

Im Kanzleramt gibt man sich gelassen. „Wir gehen davon aus, dass die Länder ihre Zusagen, die sie ja unterschrieben haben, auch einhalten werden“, heißt es im Büro Faymann. Darauf muss auch Pröll achten: Wird Traiskirchen wie geplant entlastet (von derzeit mehr als 1400 auf 480 Asylwerber), erfüllt Niederösterreich seine Quote nicht mehr. Es müssten für rund 600 Personen Ersatzquartiere gefunden werden. Bis dahin dürfte es aber noch dauern. Insider rechnen nicht damit, dass die Länder fristgerecht genug Unterkünfte zur Verfügung stellen werden. Übrigens: Nicht nur Pröll poltert wegen des überfüllten Lagers in Traiskirchen. Auch die Flüchtlinge beklagen „menschenunwürdige Bedingungen“. Dagegen wollen sie kommenden Samstag bei einem Marsch von Traiskirchen nach Wien protestieren.

22.11.2012, 22:23, <http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/industrieviertel/traiskirchen-zeit-fuer-asylwerber-wird-knapp/1.382.625>

.....

### **Traiskirchen: Pröll droht mit Schließung.**

Der niederösterreichische Landeshauptmann werde "Wege finden, das Lager zu sperren", sollten die anderen Bundesländer nicht einlenken.

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll verstärkt in einem Standard-Interview seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Monatsende nicht ihre Zusage auf Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betont Pröll.

"Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen." Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen." Aber "so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar."

(apa/ps)

22.11.2012, 21:20, <http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/industrieviertel/traiskirchen-proell-droht-mit-schliessung/1.355.233>

.....

## Asylwerber in Kaserne und Container

Wien bereitet "Plan B" vor: In Kärnten sollen Asylwerber in einer Polizeikaserne in Container einquartiert werden, in Linz in einer Heereskaserne.

Foto © APA

Im Innenministerium und im Verteidigungsministerium läuft die Vorbereitung für die allfällige Unterbringung von Asylwerbern in Kasernen und Containern. Beim Asylgipfel vor einem Monat im Bundeskanzleramt haben sich sechs Bundesländer zur Übernahme von 780 Personen aus dem übervollen Traiskirchner Lager verpflichtet. In genau einer Woche läuft die Frist aus, die betroffenen Länder, darunter Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, haben bisher nur Quartiere für 210 Asylwerber gefunden. Wien, Niederösterreich und die Steiermark sind aus dem Schneider, da sie - derzeit - vorbildhaft Asylwerber bei sich aufnehmen.

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ist fest entschlossen, die Ende November auslaufende Frist nicht verstreichen zu lassen. "Sollten die Bundesländer nicht in der Lage oder nicht willens sein, unsere partnerschaftlich getroffenen Vereinbarungen einzuhalten, tritt Plan B in Kraft", so die Ministerin zur Kleinen Zeitung. Zu den Details hält man sich im Ministerium noch bedeckt.

Was sich hinter Plan B verbirgt? Andernorts ist zu erfahren, dass bereits konkrete Pläne gewälzt werden, sollten die Länder ihre Quote nicht erfüllen: In Linz-Ebelsberg soll eine Bundesheerkaserne, in Wels eine Polizeikaserne als Ausweichquartier geöffnet werden. In Kärnten könnten auf dem Parkplatz der Polizeikaserne in Krumpendorf Container, wie auch von dislozierten Schulklassen benutzt, aufgestellt werden.

"Es macht mich betroffen, dass es nicht möglich ist, Unterkünfte für diese Menschen zu finden. Ich lasse nicht zu, dass Menschen ohne Dach über dem Kopf auf der Straße stehen müssen", so die Ministerin.

Dass Mikl-Leitner jetzt Dampf macht, ist leicht erklärbar. Der Regierung sitzt Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll im Nacken, der im März Wahlen zu schlagen hat und Traiskirchen entlasten will. Auf Prölls Drängen beriefen Kanzler und Vizekanzler vor einem Monat einen Asyl-Gipfel ein, bei dem sich die sechs betroffenen Landeshauptleute - per Unterschrift - auf Quoten (siehe Grafik) verständigten. Im Interview im "Standard" sandte Pröll am Donnerstag eine weitere unverhohlene Drohung aus: "Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen."

### Protestmarsch

Dass Traiskirchen mit derzeit 1400 Personen aus allen Nähten platzt, zeigt ein für Samstag angekündigter Protestmarsch von Traiskirchner Asylwerbern nach Wien. Die 35 Kilometer wollen die 500 Demonstranten zu Fuß bewältigen, Ziel ist der Asylgerichtshof. Die Kritik richtet sich gegen die beengten Wohnmöglichkeiten, aber auch gegen die fehlende Winterkleidung und zu geringes Taschengeld.

Schützenhilfe bekommt die Regierung von der Kirche und der Caritas. Caritas-Präsident Franz Küberl hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Länder doch noch reguläre Quartiere für die Asylwerber finden: "Die Länder müssen sich anstrengen, weil die Asylwerber fair auf ganz Österreich aufgeteilt werden müssen."

22.11.2012 um 22:26 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/asyl/3172299>

.....

### Welser Asylheim: Innenministerium gibt grünes Licht

WELS. Die Bundesregierung plant in der Kienzlstraße ein Wohnheim für 30 minderjährige Asylwerber. Das zuständige Innenministerium hat offensichtlich schon grünes Licht gegeben und eine Kommission entsandt, die das Gebäude sicherheitstechnisch überprüfen soll.

Am Montag reiste eine Delegation nach Wels, um die Räumlichkeiten zu begutachten.

Die FPÖ ist gegen das Asylheim. „Es gibt rechtliche Bedenken hinsichtlich des Fluchtweges und der Widmung“, sagt Stadtrat Gerhard Kroiss, der seine Ablehnung auch mit Sicherheitsorgen der Polizei und dem hohen Migrantenanteil in Wels begründet. Bürgermeister Peter Koits (SPÖ) meldet Bedenken gegen den Standort an. Eine grundsätzliche Ablehnung sei das nicht, betont das Stadtoberhaupt. Kroiss übt Kritik an der Haltung von Koits: „Sein Parteifreund Josef Ackerl hat klargestellt, dass Städte wie Ansfelden und Traun aufgrund des hohen Ausländeranteils von den Asylplänen verschont bleiben. Warum nimmt Koits dieses Recht nicht auch für Wels in Anspruch?“

Die ÖVP-Wels mahnt eine gerechte Aufteilung der Asylwerber ein und nimmt Anleihe am Land Salzburg und seiner roten Landeshauptfrau Gabi Burgstaller: „Dort wurde allen Gemeinden aufgetragen, jeweils eine Familie aufzunehmen“, sagt der stellvertretende Fraktionschef Markus Wiesinger.

22. November 2012 - 00:04 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Welser-Asylheim-Innenministerium-gibt-gruenes-Licht;art67,1013076>

.....

### **Asylwerber planen Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien**

FOTO: Mit einem Protestmarsch wollen die Flüchtlinge auf die Situation im Lager Traiskirchen aufmerksam machen. Mit einem Protestmarsch wollen die Flüchtlinge auf die Situation im Lager Traiskirchen aufmerksam machen. - © APA

Am kommenden Samstag wollen die Bewohner der Asylwerber-Aufnahmestelle Traiskirchen zu Fuß zum Asylgerichtshof in Wien ziehen, um "menschwürdige Bedingungen" einzufordern, wie es Hans-Georg Eberl, einer der Organisatoren, am Donnerstag formulierte.

Konkret werden sich die Flüchtlinge ab 7.00 Uhr früh vor der Traiskirchener Erstaufnahmestelle, die derzeit mit rund 1.400 Asylwerbern belegt ist, versammeln, um ab 9.00 die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff zu nehmen. Gegen 17 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen.

Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.

Asylwerber machen auf Zustände aufmerksam

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der niederösterreichischen Landespolitik bekrittelte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, konnten die Organisatoren noch nicht genau beziffern. Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet. (APA)

22. November 2012 17:23, <http://www.vienna.at/asylwerber-planen-protestmarsch-von-traiskirchen-nach-wien/3417551>

.....

### **Flüchtlingsprotest Asylwerber-Marsch von Traiskirchen nach Wien geplant**

FOTO: Peter Tomschi (Symbolbild)

Kein Ende der Debatte um die Zustände in der Asylwerber- Aufnahmestelle Traiskirchen: Nun wollen die Flüchtlinge selbst ein Zeichen setzen. Am Samstag ist ein Protestmarsch von der umstrittenen Einrichtung in Niederösterreich nach Wien geplant. Mehrere Hundert Menschen sollen teilnehmen. Sie fordern "menschwürdige Bedingungen" im Erstaufnahme-Zentrum.

Um 7 Uhr wollen sich die Asylwerber in Traiskirchen versammeln, um gegen die humanitäre Situation in ihrer Einrichtung zu protestieren. Das bestätigte am Donnerstag Organisator Hans- Georg Eberl. Zwei Stunden später soll sich der Flüchtlingszug in Bewegung setzen. Die bis zu 500 Personen wollen entlang der Badner Bahn nach Wien marschieren. Bis 17 Uhr wollen sie die 35 Kilometer zum Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße in Favoriten absolvieren.

Die Kundgebung richtet sich gegen die aus Sicht der Flüchtlinge prekären Umstände in der Aufnahmestelle. Die Betroffenen klagen über fehlende Winterkleidung, beengte Wohnverhältnisse und zu geringes Taschengeld. Außerdem wollen sie ein Zeichen gegen Schnellverfahren ohne ausreichende Berücksichtigung von Fluchtgründen setzen.

Zeltlager in der Innenstadt

Nach dem Flüchtlingszug über eine knappe Marathon- Distanz ist eine weitere aufsehenerregende Protestaktion geplant: Die Teilnehmer wollen vom Asylgerichtshof in den Sigmund- Freud- Park in der Wiener Innenstadt weiterziehen. Dort wollen sie ein mehrtägiges Zeltlager aufbauen. Laut Eberl sind unter anderem Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Somalia beteiligt.

Eine Gruppe somalischer Asylwerber hatte erst kürzlich medienwirksam gegen die Zustände in Traiskirchen protestiert: Anfang Oktober hatten die Flüchtlinge vor dem Parlament ein 50- stündiges Protestcamp eingerichtet.

ANMERKUNG DER WEBREDAKTION: Da in den Storypostings keine sinnvolle Diskussion mehr stattgefunden hat und gegen die Netiquette verstoßende Postings überhandgenommen haben, sehen wir uns gezwungen, das Forum bis auf Weiteres zu deaktivieren.

22.11.2012, 12:53, [http://www.krone.at/Oesterreich/Asylwerber-Marsch\\_von\\_Traiskirchen\\_nach\\_Wien\\_geplant-Fluechtlingsprotest-Story-341792](http://www.krone.at/Oesterreich/Asylwerber-Marsch_von_Traiskirchen_nach_Wien_geplant-Fluechtlingsprotest-Story-341792)

.....

### **Protest-Camp geplant Am Samstag marschieren Flüchtlinge nach Wien**

FOTO: Demo (© Symbolbild)

Am kommenden Samstag wollen mehrere tausend Menschen von Traiskirchen zum Asylgerichtshof in Wien marschieren, um "menschwürdige Bedingungen" einzufordern.

Jetzt machen auch die Flüchtlinge gegen die Zustände in der Asylwerber-Aufnahmestelle Traiskirchen mobil. Flüchtlinge versammeln sich am Samstag ab 7.00 Uhr früh vor der Traiskirchener Erstaufnahmestelle, die derzeit mit rund 1.400 Asylwerbern belegt ist, um ab 9.00 die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff zu nehmen. Gegen 17 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen.

Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.

Miese Bedingungen

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der niederösterreichischen Landespolitik bekrittelte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, konnten die Organisatoren noch nicht genau beziffern. Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet.

22.11.2012, <http://www.heute.at/news/oesterreich/wien/art23652,827801>

.....

### **Kundgebung Flüchtlings-Protestmarsch nach Wien**

Der Protest richtet sich gegen die Bedingungen im Lager Traiskirchen.

FOTO: Flüchtlings-Protestmarsch nach Wien © APA/HANS KLAUS TECHT

Nun machen auch die Flüchtlinge gegen die Zustände in der Asylwerber-Aufnahmestelle Traiskirchen mobil. Am kommenden Samstag wollen mehrere hundert Menschen von Traiskirchen zum Asylgerichtshof in Wien marschieren, um "menschwürdige Bedingungen" einzufordern, wie einer der Organisatoren, Hans-Georg Eberl, Donnerstagvormittag kundtat.

35 Kilometer

Konkret werden sich die Flüchtlinge ab 7.00 Uhr früh vor der Traiskirchener Erstaufnahmestelle, die derzeit mit rund 1.400 Asylwerbern belegt ist, versammeln, um ab 9.00 die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien in Angriff zu nehmen. Gegen 17 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen.

Nach einer Kundgebung dort will man in die Innere Stadt, konkret in den Sigmund-Freud-Park, weiterwandern. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden.

Miese Bedingungen

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die von der niederösterreichischen Landespolitik bekräftigte Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Wie viele Personen am Protestzug teilnehmen werden, konnten die Organisatoren noch nicht genau beziffern. Eberl geht aber davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligten wollen sich Flüchtlingsgruppen unter anderem aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere Gruppe hatte schon Anfang Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet.

22. November 2012 10:50, <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Fluechtlings-Protestmarsch-nach-Wien/85833338>

.....

### **Vorarlberg erfüllt Asylvereinbarung**

FOTO: Erstaufnahmezentrum Traiskirchen völlig überfüllt. Erstaufnahmezentrum Traiskirchen völlig überfüllt. - © APA

von VN/Thomas Matt - Feldkirch – In der nächsten Woche nimmt Vorarlberg 70 weitere Asylwerber aus dem völlig überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen auf.

“Damit werden wir bis Ende November rund 820 Asylwerber im Land beherbergen”, sagt Caritas-Direktor Peter Klinger. Damit erfüllt das Land die Vereinbarung mit dem Bund und erfüllt die Asylquote zu etwas mehr als 88 Prozent.

Wie das ging? 27 Flüchtlinge kommen im Haus der Frohbotschaft in Batschuns unter. In Schruns hat eine Pension der Caritas 20 Plätze zur Verfügung gestellt. Die Feldkircher Wohngemeinschaft für unbegleitete Minderjährige wird 14 Flüchtlinge aufnehmen. Für alle anderen fand die Caritas Platz in Kleinquartieren.

22. November 2012, 19:34, <http://www.vol.at/vorarlberg-erfuellt-asylvereinbarung/3417565>

.....

### **Flüchtlinge protestieren für menschenwürdige Bedingungen Protestmarsch und Drohungen wegen Lage in Traiskirchen**

\* Pröll droht wegen massiver Überbelegung mit Schließung des Lagers.

FOTO: Das Flüchtlingslager Traiskirchen lässt wieder einmal die Emotionen hochgehen. - APAweb/Hans Klaus Techt

Wien. Die Kritik an den Zuständen im völlig überfüllten Flüchtlingslager Traiskirchen nimmt zu: Nachdem Niederösterreichs Landeshauptmann mit der Schließung des Lagers gedroht hat, wenn die anderen Bundesländer ihre Quote zur Aufnahme von Asylwerbern nicht erfüllen, formiert sich nun auch in den Reihen der Flüchtlingen der Widerstand: Am Samstag wollen mehrere tausend Menschen von Traiskirchen zum Asylgerichtshof in Wien marschieren, um "menschenwürdige Bedingungen" einzufordern, wie einer der Organisatoren, Hans-Georg Eberl, kundtat.

Konkret werden die Flüchtlinge ab 7.00 Uhr früh von der Traiskirchener Erstaufnahmestelle die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien marschieren, um zum Asylgerichtshof und in die Innere Stadt zu ziehen. Dort soll ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden. Eberl geht davon aus, dass zwischen 200 und 500 Personen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden.

Der Protest richtet sich nicht in erster Linie gegen die Überbelegung der Erstaufnahmestelle, sondern gegen die dortigen Bedingungen. Unter anderem beklagen die Flüchtlinge fehlende Winterkleidung, zu geringes Taschengeld, beengte Wohnmöglichkeiten und Schnellverfahren ohne entsprechende Berücksichtigung von Fluchtgründen.

Pröll droht mit Schließung

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll verstärkte gestern in einem Interview mit dem "Standard" seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Monatsende nicht ihre Zusage auf Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betont Pröll.

"Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen." Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen

mehr aufzunehmen." Aber "so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar."

22.11.2012, 12:58 Uhr, [http://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wz\\_integration/politik\\_und\\_recht/503068\\_Protestmarsch-und-Drohungen-wegen-Lage-in-Traiskirchen.html](http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_integration/politik_und_recht/503068_Protestmarsch-und-Drohungen-wegen-Lage-in-Traiskirchen.html)

.....

## **Der lange Marsch von Traiskirchen nach Wien**

\* Flüchtlinge marschieren am Samstag 35 Kilometer bis zum Asylgerichtshof.

Wien/St. Pölten. Keine Winterjacken, zu geringes Taschengeld, Wohnen auf engstem Raum und Schnellverfahren ohne Berücksichtigung von Fluchtgründen: Asylwerber kritisieren ihre Lebensbedingungen in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen und treten nun für die Verbesserung dieser ein.

Für Samstag, 24. November, ist ein Protestmarsch von Traiskirchen in Niederösterreich zum Asylgerichtshof in Wien geplant, um für die Aufnahmestelle "menschwürdige Bedingungen" einzufordern, so Mitorganisator Hans-Georg Eberl. Die Flüchtlinge treffen einander um 7 Uhr vor der Erstaufnahmestelle, um ab 9 Uhr die rund 35 Kilometer entlang der Badner Bahn nach Wien zu marschieren. Gegen 17 Uhr soll der Protestzug den Asylgerichtshof in der Laxenburger Straße erreichen. Nach einer Kundgebung wird zum Sigmund-Freud-Park in Wien-Alsergrund weitergewandert, wo vor der Votivkirche ein mehrtägiges Protest-Zeltlager errichtet werden soll.

In Traiskirchen sind rund 1400 Flüchtlinge untergebracht, gerade einmal 276 Personen mehr, als mit dem Land Niederösterreich vereinbart, wie aus der Quotenstatistik vom Donnerstag hervorgeht.

Mit Reduzierung würde Pröll Quote nicht erfüllen

Sollte sich Landeshauptmann Erwin Pröll mit seinem Wunsch durchsetzen, die Belegung Traiskirchens um bis zu 900 Personen zu reduzieren, würde auch Niederösterreich die Quote nicht mehr erfüllen. Zuvor hatte Pröll seine Drohung wiederholt, das Erstaufnahmezentrum sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Ende November nicht ihre Zusage auf Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Der Landeshauptmann erklärte sich aber auch bereit, vorübergehend in Traiskirchen mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen." Der Ist-Zustand mit fast eineinhalbtausend Flüchtlingen sei jedoch "ganz unmöglich" und "unzumutbar" sagte er in einem Interview mit dem "Standard".

Unangefochten an der Spitze bei der Quotenerfüllung steht indes Wien, das rund 1650 Flüchtlinge mehr unterbringt, als es müsste. Schlusslicht bei der Einhaltung ist unverändert Salzburg, das seine Quote nur zu 77,5 Prozent erfüllt. Den zweitschlechtesten Wert weist mittlerweile Oberösterreich auf, mit einer Quote von 80 Prozent.

Für Samstag wird erwartet, dass 200 bis 500 Menschen den Marsch von Traiskirchen nach Wien antreten werden. Beteiligen wollen sich unter anderem Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Letztere hatten schon im Oktober ein 50-stündiges Protestcamp vor dem Parlament in Wien errichtet.

22.11.2012, 22:52 Uhr, [http://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wz\\_integration/politik\\_und\\_recht/503175\\_Der-lange-Marsch-von-Traiskirchen-nach-Wien.html](http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_integration/politik_und_recht/503175_Der-lange-Marsch-von-Traiskirchen-nach-Wien.html)

.....

## **Unterstützung für Protestmarsch aus Traiskirchen**

Am Samstag starten Flüchtlinge und Asylwerber\_innen einen Marsch nach Wien, um gegen Lager und menschenunwürdige Lebensbedingungen zu protestieren. Solidarität und (praktische) Unterstützung mit den Kämpfen der Flüchtlinge!

"Wir fordern unsere Rechte!"

Die Proteste der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Unterstützer\_innen gehen weiter!

Überall in Europa und auch in Österreich sind Flüchtlinge gezwungen unter bedrückenden, rassistischen, unmenschlichen und unerträglichen Konditionen zu leben. Aber es gibt Widerstand dagegen und er wird nicht aufhören, bis diese Umstände ein für alle mal abgeschafft worden sind!!

24. November :

9 h Protestmarsch vom Flüchtlingslager in Traiskirchen nach Wien

16 h-18h Demonstration vor dem Asylgerichtshof (Laxenburgerstr. 36 - 1100 Wien)

Vom 12. bis 14. Oktober protestierten somalische Flüchtlinge vor dem Wiener Parlament, um auf die katastrophale Situation, in der sie sich befinden, hinzuweisen und um das Folgende zu fordern:

Schluss mit Dublin-II-Abschiebungen! Für das Recht auf ein Asylverfahren in Österreich! Schluss mit quälend langen Wartezeiten- für schnellere Bearbeitung der Asylanträge! Anerkennung des Asylstatus, statt Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Angst. Das Recht auf Familienzusammenführung! Uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber\_innen!

Bis jetzt gab es nicht die geringste Reaktion verantwortlicher Politiker\_innen ...

Am Samstag, den 10. November fand eine Demonstration mit Flüchtlingsprotesten in Wien und überall in Europa statt. Geflüchtete, Migrant\_innen, Asylwerber\_innen und Unterstützer\_innen protestierten gegen rassistische Asylpolitik Europas im Allgemeinen und Österreichs im Speziellen. Die Situation ist seitdem unverändert!

Die meisten Geflüchteten warten jahrelang auf das Ergebnis ihres Asylantrags. Der Zugang zu grundlegenden Ressourcen, wie angemessene Ernährung, Kleidung, Unterbringung und Bildung werden extrem beschwert, besonders durch das Fehlen von kostenloser juristischer Hilfe. Die Unterbringung in isolierten und überfüllten Lagern verschärft diese Situation und nimmt Geflüchteten jede Chance auf Bewegungsfreiheit und soziale Anbindung. Darüber hinaus sind sie der Willkür der Behörden ausgeliefert.

Österreich schiebt Menschen in Regionen ab, wo ihnen Krieg und Verfolgung droht.

In der fortwährenden Diskussion über die Unterbringung von Asylwerber\_innen tragen das Innenministerium und die Bundesländer ihre internen Konflikte auf dem Rücken der Geflüchteten aus- deren Bedürfnisse kaum berücksichtigt werden. Die einzigen Optionen, die staatliche Institutionen Geflüchteten bereitstellen sind unmenschliche Pseudo- Lösungen, wie Unterbringung in Containerlagern oder Zwangsverlegung in abgelegene Gebiete.

Die Situation in Traiskirchen ist so unerträglich, dass die Bewohner\_innen nun ihren Protest durch einen Marsch nach Wien tragen werden.

Sie fordern:

- Ausreichendes und genießbares Essen in Traiskirchen
- Austausch aller Übersetzer\_innen in Traiskirchen
- Mehr Ärzt\_innen in Traiskirchen
- Asyl innerhalb weniger Tage
- Sprachschule in Traiskirchen
- Zugang zu rechtlicher Unterstützung
- Zugang zu praktischer Berufsausbildung

Zeigen wir unsere Unterstützung!!!

UNTERSTÜTZUNGS AUFRUF: Dauerkundgebung von Geflüchteten in Wien ab Samstag, 24. November

"Wir fordern unsere Rechte!"

Die Proteste der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Unterstützer\_innen gehen weiter! Überall in Europa und auch in Österreich sind Flüchtlinge gezwungen unter bedrückenden, rassistischen, unmenschlichen und unerträglichen Konditionen zu leben. Aber es gibt Widerstand dagegen und er wird nicht aufhören, bis diese Umstände ein für alle mal abgeschafft worden sind!

24. November: 7 Uhr: Protestmarsch vom Flüchtlingslager in Traiskirchen nach Wien

Im Anschluss: Dauerkundgebung im Wiener Votivpark

Für den Protest werden noch viele Ressourcen benötigt. Für jede Art von Unterstützung, bitte kontaktiert: 06803205000 -- refugeesolidarity (at) servus.at

- Schlafsäcke, Isomatten/Matratzen, Decken, Kissen, Zelte
- Große Zelte (Zirkus, Armee, Pfadfinder\_innen, etc.) für Versammlungen, Küche, Infopunkt, Schlafen
- Geld
- Rechtshilfe
- Warme Kleidung
- Planen, jede Art von Witterungsschutz
- Essen

**SOLDARISIERT EUCH!**

.....

## **“Wir fordern unsere Rechte!”**

24.November : 9 h Protestmarsch vom Flüchtlingslager in Traiskirchen nach Wien

16 h-18h Demonstration vor dem Asylgerichtshof (Laxenburgerstr. 36 – 1100 Wien)

Am Samstag, den 10. November fand eine Demonstration mit Flüchtlingsprotesten in Wien und überall in Europa statt. Geflüchtete, Migrant\_innen, Asylwerber\_innen und Unterstützer\_innen protestierten gegen rassistische Asylpolitik Europas im Allgemeinen und Österreichs im Speziellen.

Die Situation ist seitdem unverändert!

Die meisten Geflüchteten warten jahrelang auf das Ergebnis ihres Asylantrags. Der Zugang zu grundlegenden Ressourcen, wie angemessene Ernährung, Kleidung, Unterbringung und Bildung werden extrem beschwert, besonders durch das Fehlen von kostenloser juristischer Hilfe. Die Unterbringung in isolierten und überfüllten Lagern verschärft diese Situation und nimmt Geflüchteten jede Chance auf Bewegungsfreiheit und soziale Anbindung. Darüber hinaus sind sie der Willkür der Behörden ausgeliefert.

Österreich schiebt Menschen in Regionen ab, wo ihnen Krieg und Verfolgung droht.

In der fortwährenden Diskussion über die Unterbringung von Asylwerber\_innen tragen das Innenministerium und die Bundesländer ihre internen Konflikte auf dem Rücken der Geflüchteten aus, deren Bedürfnisse kaum berücksichtigt werden. Die einzigen Optionen, die staatliche Institutionen Geflüchteten bereitstellen sind unmenschliche Pseudo- Lösungen, wie Unterbringung in Containerlagern oder Zwangsverlegung in abgelegene Gebiete.

Die Situation in Traiskirchen ist so unerträglich, dass die Bewohner\_innen nun ihren Protest durch einen Marsch nach Wien tragen werden.

Sie fordern:

- Ausreichendes und genießbare Essen in Traiskirchen
- Austausch aller Übersetzer\_innen in Traiskirchen
- Mehr Ärzt\_innen in Traiskirchen
- Asyl innerhalb weniger Tage
- Sprachschule in Traiskirchen
- Zugang zu rechtlicher Unterstützung
- Zugang zu praktischer Berufsausbildung

Zeigen wir unsere Unterstützung!!!

21. Nov 2012, <http://familienundfreundinnengegenabschiebung.wordpress.com/>

.....

## **Gemischte Asyl-Zwischenbilanz**

In Niederösterreich sind trotz der Vereinbarungen mit den Ländern beim Asylgipfel im Oktober noch immer um etwa 1.000 Asylwerber zu viel untergebracht als erlaubt. Die säumigen Länder - das sind alle bis auf Wien, Niederösterreich und der Steiermark - haben bis Ende November Zeit, zusätzliche Unterkünfte zu finden. Ob das bis dahin tatsächlich gelingt, ist jedoch unklar.

Die Suche nach geeigneten Unterkünften läuft in den Bundesländern auf Hochtouren - doch noch nicht überall sind die Ergebnisse bisher zufriedenstellend.

Kärnten ist zuversichtlich

Optimistisch zeigt man sich in Kärnten, wo 150 zusätzliche Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden müssen. Rund 100 Plätze wurden bereits gefunden, hieß es am Dienstag. Zum Beispiel wurde auf der umstrittenen Saualm ein ehemaliges Gasthaus zum Asylheim umfunktioniert - es bietet Platz für 50 Personen. Trotz Widerstands aus den Gemeinden zeigte sich Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) zuversichtlich, die Quote erfüllen zu können - mehr dazu in [kaernten.ORF.at](http://kaernten.ORF.at).

Oberösterreich sagte auf dem Asylgipfel zu, 300 neue Quartiere bis Ende November schaffen zu wollen. Es gebe relativ verbindliche Angebote von privater Seite für 200 bis 300 Unterbringungsmöglichkeiten, erklärte Landeshauptmann Josef

Pühringer (ÖVP) vor wenigen Tagen. Der Linzer Pastoralrat appellierte in seiner Vollversammlung am Wochenende an Pfarren, sie sollten Quartiere für Asylwerber zur Verfügung stellen - mehr dazu in ooe.ORF.at.

### Schwierige Suche in Vorarlberg

Säumig zeigte sich bisher auch Vorarlberg, wo bis 30. November 2012 rund 875 Asylwerber beherbergt werden müssen. Derzeit sind es um etwa 60 bis 70 Personen zu wenig. Ab 1. Dezember soll in der Gemeinde Zwischenwasser ein Asylwerberheim errichtet werden. Im Haus der Frohbotschaft werden 27 Personen betreut. Ob die Quote fristgerecht erfüllt werden kann, ist noch nicht absehbar, denn die Suche gestaltet sich schwierig: Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist groß, von Anrainern kommt Widerstand - mehr dazu in vorarlberg.ORF.at.  
Salzburg bisher mit 20 Plätzen

In Salzburg müssen 170 Plätze gefunden werden. Die Bilanz der zuständigen Landesrätin Tina Widmann (ÖVP) ist jedoch ernüchternd: Bis etwa zwei Wochen vor Ablauf der Frist konnte sie 20 Angebote für Asylwerberunterkünfte vorweisen. Unter den Angeboten sind unter anderem fünf Pfarrhöfe, sagte Widmann - mehr dazu in salzburg.ORF.at.

Das Burgenland hatte beim Asylgipfel zugesagt, bis 30. November zumindest 20 Personen aufzunehmen. Dieses Versprechen wolle man auch auf jeden Fall einhalten, hieß es Anfang November aus dem Büro von Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ). In einer Caritas-Einrichtung in Neudörfel sollen außerdem bis Ende des Jahres 30 Plätze zur Unterbringung von 14- bis 18-Jährigen bezugsbereit sein - mehr dazu in burgenland.ORF.at.

### Tirol erfüllt Vorgaben

Tirol verkündete bereits wenige Tage nach dem Asylgipfel, ausreichend Plätze gefunden zu haben: 45 Asylwerber sollen in einem abgewohnten Haus in der Gemeinde Telfs untergebracht werden. Sie sollen nach Adaptierungsarbeiten dort einziehen können. Das Haus stand seit geraumer Zeit zum Verkauf. Der Käufer hat nun mit dem Land Tirol einen Vertrag für ein Asylwerberheim unterschrieben - mehr dazu in tirol.ORF.at.

21.11.2012, <http://oesterreich.orf.at/stories/2559918/>

.....

### Schließungspläne für Traiskirchen: Auf Kosten der Asylwerber

Unterbringung in Containern ist eines reichen Staates wie Österreich unwürdig

Jetzt hat Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll den Druck erhöht. Das Flüchtlingslager Traiskirchen werde gesperrt, sollten die säumigen Länder bis Ende November nicht genug Grundversorgungsplätze zur Verfügung stellen, droht er. Eine spätherbstliche Zuspitzung scheint möglich - und obwohl der Zorn auf die unkooperativen Länder berechtigt ist: Es besteht Gefahr, dass der Streit auf Kosten der Betroffenen geht.

Denn was würde wirklich geschehen, sollte das Lager aus baupolizeilichen Gründen eine Teilschließung auferlegt bekommen? Da es sich offenbar auch bei den Kasernen spießt, dürften dann die Containerdorfpläne des Innenministeriums schlagend werden: Flüchtlinge sollen - zu Winterbeginn - aus den gemauerten Traiskirchner Örtlichkeiten in behelfsmäßige Unterkünfte wechseln, auf die sie dann vielfach, da sie ja nicht arbeiten dürfen, rund um die Uhr angewiesen sein werden. Auch wenn es, wie vielfach betont wird, Container von guter Qualität gibt: eines reichen Staates wie Österreich ist das unwürdig!

Da wäre es - mit Verlaub und trotz Politstreits - immer noch humaner, die relative Überfüllung Traiskirchens vorübergehend in Kauf zu nehmen. Tatsächlich wird derzeit auf Grundlage von Belagszahlen um die 1450 Flüchtlinge von Unzumutbarkeit gesprochen, die im Vergleich zwar hoch, aber nicht katastrophal erscheinen: Vor zehn Jahren drängten sich in Traiskirchen mehr als 3000 Menschen. (Irene Brickner, DER STANDARD, 22.11.2012)

Kommentar | Irene Brickner, 21. November 2012, 18:43 | <http://derstandard.at/1353206894568>

.....

### Bundesländer weiter untätig bei Quartiersuche für Asylwerber

FOTO: \* Im Flüchtlingslager Traiskirchen sind immer noch zu viele Asylwerber untergebracht. foto: apa/hans klaus techt

Lager in Traiskirchen weiterhin überfüllt: Wenn die Länder die Quote nicht erfüllen, muss der Bund einspringen

Wien/Traiskirchen - Die Errichtung von Container-Dörfern für Asylwerber wird immer wahrscheinlicher. In Traiskirchen waren am Montag noch immer rund 1.400 Flüchtlinge untergebracht und damit gut 900 mehr als mit Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) vereinbart. Bis Ende November haben die Länder noch Zeit, ihre Quoten zu erfüllen.

Gelingt dies nicht, werden am Gebiet der säumigen Länder wohl Container errichtet bzw. Kasernenflächen zur Verfügung gestellt, um Asylwerbern Unterkunft zu geben.

Bei einem Asylgipfel am 23. Oktober hatten sich die säumigen Länder verpflichtet, bis Ende November insgesamt rund 1.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die vereinbarten Quoten müssten dem unterschriebenen Memorandum zufolge in jedem Fall mit 88 Prozent erfüllt sein. Dies gelingt derzeit nur Wien, Niederösterreich und der Steiermark.

#### Flächen vom Bund

Trotz dieser Zusage hat sich kaum etwas an der Problematik in Traiskirchen geändert. Am Tag des Asylgipfels waren dort 1.468 Flüchtlinge untergebracht, rund einen Monat später immer noch 1.404. Die Zahl aller bundesweit zu Versorgenden ist seit Oktober von 19.921 auf zuletzt 20.289 angestiegen.

Angesichts der schleppenden Fortschritte der Länder zeichnet sich immer mehr ab, dass wohl der Bund eigene Flächen zur Verfügung stellen wird müssen, will man Traiskirchen wie versprochen "entlasten". Immerhin eine Sorge dürfte man in der Traiskirchner Erstaufnahmestelle los sein. Bei einer Feuerwehrrübung vor kurzem wurden vom Brandschutzbeauftragten des Innenministeriums keine Mängel festgestellt.

#### Mögliche Übersiedlung Anfang Dezember

In der Regierung ist man - wohl auch angesichts der bevorstehenden niederösterreichischen Landtagswahl - bemüht, die zwischen Pröll und der damaligen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) festgelegte Höchstbelagszahl von 480 Asylwerbern zumindest annähernd zu erfüllen. Wo Container aufgestellt werden könnten bzw. Kasernen-Flächen zur Verfügung gestellt werden, wird derzeit unter Verschluss gehalten. Allerdings könnte mit einer Übersiedlung offenbar tatsächlich schon Anfang Dezember begonnen werden.

Sowohl im Innen- als auch im Verteidigungsministerium wird unverändert betont, dass eigentlich die Länder am Zug seien. Bis Ende November werde sich zeigen, was die Unterschrift der Landeshauptleute wert sei, zitiert man im Innenministerium Kanzler Werner Faymann (SPÖ), der im Oktober den Asylgipfel veranstaltet hatte. Im Verteidigungsressort heißt es, dass die Aufgabe in erster Linie die Länder zu lösen hätten, im Fall des Falles werde sich aber das Bundesheer bemühen, die Herausforderung gemeinsam bewältigen zu können.

#### 60:40-Kostenteilung mit den Ländern

Ganz so einfach ist die Unterbringung auch für den Bund nicht. Es müssen einerseits geeignete bundeseigene Flächen gefunden werden, auf denen die Container errichtet werden können. Andererseits gilt es auch, genügend Personal für solche Notquartiere zu rekrutieren.

Die Kosten muss der Bund allerdings nicht tragen. Auch bei solchen Unterkünften für Flüchtlinge in der Grundversorgung gilt der Schlüssel 60 Prozent bezahlt der Bund, 40 Prozent die Länder.

#### Brief der Innenministerin

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sucht auch Unterstützung bei Gemeinde- und Städtebund, um Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu beschaffen. In einem Brief an Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer (ÖVP) und Städtebund-Chef Michael Häupl (SPÖ) bittet sie die beiden, an alle Bürgermeister zu appellieren, die Unterbringung von Asylwerbern ausdrücklich zu unterstützen.

Sowohl bei der Schaffung von organisierten und privaten Quartieren, als auch bei der Einrichtung provisorischer Unterkünfte bedürfe es eines Schulterschlusses zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, heißt es in dem der APA vorliegenden Schreiben. Würden alle an einem Strang ziehen, könne "diese gesamtstaatliche, humanitär notwendige Aufgabe" auch gelöst werden.

#### Mödlhammer unterstützt Vorhaben

Mödlhammer reagierte und will Mikl-Leitner bei ihrer Suche nach neuen Quartieren unterstützen. Er kündigte an, noch am Mittwoch einen Brief an alle Bürgermeister des Landes zu senden, ob sie Unterkünfte zur Verfügung stellen könnten. Dabei solle es sich um keine großen Lager handeln, sondern um "kleine Lösungen", weil dafür seitens der Bevölkerung leichter Verständnis aufgebracht werde.

Wunderdinge kann man sich von der Brief-Aktion aber keine erwarten, wenn man Mödlhammer folgt. Zu glauben, dass die Quartiere dann von heute auf morgen zur Verfügung stünden, sei "ein bissl optimistisch". (APA/red, 21.11.2012)

21. November 2012, 11:48, <http://derstandard.at/1353206824010>

.....

## **Traiskirchen: Pröll droht mit Sperre Ende November**

FOTO: \* Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll über das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen: "So, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich." foto: matthias cremer

Überbelegtes Aufnahmezentrum: Wenn die Länder zögern, muss Bundeskanzler Faymann die nötigen Schritte setzen, sagt Erwin Pröll

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll droht an, das Lager in Traiskirchen mit Monatsende zu sperren, sollten die anderen Bundesländer nicht endlich mehr Asylwerber aufnehmen. Mit Pröll sprach Michael Völker.

STANDARD: Wie viele Personen sind derzeit in Traiskirchen untergebracht, wie ist die Lage?

Pröll: Wir haben jetzt einen Stand von 1432 Asylwerbern im Lager. Davon sind 530 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Das ist eine zusätzliche Verschärfung der gesamten Situation. Sie müssen auch sehen, dass zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen große Rivalitäten herrschen, das birgt zusätzlichen Sprengstoff.

STANDARD: Wie sind die Zustände im Lager?

Pröll: Die Zustände im Lager sind unmenschlich. Die Lage ist auch unzumutbar für die Bevölkerung. Die Situation im Lager ist sowohl sicherheitspolizeilich als auch feuerpolizeilich und baubehördlich für niemanden, weder für die Gemeinde noch für das Land, vertretbar.

STANDARD: Wie viele Personen wären im Lager vertretbar?

Pröll: In der Vereinbarung zwischen Innenministerium und dem Land sind 480 Personen festgelegt. Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen. Aber das kann kein Dauerzustand sein, und so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar.

STANDARD: Die säumigen Bundesländer haben sich verpflichtet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und Traiskirchen zu entlasten. Passiert das?

Pröll: Beim Asylgipfel wurden von allen Vertretern der Bundesländer unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers heilige Eide geschworen, ihre Quote zu erfüllen. Wenn sie diese Quoten erfüllen, dann wäre das Hauptproblem in Traiskirchen gelöst. Wir haben bis zur Fallfrist weniger als zehn Tage. Vereinbart wurde, dass bis zum 30. November die Bundesländer ihre Quoten erfüllen. Jetzt höre ich schon aus einer Reihe von Bundesländern die Zwischentöne, dass sie Schwierigkeiten haben, Quartiere aufzutreiben. Es gibt angeblich Schwierigkeiten mit Privatquartieren, angeblich auch Schwierigkeiten mit Kasernen. Ich höre also schon wieder nur Ausflüchte, die befürchten lassen, dass das, was am Asylgipfel vereinbart wurde, in die Ferne geschoben wird. Ich sage Ihnen eines: Niemand darf sich von der Menschlichkeit verabschieden. Jemand, der die Zustände in Traiskirchen sieht und nichts tut, der sündigt wider die Menschlichkeit.

STANDARD: Welche Länder sind denn säumig?

Pröll: Alle Bundesländer mit Ausnahme von Wien und Niederösterreich. Wir haben über Jahrzehnte die Hauptlast getragen. Aufgrund der menschenunwürdigen Zustände in Traiskirchen ist das jetzt nicht mehr tolerierbar.

STANDARD: Was passiert, wenn die Länder ihren Verpflichtungen tatsächlich nicht nachkommen?

Pröll: Zunächst appelliere ich an den Bundeskanzler, das, was am Asylgipfel vereinbart wurde, auf Punkt und Beistrich umzusetzen.

STANDARD: Der ist auch auf die Bundesländer angewiesen.

Pröll: Ja, aber der Bundeskanzler hat auch in Zusammenarbeit mit den Bundesländern für Ordnung zu sorgen. Er hat zum Gipfel geladen. Wir werden von niederösterreichischer Seite das nicht mehr dulden. Ich habe die Behörde bereits beauftragt, sowohl feuerpolizeilich als auch sicherheitspolizeilich und baupolizeilich Verfahren einzuleiten. Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen.

STANDARD: Sie wollen allen Ernstes anordnen, das Lager zu sperren?

Pröll: Ich würde so sagen: Ich hoffe nicht, dass dieser Schritt notwendig ist, aber wenn die anderen Bundesländer weiterhin so zögerlich sind und der Bundeskanzler nicht die notwendigen Schritte setzt, dann schließe ich das nicht aus. Die Bundesbehörde muss sich im Klaren sein, dass dann niemand mehr in dieses Lager hineinkommt. Da müssen sich die Verantwortlichen den Kopf zerbrechen, wie sie weitertun und wo sie die Leute unterbringen. Wir werden nicht zuschauen, wie Menschenrechte mit Füßen getreten werden. (Michael Völker, DER STANDARD, 21.11.2012)

Erwin Pröll (65) ist seit 1992 Landeshauptmann von Niederösterreich.

Interview | Michael Völker, 21. November 2012, 18:42 | <http://derstandard.at/1353206874133>

.....

### **Pröll verstärkt Drohung, Traiskirchen zuzusperren**

Die unzumutbaren Zustände in Traiskirchen haben sich bislang nicht gebessert. Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll droht neuerlich, das Flüchtlingslager schließen zu lassen, sollten die säumigen Länder nicht tätig werden.

Foto © APA

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) verstärkt im "Standard"-Interview (Donnerstag-Ausgabe) seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Monatsende nicht ihre Zusage auf Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betont Pröll.

"Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen." Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen." Aber "so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar."

Container-Dörfer für Asylwerber

Die Errichtung von Container-Dörfern für Asylwerber wird langsam realistisch. In Traiskirchen waren am Montag noch immer rund 1.400 Flüchtlinge untergebracht und damit gut 900 mehr als mit Niederösterreichs Landeshauptmann Pröll vereinbart. Bis Ende November haben die Länder noch Zeit, ihre Quoten zu erfüllen. Gelingt dies nicht, werden auf dem Gebiet der säumigen Länder wohl Container errichtet.

Auch Kasernenflächen sollen zur Verfügung gestellt werden, um Asylwerbern Unterkunft zu geben. Bei einem Asylgipfel am 23. Oktober hatten sich die säumigen Länder verpflichtet, bis Ende November gesamt rund 1.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die vereinbarten Quoten müssten dem unterschriebenen Memorandum zufolge in jedem Fall mit 88 Prozent erfüllt sein, was derzeit nur Wien, Niederösterreich und der Steiermark gelingt.

Trotz dieser Zusage hat sich kaum etwas an der Problematik in Traiskirchen geändert. Waren am Tag des Asylgipfels dort 1.468 Flüchtlinge untergebracht, waren es am Montag, also rund ein Monat später, 1.404. Ein wenig dazu beigetragen hat, dass auch die Zahl der bundesweit zu Versorgenden weiter angestiegen ist, von 19.921 im Oktober auf 20.289 zuletzt.

Angesichts der schleppenden Fortschritte der Länder zeichnet sich immer mehr ab, dass wohl der Bund eigene Flächen zur Verfügung stellen wird müssen, will man Traiskirchen wie versprochen "entlasten". Innenministerin Mikl-Leitner sucht nun Unterstützung bei Gemeinde- und Städtebund, um Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu beschaffen. In einem Brief an Gemeindebund-Präsident Mödlhammer und Städtebund-Chef Häupl bittet sie die beiden, an alle Bürgermeister zu appellieren, die Unterbringung von Asylwerbern ausdrücklich zu unterstützen.

Quelle: APA

21.11.2012 um 20:13 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/asyl/3170616>

.....

### **"Es gibt Wege"**

#### **Pröll droht, Lager in Traiskirchen zu sperren**

FOTO: Erwin Pröll und die Innenministerin. (© APA)

Der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll (V) verstärkt in einem "Standard"-Interview seine Drohung, das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sperren zu lassen, sollten die übrigen Bundesländer bis Monatsende nicht ihre Zusage auf

Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Er habe die Behörde bereits beauftragt, feuer-, sicherheits- und baupolizeilich Verfahren einzuleiten, betont Pröll.

"Aufgrund der Situation werden sich Wege finden, das Lager zu sperren, sollte die Frist ungenützt verstreichen." Der Landeshauptmann zeigt aber auch Bereitschaft, vorübergehend mehr als die mit dem Innenministerium vereinbarten 480 Personen in Traiskirchen aufzunehmen: "Zweifelsohne ist es möglich, in schwierigen Zeiten 100 bis maximal 200 Personen mehr aufzunehmen." Aber "so, wie es jetzt ist, ist es ganz unmöglich. Fast eineinhalbtausend Flüchtlinge, da braucht man gar nicht zu diskutieren, das ist unzumutbar."

21.11.2012, <http://www.heute.at/news/politik/art23660,827548>

.....

### **Flüchtlings Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien**

FOTO: No border No nation - Fight fortress europe!

We demand our rights! Die Lage von Geflüchteten in dem nahe bei Wien gelegenen Asyllager Traiskirchen hat sich in den letzten Monaten immens verschlechtert. Wie an vielen andern Orten in Europa starten nun auch in Wien Asylwerber\_innen den Protest.

Ankündigung des Protestmarsch von Traiskirchen nach Wien und Demonstration am 24. November 2012.

"We demand our rights!"

Proteste von Geflüchteten, Asylsuchenden und Unterstützer\_innen gehen weiter.

Am Samstag, 10. November, fand eine Demo zur Solidarität mit den Refugee Protesten in Wien und anderswo statt. Geflüchtete, Migrant\_innen und solidarische Menschen protestierten gegen die rassistische Asylpolitik Europas und speziell Österreichs. Die Zustände haben sich seitdem nicht geändert. Innenministerium und Bundesländer tragen bei der Debatte um Unterbringung von Asylwerber\_innen unter sich ihren Konflikt auf dem Rücken der Geflüchteten aus - deren eigene Bedürfnisse kommen in dieser Auseinandersetzung nicht vor. Für die Geflüchteten aus Traiskirchen haben die staatlichen Institutionen nichts anderes zu bieten, als menschenunwürdige Scheinlösungen, wie Unterbringung in Containerlagern oder Zwangsverschickung in abgelegene Ortschaften.

Die Proteste gehen weiter!

Protestmarsch von dem Flüchtlingslager in Traiskirchen nach Wien  
Danach Demonstration in Wien

genauere Informationen folgen!

WE WILL RISE!

20. November 2012, <http://no-racism.net/article/4268/>

.....

### **Lokalausweis auf der Saualm**

25 Asylwerber sind seit wenigen Tagen im Almdorf Grassler in der Ortschaft Lamm auf der Saualm in St. Andrä untergebracht. Bis zu 50 Asylwerber könne er insgesamt beherbergen, sagte Heimbetreiber Herbert Quendler. Er will die Bevölkerung zum Kennenlernen einladen.

FOTO: Saualm neues Asylwerberheim - ORF

Derzeit sind in dem ehemaligen Hoteldorf Asylwerber aus Afghanistan, Pakistan und Syrien untergebracht. Quendler betreibt die neue Unterkunft in St. Andrä. Warum hat er den Hotelbetrieb stillgelegt, um Asylwerber zu beherbergen? Quendler: „Erstens kann hier fast keine Wintersaison aufrechterhalten, zum Zweiten hat mich ein bisschen die soziale Ader gedrückt, drittens war die Überlegung: Man kann nicht immer nur reden, man muss auch handeln.“

FOTO: Herbert Quendler Saualm Neu Heimbetreiber - ORF

Gebäude sollen ausgelastet werden

Es seien ja Gebäude da, die ausgelastet werden müssen, so Quendler. Außerdem lebe er auf der Saualm und habe durch die Asylwerber ein Einkommen. Die persönliche Situation der Asylwerber sei teilweise sehr schwierig, sagte Quendler. So habe man derzeit hier eine Familie aus Syrien, der Sohn sei aber in Traiskirchen. Er hoffe, dass es zur ersten Familienzusammenführung komme und der Sohn nach Kärnten kommen könne.

FOTO: Saualm neues Asylwerberheim - ORF

Die Asylwerber werden mit drei Mahlzeiten pro Tag verköstigt, man habe auch ein Shuttle nach St. Andrä bzw. Griffen eingerichtet. Wenn jemand akut krank werde, müsse man natürlich die Rettung verständigen oder man bringe die Leute selbst zum Arzt, sagte Quendler.

Pläne für kreative Beschäftigung

Zur Beschäftigung sagte Quendler, man biete Deutschkurse an, wolle aber auch musizieren und kreatives Malen veranstalten. Man wolle auch handwerklich arbeiten und die Produkte verkaufen. Nicht zuletzt sollte die heimische Bevölkerung die Möglichkeit bekommen, die Asylwerber kennenzulernen.

FOTO: Saualm neues Asylwerberheim - ORF

Kein neues Heim in St. Kanzian

Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) gab am Dienstag bekannt, dass zwischen dem Land Kärnten und dem Betreiber eines weiteren Asylwerberheimes in St. Kanzian kein Vertrag unterzeichnet wurde. In St. Kanzian werden bereits drei Asylwerbereinrichtungen betrieben, weshalb die Ablehnung eines weiteren Asylwerberheimes seitens der Gemeindeglieder durchaus verständlich sei. Vonseiten des Landes werde daher kein weiteres Asylwerberheim in der Gemeinde St. Kanzian unter Vertrag genommen werden - mehr dazu in: St. Kanzian gegen neues Asylwerberheim.

Dörfler appellierte an die Bürgermeister aller Gemeinden in Kärnten, die noch keine Asylwerberunterkünfte auf ihrem Gemeindegebiet bereitstellen, sich aktiv an der Erfüllung der seitens des Bundes vorgegebenen Asylwerberquote zu beteiligen.

20.11.2012, <http://kaernten.orf.at/news/stories/2559799>

.....

### **Asylquote: Weiter Suche nach Unterkünften**

Kärnten muss bis Ende November 150 zusätzliche Asylwerber unterbringen, wenn es die Vereinbarung mit dem Bund einhalten will. Rund 100 Plätze wurden schon gefunden. LH Gerhard Dörfler (FPK) ist zuversichtlich, die Quote erfüllen zu können.

Breit angelegte Bürgerversammlungen in St. Kanzian auf der einen Seite und eine Entscheidung ganz ohne Information und Bürgerbeteiligung in St. Andrä auf der anderen - wie geht das zusammen? Für den Kärntner Flüchtlingsreferenten Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) sind die beide Gemeinden nicht vergleichbar. In St. Kanzian gebe es bereits drei Asylwerberunterkünfte, in St. Andrä keine, wie auch der gesamte Bezirk Wolfsberg ein Nachzügler bei der Unterbringung von Asylwerbern sei.

Der Landeshauptmann zeigt sich verwundert, dass die jüngste Unterbringung der Asylwerberfamilien auf der Saualm dieselben Reflexe ausgelöst habe, wie die aufgelassene Sonderanstalt. Der jetzt unter Vertrag genommene Betrieb habe zuvor Verträge mit großen Reiseveranstaltern gehabt, sagt Dörfler.

Dörfler: Angst größer als das Problem

Und im übrigen - so Dörfler - gebe es in Kärnten durchaus Vorzeige-Gemeinden, die ohne viel Aufhebens beispielgebend seien. So habe Kirchbach im Gailtal zwei Betreuungseinrichtungen, über 90 Asylwerber würden dort betreut. Als weitere positive Beispiele nennt Dörfler St. Urban und Straßburg. Dörfler: „Die Angst und Sorge ist oft größer als das Problem.“

Diakonie und Caritas sollen Asylwerber betreuen

Weiter Unterkünfte seien in Waiern bei Feldkirchen im Bereich de la Tour vorgesehen und im Landeserziehungsheim Görschach würden rund 30 Jugendliche untergebracht.

Insgesamt sei von den rund 150 benötigten Plätzen schon ein Großteil gefunden: „Derzeit liegen wir bei etwa 100 bis 120 Plätzen. Wir sind noch auf der Suche.“ Rund 20 Asylwerber werde die Diakonie betreuen, es sei auch vorgesehen, dass die

Caritas 20 weitere betreut. Dörfler: „Ich hoffe, dass es uns so gelingt, bis 30. November jedenfalls den Großteil der Quote zu erfüllen.“

Verstärkte Kontrollen des Heeres gefordert

Und Dörfler verknüpft das Schlepperwesen mit den Aufgaben des Bundesheeres: Die Grenze zu Ungarn sei wieder sehr löchrig geworden, verstärkte Assistenzeinsätze des Bundesheers daher unumgänglich, so seien Forderung.

Grüne: Zuteilung chaotisch

Grünen-Bezirkssprecherin Zalka Kuchling ortet bei der Zuteilung von Flüchtlingen in Kärntner Unterbringungen „Chaos“. Die Kriterien des Landes seien nicht transparent, das zeige ein Fall in St. Kanzian. Dort sei ein Haus bereits für 50 Flüchtlinge mit dementsprechenden Investitionen instand gebracht worden. Nun sei dem Hausbetreiber am Montag in der Landesregierung der angekündigte Vertrag verwehrt worden. Zudem sei eine Informationskampagne für die Kärntner Bevölkerung „unumgänglich, um weitere Verunsicherungen zu vermeiden“, so Kuchling.

20.11.2012, <http://kaernten.orf.at/news/stories/2559698>

.....

## **Oberösterreich**

### **Streit um Asyl-Quote zwischen Linz und St. Pölten**

LINZ/SANKT PÖLTEN. Kritik an der mangelnden Bereitschaft aller Bundesländer außer Wien und Niederösterreich, die vereinbarten Asylwerber-Zahlen zu erfüllen, kam am Wochenende von Niederösterreichs Landeschef Erwin Pröll (ÖVP).

Er verwies auf die prekäre Situation im Erstaufnahmезentrum Traiskirchen. Dort befinden sich derzeit 1400 Flüchtlinge. Fast 900 von ihnen seien aber für das Asylverfahren schon zugelassen und sollten bereits in eigenen Quartieren untergebracht sein. In Traiskirchen sollten lediglich bis zu 480 Menschen wohnen. Pröll drohte, er werde das Lager Traiskirchen mit baurechtlichen Maßnahmen schließen oder Zufahrtsstraßen sperren. Pröll bediene „in populistischer Manier niedrige Instinkte“, weil in Niederösterreich der Landtagswahlkampf beginne, kontert Landesrat Josef Ackerl (Foto) die Kritik. „Oberösterreich kommt seinen Verpflichtungen nach und arbeitet mit Nachdruck an der Schaffung weiterer Unterkünfte“, sagt Ackerl. Ohne das Zentrum in Traiskirchen würde auch Niederösterreich seine Quote nicht erfüllen. Die Grünen lobten am Wochenende die Bereitschaft von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP), mit Nachdruck zusätzliche Quartiere suchen zu wollen.

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ortete indes ein von SPÖ und ÖVP „inszeniertes Asyl-Chaos“.

20. November 2012, 17:12 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Streit-um-Asyl-Quote-zwischen-Linz-und-St-Poelten;art4,1006382>

.....

### **Minderjährige Flüchtlinge beziehen Park-Hotel**

GALLSPACH. Bei der Suche nach zusätzlichen Unterkünften für Flüchtlinge hatte das Land Oberösterreich in Gallspach Erfolg. Gleich mehrere Hotelbesitzer haben ihre leerstehenden Häuser in dem einst so florierenden Kurort als neue Bleibe für Asylwerber angeboten.

FOTO: In Traiskirchen leben etwa 550 minderjährige Flüchtlinge, etwa 30 davon übersiedeln nach Gallspach. Bild: APA/HELMUT FOHRINGER

Im ehemaligen Park-Hotel werden demnächst 30 bis 36 minderjährige Flüchtlinge, die ohne Angehörige in Österreich gestrandet sind, untergebracht.

„Die Zeit drängt, weil im Asylzentrum Traiskirchen mehr als 550 unbegleitete Minderjährige leben, die dringend intensive Betreuung in kleineren Einheiten brauchen“, sagt Christian Schörkhuber, Geschäftsführer der Volkshilfe OÖ.

Intensive Betreuung

Das Park-Hotel war vor einigen Jahren bereits Flüchtlingsquartier, zuletzt stand es leer. Der Besitzer ist an das Land herantreten, das Quartier wurde überprüft, schließlich einigte man sich finanziell.

Die Volkshilfe übernimmt die Betreuung. „Platz wäre für 60 Erwachsene, wir werden aber maximal 36 Jugendliche dort rund um die Uhr, sieben Tage in der Woche professionell betreuen“, sagt Schörkhuber. Kümmern werden sich um die Jugendlichen im Alter von 15 bis 18 Jahren Sozialpädagogen, Psychologen und Therapeuten.

SP-Bürgermeister Siegfried Straßl wurde vor knapp zwei Wochen über die Pläne informiert. „Ich nehme das zur Kenntnis. Das Land steht mit dem Rücken zu Wand und die wenigen Quartiere, die sich dafür eignen, werden selbstverständlich genommen. Ich habe aber keine große Freude damit“, sagt Straßl. Er hoffe, dass mit Augenmaß darauf geschaut werde, einzelne Orte nicht über Gebühr in die Verantwortung zu nehmen. Die Rund-um-die-Uhr-Betreuung findet Straßl positiv, auch dass Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen werden.

Die Übersiedlung der Flüchtlinge von Traiskirchen nach Galls- pach soll so schnell wie möglich, spätestens jedoch bis Weihnachten, erfolgen. Die Volkshilfe sucht für das Flüchtlingsheim noch Flüchtlings- und Hausaufsichts-Betreuer. „Einer unserer Mitarbeiter lebte in diesem Haus damals als Flüchtling“, erzählt Schörkhuber.

Jene Jugendlichen, die noch schulpflichtig sind, sollen in Grieskirchen die Schule besuchen, in Gallspach gibt es nur eine Volksschule. Welche Nationalitäten untergebracht werden, steht noch nicht fest. Es werden aber vorwiegend Burschen sein. „Denn es gibt nur einen sehr geringen Anteil an Mädchen, denen die Flucht gelingt“, sagt Schörkhuber.

*Dienstag, 20. November 2012, 16:15 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/wels/Minderjaehrige-Fluechtlinge-beziehen-Park-Hotel;art67,1006753>*

.....

## **Richtiges Maß**

Aus den Fehlern von Traun und Ansfelden lernen

Auch in und um Linz wird derzeit angestrengt nach Quartieren gesucht, in denen Menschen, die in Österreich einen Asylantrag gestellt haben, untergebracht werden können (dazu nebenstehender Artikel). Denn um das überfüllte Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen zu entlasten, müssen nun die Bundesländer mehr Flüchtlinge aufnehmen. Schon jetzt nimmt die Stadt Linz dabei eine Vorreiterrolle ein: Gemeinsam mit Vöcklabruck beherbergt sie mehr als die Hälfte aller oberösterreichischen Asylwerber.

Wichtig ist, bei der Quartiersuche aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wer wie in Ansfelden oder Traun zu viele Flüchtlingsquartiere auf engem Raum schafft, riskiert Ghettos und macht Integration unmöglich. Das richtige Maß entscheidet über Erfolg oder Misserfolg.

*Dienstag, 20. November 2012, 16:50 Uhr, <http://www.nachrichten.at/nachrichten/meinung/kommentar/Kommentar;art13612,1011831>*

.....

## **Keine Flüchtlinge in Kaserne Ebelsberg: Stadt Linz für Asylantenbetreuung offen**

LINZ. Land sucht auch in Linz intensiv nach Quartieren – 25 neue Flüchtlinge in Wiener Straße.

Noch bevor die FP am Donnerstag im Linzer Gemeinderat ihren Antrag gegen ein Asylantenheim in der Kaserne Ebelsberg stellen kann, ist das Thema schon wieder vom Tisch. „Eine Flüchtlingsbetreuung ist dort nicht möglich. Ich habe das prüfen lassen“, sagt der Linzer Bürgermeister Franz Dobusch (SP). Grund ist die Flächenwidmung: Die „Sonderwidmung Bundesheer“ lässt eine Aufnahme von Asylwerbern an dieser Stelle nicht zu, so Dobusch. Ein angedachtes Heim anstelle der Kfz-Prüfstelle des Landes nahe des Design Centers sei ebenfalls an der Widmung gescheitert.

Sieben Flüchtlingswohnungen

Flüchtlinge in einer aktiv genutzten Kaserne aufzunehmen, wäre ein immenser Aufwand gewesen, sagt Heinrich Birschkus, Sprecher des Militärkommandos Oberösterreich: „Die Güter, die in der Kaserne gelagert werden, brauchen besonderen Schutz. Um in der Kaserne einen Bereich für Flüchtlinge abgrenzen zu können, müsste ein nicht unerheblicher Aufwand betrieben werden.“

Bürgermeister Dobusch gibt sich grundsätzlich offen, wenn es um neue Asylantenheime in Linz geht. „Man darf sich nicht von vornherein verschließen“, sagt er. Noch seien aber keine neuen Vorschläge an ihn herangetragen worden. Ein kleineres Projekt startet die Volkshilfe an der Wiener Straße. Dort werden sieben Wohnungen angemietet, in die bald 20 bis 25 Flüchtlinge einziehen werden. Insgesamt betreut die Volkshilfe derzeit in Linz 350 Asylwerber an acht Standorten.

Kein Heim in Puchenu

Unterdessen ist das Land intensiv auf der Suche nach neuen Quartieren. Laut Vertrag mit dem Bund muss Oberösterreich bis Ende November 250 Plätze anbieten, in einer zweiten Phase könnten bis zu 600 weitere Plätze hinzukommen. Gesucht wird auch in Linz. „Gemeinden im Großraum Linz mit hohem Migrantenanteil wie Traun und Ansfelden werden aber bewusst ausgespart“, sagt der zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl (SP).

Leoding beteiligt sich aktiv an der Quartiersuche, bisher allerdings ohne Erfolg. „Wir können uns da nicht drücken“, sagt Bürgermeister Walter Brunner (SP). In Puchenau tauchten Gerüchte auf, ein Grundstück an der B127 könnte für ein Flüchtlingshaus genutzt werden. Bürgermeister Wolfgang Haderer (VP) dementiert: „Das stimmt mit Sicherheit nicht.“

#### Aufruf an Pfarren

In seiner Vollversammlung am Wochenende ermunterte der Pastoralrat der Diözese Linz Pfarren und christliche Gemeinschaften, Asylsuchende aufzunehmen. Er bittet, „diese Herbergssuche in Hinblick auf die bald beginnende Adventzeit zu unterstützen“. Der Engpass an Quartieren sei entstanden, weil in den vergangenen Jahren der Zahl der Flüchtlinge rückläufig gewesen sei und daher minderwertige Quartiere aufgelassen worden seien. „Erfahrungsgemäß eignen sich Unterbringungsmöglichkeiten von 20 bis 30 Personen pro Gemeinde, aufgeteilt auf verschiedene Quartiere, am besten“, so der Pastoralrat.

Der Pastoralrat ist mit rund 60 Mitgliedern das größte Beratungsgremium der Diözese Linz.

*Dienstag, 20. November 2012, 16:50 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/Keine-Fluechtlinge-in-Kaserne-Ebelsberg-Stadt-Linz-fuer-Asylantenbetreuung-offen;art66,1011808>*

.....

#### **Josef Ackerl stellte sich der Altmünster Bevölkerung**

ALTMÜNSTER. Der Soziallandesrat warb bei Anrainern um Verständnis für die Ansiedelung von Asylwerbern.

Soziallandesrat Josef Ackerl (SP) besuchte am Freitag Altmünster und suchte dort gemeinsam mit VP-Bürgermeister Hannes Schobesberger das Gespräch mit den besorgten Anrainern des künftigen Asylantenwohnheims. Dabei warb er um Verständnis für die geplanten Maßnahmen und sprach auch vom Zeitdruck, unter dem die Landesregierung in dieser Frage steht. Die ersten 20 Asylwerber werden Anfang Dezember erwartet.

In Altmünster selbst bemühen sich die politisch Verantwortlichen, das Klima zu beruhigen. Die SP kritisiert zwar die Vorgehensweise, mit der das Hotel Rittertal im Ortszentrum als Asylheim auserkoren wurde, und hält die ursprünglich geplante Zahl von mehr als 50 Flüchtlingen für zu hoch. „Wir werden die neuen Mitbürger bei ihrer Integration in die Ortsgemeinschaft aber tatkräftig unterstützen“, kündigt SP-Vizebürgermeister Ronald Lachmair an.

„Es werden Menschen zu uns kommen, und wir sollten ihnen als Menschen begegnen“, sagt Christine Greunz, Grüne Gemeindevorständin. „Eine 10.000-Einwohner-Gemeinde hat keinen Grund, sich vor 50 Asylanten zu fürchten“, so Greunz. „Es handelt sich um Menschen, die Schreckliches erlebt haben. Vielen droht bei der Rückkehr in ihre Heimat Gefängnis, Tod oder Folter.“

Die Freiheitlichen von Altmünster kritisieren weiterhin die Standortwahl, kündigen aber an, weiterhin „möglichst sachlich an dieses Thema heranzugehen“. Die Partei trete für die Aufnahme von Menschen ein, die aus politischen, religiösen oder ethischen Gründen ihre Heimat verlassen müssen. Für Wirtschaftsflüchtlinge sei in Österreich und Altmünster aber kein Platz.

*Dienstag, 20. November 2012, 16:50 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/salzkammergut/Josef-Ackerl-stellte-sich-der-Altmuenster-Bevoelkerung;art71,1010982>*

.....

#### **Mühlviertel**

##### **Gasthaus wird Asyl-Unterkunft**

GUTAU. Schlag auf Schlag ging es jetzt in Gutau mit der Entscheidung, dass es eine Asylwerber-Unterkunft in der Gemeinde geben wird.

FOTO: Weil Traiskirchen aus allen Nähten platzt werden die Asylwerber aufgeteilt. Bild: APA/HELMUT FOHRINGER

Am Freitag informierte die Volkshilfe Bürgermeister Josef Lindner (SP), dass sie das Angebot, ein ehemaliges Gasthaus zu mieten, annehmen werde. Dieses Angebot hatte der Eigentümer des Hauses dem Land Oberösterreich gemacht. Und da man ohnehin verzweifelt auf der Suche nach Unterkünften ist, griffen Land Oberösterreich und die Volkshilfe als Betreiber zu.

„Kein Öl ins Feuer gießen“

Noch am Samstag organisierte der Bürgermeister eine Sitzung mit den Fraktionsobleuten der drei im Gemeinderat vertretenen Parteien. „Uns war es wichtig, alle gleich zu informieren und ins Boot zu holen. Alle drei Parteien – SPÖ, ÖVP und FPÖ – haben vereinbart, kein Öl ins Feuer zu gießen“, betont Lindner.

Deshalb wurde auch rasch eine Informationsveranstaltung für die Nachbarn organisiert, die heute stattfinden soll. Auch Vertreter der Volkshilfe werden anwesend sein und über das Betreuungskonzept informieren. „Wichtig ist, dass alle miteingebunden werden, damit wir das Ganze bestmöglich organisieren“, sagt Lindner. Zwar habe es ein kurzes „Aufflackern“ von Protest gegeben, doch dies sei ohnehin nutzlos, betont der Bürgermeister: „Auf die Entscheidung hat die Gemeinde gar keinen Einfluss. In einen bestehenden, rechtlich gültigen Mietvertrag können wir nicht eingreifen.“

Standort nicht ideal

Glücklich ist man aber in Gutau mit der Wahl des Standortes nicht. Das ehemalige Gasthaus liegt direkt in der Ortsmitte. „Die Entscheidung ist aber schon gefallen“, sagt Lindner. Montag wurde der Mietvertrag unterzeichnet.

30 Asylwerber werden voraussichtlich nach Gutau kommen. Wer genau und aus welchen Ländern, steht noch nicht fest. Diese Entscheidung wird in den Flüchtlingslagern Traiskirchen und Thalheim gefällt. In Gutau ist man nun bemüht, die Ankunft der Asylwerber möglichst ohne Aufregungen über die Bühne zu bringen. „Wichtig ist uns ein offener Zugang. Und ich möchte niemanden in Containern oder gar Zeltlagern hausen sehen“, sagt Bürgermeister Lindner.

20. November 2012, 17:31 Uhr, <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/muehlviertel/Gasthaus-wird-Asyl-Unterkunft;art69,1007782>

.....

### **Agenda Asyl: Container sind keine Lösung**

"Wir erwarten von den Länder ernsthafte Bemühungen, die fehlenden Unterbringungs- plätze für AsylwerberInnen zu schaffen", appelliert Agenda Asyl an die Landesregierungen.

"Container sind jedenfalls keine Lösung", betont Anny Knapp von der asylkoordination, die gemeinsam mit Diakonie, Integrationshaus, SOS Mitmensch und Volkshilfe als Agenda Asyl seit längerem menschenrechtskonforme und den Lebenshaltungskosten angepasste Grundversorgungsleistungen fordert.

Agenda Asyl sieht als einzig sinnvollen Weg, die Unterbringungsfrage zu lösen darin, das rechtlich vorgesehene private Wohnen von Asylsuchende zu erleichtern. Denn damit wird der Weg zu einer dauerhaften Lösung eingeschlagen. Die Länder könnten flexibler auf den Bedarf an Quotenplätzen reagieren, anstatt bei steigendem Bedarf Quartiere und Standorte zu suchen, die bei sinkenden Asylantragszahlen wieder geschlossen werden müssen.

Der Vorschlag, Flüchtlinge in Container unterzubringen, inszeniert eine Krisen- und Notsituation, die angesichts von etwa 1000 Personen, für die eine Unterkunft gesucht wird, nicht besteht. Es wird von Seiten der NGOs zwar begrüßt, dass die Länder bis Ende November 2012 ihre Verpflichtungen einhalten und Unterbringungsplätze bereitstellen wollen, dieser Zeitdruck darf jedoch nicht dazu führen, dass bei der Auswahl der Quartiere Fragen wie Standort, Infrastruktur, Ausstattung und Betreuung weniger Gewicht beigemessen wird. "Die Verlegung der AsylwerberInnen aus Traiskirchen in Container signalisiert, dass in Österreich kein Platz mehr für Flüchtlinge vorhanden sei und soll wohl Flüchtlinge abschrecken nach Österreich zu kommen", kritisiert Agenda Asyl.

Um mehr Wohnplätze für Asylsuchende zu schaffen, müßte eine marktgerechte Mietunterstützung in der Grundversorgungsvereinbarung vorgesehen werden.

AsylwerberInnen können wegen der viel zu geringen Unterstützung nicht aus dem Flüchtlingsheim ausziehen. Derzeit gibt es Alleinstehende nur ? 110,- pro Monat als Unterstützung für Mietkosten, für Familien ist der Maximalbetrag nur ? 220,-. Ein privates Quartier kann man zu diesem Preis kaum finden. Eine Erhöhung des Mietbeitrags würde sicher etliche AsylwerberInnen motivieren, aus einem Flüchtlingsheim ausziehen und so Plätze in den Heimen frei werden.

In einigen Bundesländern wird der Wechsel in eine individuelle Unterkunft noch zusätzlich erschwert, indem nur nach einer gewissen Aufenthaltsdauer in einem Flüchtlingsheim der Umzug erlaubt wird. Im Burgenland gibt es beispielsweise nur 3 AsylwerberInnen, die privat wohnen dürfen, 99,3 Prozent der AsylwerberInnen leben in Pensionen und Gasthöfen. Auch in der Steiermark, Kärnten und in Oberösterreich sind über 90 Prozent in Heimen untergebracht. Nur in Wien ist der private Wohnungsmarkt bei der Wohnversorgung der Asylsuchenden bedeutsam, hier sind nur 28 Prozent in Flüchtlingsheimen untergebracht.

Die zwischen Bund und Ländern ausverhandelte Valorisierung der Grundversorgungsbeiträge von 17 auf maximal 19 Euro pro Tag für Unterkunft und Versorgung wird nicht ausreichen, um Pensionen oder Gasthöfe zu finden, die entsprechende Standards aufweisen. Auch die monatliche Unterstützung für den Lebensunterhalt von 180 Euro für privat wohnende Flüchtlinge müsste deutlich erhöht werden, damit das Leben im Privatquartier realisierbar wird. Die Länder sollten, weil eine Erhöhung der Beiträge derzeit wenig realistisch ist, die Grundversorgung aus Landesmitteln aufstocken, wenn sie ernsthaft bemüht sind, die vereinbarten Unterbringungsplätze zu schaffen.

Unterbringungskapazitäten würden auch durch Öffnung des Zugangs zum Arbeitsmarkt entstehen. "Die Arbeitserlaubnis für Asylsuchende wäre ein Mittel, um sowohl die Quartiersituation zu entspannen als auch insgesamt eine Entlastung des Sozialstaats zu erreichen. Derzeit produzieren wir mit dem Arbeitsverbot ja nicht nur künstlich Langzeitarbeitslose, sondern auch Menschen, die von organisierten Wohngelegenheiten abhängig sind", so Alexander Pollak von SOS Mitmensch.

Aussendung der asylkoordination österreich vom 19. Nov 2012.

19. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4267>, [http://asyl.at/fakten\\_2/betr\\_2012\\_09.htm](http://asyl.at/fakten_2/betr_2012_09.htm)

.....

### **Pastoralrat: Pfarren sollen Asylwerber aufnehmen**

Der Linzer Pastoralrat hat in seiner Vollversammlung am Wochenende an Pfarren appelliert, sie sollen Quartiere für Asylwerber zur Verfügung stellen. Auch Orden und andere christliche Gemeinschaften sprach das Gremium an.

Diese kirchlichen Einrichtungen hätten schon bisher Quartiere und Sprachkurse für Asylwerber organisiert, teilte die Kathpress am Montag in einer Presseaussendung mit. Hilfe sei angesichts der überfüllten Erstaufnahmezentren auch „bei der Herbergsuche 2012 dringend erforderlich“. Die Behörden des Landes würden für die Betreuung finanzielle und personelle Unterstützung bereitstellen, hieß es. OÖ sollte mehr Asylwerber beherbergen

Oberösterreich ist bei der Erfüllung seiner Quote zur Unterbringung von Asylwerbern säumig. In einem Gipfel zu dem Thema Anfang des Monats gaben Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) und sein Stellvertreter Josef Ackerl (SPÖ) an, 300 neue Quartiere bis Ende November schaffen zu wollen. Es gebe relativ verbindliche Angebote von privater Seite für 200 bis 300 Unterbringungsmöglichkeiten, erklärte Pühringer.

Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, des Innenministeriums, des Bundesheers, des Landes, des Städte- und Gemeindebundes sowie aller im Landtag vertretenen Parteien nahmen an dem Gipfel teil. Mehr dazu in Suche nach Quartieren für Asylwerber.

Link: Kathpress <http://www.kathpress.at/>

19.11.2012, <http://ooe.orf.at/news/stories/2559606>

.....

### **Flüchtlingshungerstreik in der neuen Saualm-Unterkunft bei St. Andrä im Lavanttal**

Drei Flüchtlinge sind seit 16.11.2012 in Hungerstreik und werden dort massiv unter Druck gesetzt. Die massive Kritik an der aktuellen Verlegungs- und Unterbringungspraxis hält an

Wie bereits berichtet, wurden vorgestern 16 Flüchtlinge aus dem Erstaufnahmelager Traiskirchen in eine Unterkunft auf der Saualm im Bereich der Gemeinde St. Andrä im Lavanttal verlegt.

Laut verlässlicher Information von Flüchtlingen aus Traiskirchen, die mit den von der Verlegung Betroffenen weiterhin im engen Kontakt stehen, sind seit gestern 3 Flüchtlinge in der neuen Saualm-Unterkunft in Hungerstreik getreten. Sie wollen nicht in den für sie unmenschlichen Isolationsbedingungen auf der Saualm bleiben, sondern in einem städtischen Wohnbereich leben, wo sie über die dringend nötige soziale Anbindung, Infrastruktur und Unterstützung verfügen.

Wie die Flüchtlinge weiterhin berichteten, wurden sie durch das Verwaltungspersonal mit Drohungen, abgeschoben oder auf die Straße gesetzt zu werden, massiv unter Druck gesetzt. 2 Personen haben daraufhin den Hungerstreik abgebrochen, ein Flüchtling befindet sich weiterhin im Hungerstreik.

Die Initiative 1. März transnationaler MigrantInnenstreik unterstützt die Forderung der Flüchtlinge, von der Saualm an einen für sie akzeptablen Wohnort umziehen zu können und fordert die sofortige Schließung der faktischen neuen 'Sonderanstalt'.

18. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4266>

.....

### **Gestrandet auf der neuen Saualm in Kärnten**

FOTO: \* Asylwerber, die aus Traiskirchen in das Almdorf Grassler auf der Saualm verschickt wurden, können sich derzeit nur an der schönen Aussicht erfreuen. foto: gerhard maurer

In der Gemeinde Lamm auf der Saualm wurde völlig überraschend ein neues Asylheim eröffnet. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden dorthin Flüchtlinge aus Traiskirchen und Wien verschickt

Klagenfurt - In der Streusiedlung Lamm auf 1000 Metern Seehöhe an der Südflanke der Saualm leben rund 120 Menschen. Sie haben plötzlich Zuwachs bekommen - über Nacht und ohne jede Vorankündigung. Im Almdorf Grassler sind seit Mittwoch 25 Asylwerber untergebracht. Noch einmal so viele sollen dazukommen, auch Familien.

"Da gehst spazieren, und auf einmal kommt dir so ein schwarzer Lotter (Mann) entgegen. Da schreckst di schon", meint eine ältere Frau im winzigen Ausflugsgasthof Schranzer. Es sei nicht recht, dass man die kleine Berggemeinde regelrecht mit den Asylwerbern "überfallen" hätte, doch grundsätzlich habe man nichts gegen die "armen Teufel". Man müsste sie "halt nur zur Arbeit erziehen". Heftiger Protest am neuen Asylheim kam vom SP-Bürgermeister von Sankt Andrä, Peter Stauber, zu dem die Katastralgemeinde Lamm gehört. Auch SP-Chef Peter Kaiser und der grüne Landtagsabgeordnete Rolf Holub verurteilen die überfallsartige Einrichtung des Asylheims Saualm II vehement.

Nach Kärnten verschickt

Aufregung herrscht aber auch beim "Grassler". Denn die Flüchtlinge wussten nicht, wie ihnen geschah, als sie aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in einen Bus verfrachtet, nach Kärnten verschickt und vor dem Almdorf Grassler abgeladen wurden - einen Kilometer Luftlinie entfernt von der berüchtigten, mittlerweile geschlossenen Sonderanstalt für mutmaßlich kriminelle Asylwerber.

"Warum bin ich hier", fragt S. Der junge Afghane spricht schon ganz gut Deutsch. Er hat die vergangenen sieben Monate in einem Asylheim im Wien verbracht und sich bereits gut integriert. Auf dem Berg könne man nichts tun außer spazieren gehen und die Wände anstarren. Angeblich soll es schon einen Hungerstreik gegeben haben. S. weiß nur von einem Asylwerber, der momentan nichts essen wolle.

Ein Asylwerber, der direkt aus Traiskirchen kam, kramt einen Arztbrief aus der Tasche. Er leidet an Wasser in der Lunge. Eine Operation wurde ihm angeraten. Der Termin hätte bereits festgestanden. "Was ist jetzt mit mir, hier kein Arzt, keine Operation", fragt er ängstlich. Fast alle Afghanen und Pakistani haben dünne Shirts und Jacken an, tragen Sandalen oder abgewetzte, teilweise löchrige Schuhe. Sie machen sich Sorgen, wie sie damit über den Winter kommen. Immerhin hat es in Lamm um die Mittagszeit nur noch zwei Grad. Bisher hätten sie noch keine Ansprechperson vom Flüchtlingsreferat gesehen und in diesem Monat auch noch kein Taschengeld erhalten, erzählen sie.

Essen mit anderen Gästen

Doch eine "Sonderanstalt" Saualm II ist das Almdorf Grassler nicht. Die Asylwerber sind - wenn auch gedrängt - in den abgewohnten, aber sauberen Almhäusern untergebracht, das dazugehörige Gasthaus wirkt einladend. Der Wirt kocht selbst, die Asylwerber dürfen im Gasthaus essen - gemeinsam mit den anderen Gästen. Das sei gut für die Integration. Er bemühe sich jetzt, rasch einen Shuttledienst einzurichten, Deutschkurse sowie warme Winterkleidung zu organisieren.

Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) ärgert sich über die neue Saualm-Diskussion. Er stattete am Sonntag dem neuen Quartier einen Besuch ab. Das Argument der Isolation lässt er nicht gelten. "Ich bemühe mich, ein vernünftiges Quartier zu finden, während Innenministerin Mikl-Leitner von einem Zeltlager redet." Kein Einziger der neuerlichen Saualm-Kritiker habe ihm bis jetzt ein Quartier gebracht, und die Bürgermeister würden nur abwinken. Und jene Sozialapostel, die die Schließung der "Sonderanstalt" für mutmaßlich kriminelle Asylwerber mitbewirkt hätten, sollten nur ja keinen neuen Wirbel inszenieren. (Elisabeth Steiner, DER STANDARD, 19.11.2012)

*Elisabeth Steiner, 18. November 2012, 18:03, <http://derstandard.at/1353206545422>*

.....

## **Saualm II: Hinter den sieben Bergen**

Nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt wurde auf der Saualm jetzt ein neues Asylquartier aufgemacht

Hinter die sieben Berge zu den sieben Zwergen wolle man kriminelle Ausländer bringen, tönte einst Jörg Haiders Pressesprecher Stefan Petzner. In der berüchtigten Sonderanstalt auf der Saualm hatte man das geeignete Objekt dafür gefunden. Nachdem dort die menschenunwürdige und menschenrechtswidrige Unterbringung für alle sichtbar und zum Gegenstand von Ermittlungen durch die Justiz wurde, musste die Sonderanstalt geschlossen werden. Nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt wurde auf der Saualm jetzt ein neues Asylquartier aufgemacht. An der Isolation der Flüchtlinge dort oben hat sich also nichts geändert. Es gibt keine soziale Anbindung und keine Infrastruktur. Sinnvolle Integration ist offensichtlich nicht erwünscht.

Wie anders ist es zu erklären, wenn auch bereits gut integrierte Asylwerber plötzlich aus ihrem Umfeld gerissen, wie Pakete hin- und hergeschoben und mitten in der Nacht auf der Saualm abgeladen werden?

Dennoch: Reflexartig von einer Sonderanstalt Saualm II zu reden ist unzulässig. Vor allem wenn man angesichts des hoffnungslos überfüllten Flüchtlingszentrums Traiskirchen die Alternativen bedenkt, die der Innenministerin eingefallen sind: Container oder Zeltlager. Solange die meisten Bürgermeister selbst die Flüchtlinge am liebsten hinter den sieben Bergen sehen möchten, wird sich am Dilemma fehlender Unterkünfte nichts ändern. (Elisabeth Steiner, DER STANDARD, 19.11.2012)

*Kommentar | Elisabeth Steiner, 18. November 2012, 18:16 | <http://derstandard.at/1353206548503>*

.....

### **Pakistanische Flüchtlinge im Hungerstreik**

Flüchtlinge werden aus Traiskirchen in verschiedene österreichische Bundesländer verlegt. Drei pakistanische Flüchtlinge sollen sich im Hungerstreik befinden

Mindestens 16 Flüchtlinge wurden aus dem Lager Traiskirchen nach St. Andrä im Lavanttal transferiert. Die Einrichtung befindet sich in einer kleinen Ortschaft auf der Saualm. Wohl für die Tourismuswerbung trägt sie den Beinamen "Almdorf". Für Flüchtlinge ist die zwangsweise Unterbringung in solch abgelegenen Regionen kein idyllisches Erlebnis. Denn "ohne Geld, ohne Mobilität, abhängig von Grundversorgung, ohne Anbindung zur lokalen Bevölkerung an einem solchen Ort wohnen zu müssen, bedeutet quälende Isolation" schildert Roman Dietinger von der Initiative "Familien und FreundInnen gegen Abschiebung".

#### **Schlechte Infrastruktur**

Vieles, was Flüchtlinge benötigten wie Kontakte zu Landsleuten und UnterstützerInnen, Beratungs- und Therapieangebote, Rechtsbeistand, adäquater Zugang zu Bildungs- und Deutschkursanbietern, Jobs usw. stünden in einer Kleinstadt oder einem Dorf nicht zur Verfügung. Dies wären die Hintergründe vor dem sich der Hungerstreik auf der Saualm abspielen würde.

#### **Überbelegung in Traiskirchen**

Für die Unterbringung der Flüchtlinge in den Bundesländern seien diese selbst zuständig, betont ein Sprecher des Innenministeriums. Über die Situation im Lager Traiskirchen sei man im Ministerium nicht glücklich. Es handle sich um eine Erstaufnahmestelle. Alle zum Asylverfahren zugelassenen Flüchtlinge müssten gemäß den Quoten von den Bundesländern übernommen werden. Da dies nicht wie vorgesehen geschieht, käme es, um Obdachlosigkeit von Flüchtlingen zu vermeiden, zu einer Überbelegung des Lagers.

Der zähe Konflikt zwischen Innenministerium und LandespolitikerInnen wird auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen, meint Roman Dietinger: "Wer in der ganzen Debatte überhaupt nicht gefragt wird, sind diejenigen, um die es eigentlich geht - nämlich die Flüchtlinge selbst. Ob von Frau Mikl-Leitner oder von Herrn Pröll - über die Flüchtlinge wird geredet wie über einen zu verwaltenden Notstand, den man loswerden will. Dass Politik und Verwaltung als Antworten auf die Situation in Traiskirchen nur menschenunwürdige Scheinlösungen, wie Zelte und Container, oder Zwangsverschickung über das Bundesgebiet zu bieten haben, ohne jemals die Flüchtlinge zu fragen, wo und wie sie selbst leben wollen, wirft ein beschämendes Licht auf die österreichische Asyl- und Migrationspolitik. Das Recht auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben muss für Flüchtlinge genauso gelten, wie für alle anderen." (red, derStandard.at, 17.11.2012)

*17. November 2012, 12:19, <http://derstandard.at/1350261665906>*

.....

### **Dörfler findet Kritik an neuem Asylwerberheim "böartig"**

Flüchtlingsreferent sieht "tendenziösen Journalismus"

Klagenfurt/Wien - Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) hat sich am Samstag zu der Kritik an einem neuen Asylwerberheim auf der Saualm in der Gemeinde St. Andrä im Lavanttal (Bezirk Wolfsberg) geäußert. "Reflex- und böartig" seien die Reaktionen aus den politischen Lagern gewesen, so der Flüchtlingsreferent in einer Aussendung.

Er habe sich als zuständiger Flüchtlingsreferent "im Gegensatz zu anderen Bundesländern in den letzten Tagen massiv bemüht", neue Betreuungseinrichtungen zu finden. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) mache Druck und die Bürgermeister würden neue Heime blockieren, so Dörfler.

Bis zu 50 Asylwerber auf "Almdorf"

Am Freitag war bekannt geworden, dass in einem "Almdorf" auf der Saualpe, das bisher als Tourismusbetrieb geführt wurde, bis zu 50 Asylwerber untergebracht werden sollten. Der Bürgermeister kritisierte, dass weder die Gemeindeverwaltung noch die Bevölkerung informiert worden seien. Auch SPÖ und Grüne kritisierten diesen Umstand scharf und bemängelten außerdem die Ablegenheit der Unterkunft. (APA, 17.11.2012)

17. November 2012, 16:40, <http://derstandard.at/1350261674384>

.....

### **Flüchtlinge aus Traiskirchen: Keine Verschickung an entlegene Orte**

FOTO: Trügerische Idylle: das Flüchtlingslager Traiskirchen im Winter 2010.

Kritik an willkürlicher Verschickung von Flüchtlingen in entlegene Ortschaften - Forderung nach menschenwürdigen Lebensbedingungen.

Nachdem während der letzten Wochen die menschenunwürdigen Zustände im Erstaufnahmelager Traiskirchen vermehrt öffentlich wahrgenommen wurden und am vergangenen Samstag über 100 Menschen aus Traiskirchen an einer Demonstration für Flüchtlingsrechte in Wien teilgenommen haben, reagieren die Asylbehörden nun mit beschleunigter Verlegung von Flüchtlingen in verschiedene österreichische Bundesländer. Gestern, am 15. November 2012, wurden 16 pakistanische Flüchtlinge nach St. Andrä im Lavantal in den Kärntner Alpen transferiert. Im Hintergrund steht die aktuelle Kontroverse zwischen Innenministerin Mikl-Leitner und VertreterInnen der Bundesländer um die Frage der Unterbringung von AsylwerberInnen.

Nach Aussage von Flüchtlingen aus Traiskirchen ist jedoch eine Verschickung an Orte wie St. Andrä im Lavantal keine akzeptable Lösung der Unterbringungsfrage. Sie wollen nicht gezwungen sein, an entlegenen Orten fernab größerer Städte zu leben, wo sie über keinerlei Infrastruktur, soziale Anbindung und Arbeitsmöglichkeiten verfügen.

"Als TouristIn in St. Andrä Urlaub zu machen mag durchaus attraktiv sein - als Flüchtling ohne Geld, ohne Mobilität, abhängig von Grundversorgung, ohne Anbindung zur lokalen Bevölkerung an einem solchen Ort wohnen zu müssen, bedeutet dagegen quälende Isolation. Vieles, was Flüchtlinge benötigen - Kontakte zu Landsleuten und UnterstützerInnen, Beratungs- und Therapieangebote, Rechtsbeistand, adäquater Zugang zu Bildungs- und Deutschkursanbieter[Inne]n, Jobs usw. - steht nunmal in einer Kleinstadt oder einem Dorf nicht zur Verfügung," schildert Roman Dietinger von der Initiative "Familien und FreundInnen gegen Abschiebung" seine Eindrücke von der Situation.

Flüchtlinge aus Traiskirchen berichten indes von unwürdigen Zuständen: Die Versorgung mit Lebensmitteln und winterfester Kleidung ist mangelhaft, sie müssen im Freien bei Kälte und Regen um Essen anstehen, religiöse Essgewohnheiten werden übergangen. Manche Flüchtlinge bedecken ihre Füße mit Plastiksackerln, weil sie kein brauchbares Schuhwerk haben. Für dringende Belange, wie ÄrztInnenbesuche, steht oft keine angemessene Übersetzung zur Verfügung. Die medizinische Versorgung ist unzureichend, sodass Zahnprobleme oder ausfallende Nägel unbehandelt bleiben. Asylanträge werden durch das Bundesasylamt im Eiltempo, das keine glaubwürdige Berücksichtigung von Fluchtgründen zulässt, mitunter nur einen Tag nach der Anhörung, negativ entschieden.

"Was wir momentan erleben, ist, dass Innenministerium und LandespolitikerInnen untereinander einen Konflikt auf dem Rücken der Flüchtlinge austragen. Wer in der ganzen Debatte überhaupt nicht gefragt wird, sind diejenigen, um die es eigentlich geht - nämlich die Flüchtlinge selbst. Ob von Frau Mikl-Leitner oder von Herrn Pröll - über die Flüchtlinge wird geredet wie über einen zu verwaltenden Notstand, den man loswerden will. Dass Politik und Verwaltung als Antworten auf die Situation in Traiskirchen nur menschenunwürdige Scheinlösungen, wie Zelte und Container, oder Zwangsverschickung über das Bundesgebiet zu bieten haben, ohne jemals die Flüchtlinge zu fragen, wo und wie sie selbst leben wollen, wirft ein beschämendes Licht auf die österreichische Asyl- und Migrationspolitik. Das Recht auf ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben muss für Flüchtlinge genauso gelten, wie für alle anderen," folgert Dietinger.

Presseaussendung vom 1. März - transnationaler Migrant\_innenstreik vom 16. November 2012.

16. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4263>

.....

### **Ministerium startet Asyl-Wohnplatzsuche**

Das Innenministerium bezweifelt, dass die Länder bis Dezember genug neue Wohnplätze für Asylwerber finden und sucht ab jetzt aktiv nach Ersatz

Traiskirchen/Wien/Klagenfurt - Die Übersiedlung von Asylwerbern aus dem Flüchtlingslager Traiskirchen in Kasernen oder Container wird für Dezember immer wahrscheinlicher. "Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass die Länder bis Ende November nicht genug Wohnplätze finden. Damit es kein böses Erwachen gibt, arbeiten wir ab jetzt an Ersatzlösungen", sagte Innenministeriumssprecher Karlheinz Grundböck am Freitag zum STANDARD.

Konkret seien Gespräche mit Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) wegen der Zurverfügungstellung leerstehender Soldatenquartiere in jenen Ländern aufgenommen worden, die die Asylunterbringungsquote nach wie vor untererfüllen. Im Verteidigungsministerium war bis Redaktionsschluss dazu niemand erreichbar.

#### Keine Wunschlösung

Auch Containersiedlungen werde man gegebenenfalls in den säumigen Ländern aufstellen, erläuterte Grundböck - "wenn auch Container keineswegs unsere Wunschlösung sind". Von Zelten für Asylwerber wiederum, über die in den vergangenen Tagen in der Kronen Zeitung einiges stand, sei "im Ministerium nie die Rede gewesen".

Wie berichtet, haben die Länder am 23. Oktober beim Asylgipfel in Wien das Versprechen gegeben, bis Ende November insgesamt 780 Wohnplätze zusätzlich zu schaffen. 326 davon gab es bis Freitag bereits, die meisten - 68 - in der Steiermark sowie 55 in Niederösterreich: beides Länder, die die Quote wie die Steiermark ohnehin fast, oder wie Niederösterreich übererfüllen. Ins Burgenland hingegen wurden seit Ende Oktober nur 18, nach Kärnten 17 Flüchtlinge zusätzlich übersiedelt. "Diese Zwischenbilanz ist nicht gut", meint Grundböck. Denn die Zahl von Asylwerbern, die grundversorgt werden müssen, sei seit Ende Oktober gestiegen - von 19.921 auf 20.247 Menschen.

#### Fehlende Infrastruktur

Die Übersiedlung in Länderquartiere ist für Asylwerber indes nicht immer eine Verbesserung - etwa für jene, die nach St. Andrä im Kärntner Lavanttal gebracht wurden, wo nur ein Kilometer von der inzwischen geschlossenen Asylwerber-"Sonderanstalt" auf der Saualm eine neue Flüchtlingspension eröffnet worden ist. Diese befindet sich fernab jeder Infrastruktur, Kontakte zur lokalen Bevölkerung gebe es nicht, klagen überstellte Flüchtlinge.

Die Flüchtlinge aus Traiskirchen seien "in einer Nacht-und-Nebel-Aktion" per Bus in die Gemeinde überstellt worden, kritisierte wiederum der St. Andräer Bürgermeister Peter Stauber (SP). Grünen-Landtagsabgeordneter Rolf Holub spricht von "einer zweiten Sonderanstalt" und kündigt Protestmaßnahmen an. (Irene Brickner, DER STANDARD, 17./18.11.2012)

*Irene Brickner, 16. November 2012, 18:37, <http://derstandard.at/1350261626201>*

.....

#### Neue Überprüfungen in Traiskirchen

Im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen (Bezirk Baden) steht eine bau- und feuerpolizeiliche Überprüfung an. Es werde „mit Ende November“ dazu kommen, teilte Andreas Babler (SPÖ), Leiter des Bürgermeisteramtes, am Freitag in einer Aussendung mit.

Die Überprüfung finde statt, um Gefahren für die untergebrachten Asylwerber, die Beschäftigten ebenso wie für freiwillige Helfer im Einsatzfall minimieren zu können. Sie sei auch aufgrund von Erkenntnissen nach einer Feuerwehrrübung vom 9. Oktober notwendig geworden - mehr dazu in Bundesasylamt: Neuerliche Prüfungen.

„Die Menschen müssen sicher untergebracht sein. Wir haben dafür als Behörde die Verantwortung“, sagte Babler zur APA. Die Überprüfung werde von der Stadt Traiskirchen durchgeführt, die „bau- und feuerpolizeilich zuständig“ sei. Sie werde „ganz sicher“ Ende November stattfinden und möglicherweise mehr als einen Tag in Anspruch nehmen, so der Leiter des Bürgermeisteramtes.

#### Traiskirchen fordert gesetzliche Sanktionen

Im Erstaufnahmezentrum Ost sind zuletzt etwa 1.400 Menschen und damit um 1.000 mehr als vereinbart untergebracht gewesen. In der aktuellen Diskussion um die Aufteilung der Asylwerber forderte die Stadt Traiskirchen erst zu Wochenbeginn gesetzliche Sanktionen gegenüber jenen Bundesländern, die sich nicht an die Quoten halten. Für Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) wäre etwa vorstellbar, dass dies in den Finanzausgleichsverhandlungen ein Kriterium werde.

*16.11.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2559251/>*

.....

#### Afghanische Jugendliche waren sechs Tage in Container unterwegs

FOTO: Die vier Burschen machten sich durch heftiges Klopfen an der Containerwand bemerkbar. Die vier Burschen machten sich durch heftiges Klopfen an der Containerwand bemerkbar. - © Bilderbox/Symbolbild

Vier junge Afghanen im Alter von 14 bis 17 Jahren dürften in einem Eisenbahncontainer von Griechenland bis nach Oberösterreich gereist sein. Am Donnerstag wurden sie von Mitarbeitern einer Speditionsfirma nahe Edt bei Lambach (Bezirk Wels-Land) entdeckt und befreit. Das teilte die Pressestelle der Polizei Oberösterreich am Freitag mit.

Buschen machen sich durch Klopfen bemerkbar

Die vier Burschen machten sich durch heftiges Klopfen an der Containerwand bemerkbar. Die Speditions-Mitarbeiter holten sie heraus. Die Jugendlichen gaben an, sie seien am Samstag in Griechenland in den Transportbehälter geschleust worden. Sie suchten sofort um Asyl an und wurden in das Flüchtlingslager Traiskirchen in Niederösterreich überstellt. (APA)

16. November 2012 10:57, <http://www.salzburg24.at/afghanische-jugendliche-waren-sechs-tage-in-container-unterwegs/3411700>

.....

### **Flüchtlingsdrama in Lambach**

Foto: Mayr Peter

Fast eine ganze Woche lang waren 4 Flüchtlinge aus Afghanistan in einen Eisenbahncontainer gesperrt - ohne Licht, ohne frischer Luft. Die 14 und 17 Jahre alten Burschen sind in Griechenland in den Container geschleust worden - in Kropfing bei Edt bei Lambach war ihre Odyssee dann zu Ende. Mitarbeiter einer Speditionsfirma haben an einer Bahnverladestelle lautes Klopfen gehört und haben die Jugendlichen befreit. Sie haben sofort Asyl beantragt. Jetzt liegen sie in der Sanitätsstation im Flüchtlingslager Traiskirchen.

16.11.2012, 10:39 | *Wels-Land* | <http://www.liferadio.at/news/news-aus-oberoesterreich/view/article/fluechtlingsdrama-in-lambach-35448954/>

.....

### **Saualm-Flüchtlinge: Neue Unterkunft, alte Schikanen**

FOTO: \* Auch im Klagenfurter Asylheim herrscht wie in der geschlossenen Sonderanstalt auf der Saualm Besuchs- und Zutrittsverbot. Der Lokalausgang findet daher an der Grundstücksgrenze statt. foto: johannes puch

Flüchtlinge, die nach der Schließung der Sonderanstalt auf der Saualm in ein Klagenfurter Asylheim abgesiedelt wurden, berichten von hygienischen Missständen und abgezähltem Brot.

Klagenfurt - Der Jubel der Flüchtlinge war groß, als sie die Sonderanstalt für mutmaßlich straffällige Asylwerber auf der Saualm verlassen durften. Das weit abgelegene Asylheim musste ja wegen schwerer Missstände - wie der Standard aufdeckte - und anschließender Ermittlungen durch die Justiz geschlossen werden.

Die Männer wurden auf andere Asylheime aufgeteilt. Zwölf landeten in einer Klagenfurter Unterkunft. Die Missstände haben sich kaum geändert, Schikanen gehen weiter.

Ab 22 Uhr versperrt

"Wir bekommen zu wenig zu essen, das Brot wird abgezählt, ich habe auch seit drei Monaten kein Obst mehr gesehen", klagt A. Man dürfe auch nichts in die Zimmer mitnehmen, keinen Tee kochen. Manchmal gebe es auch Schweinefleisch für die Muslime. Wer das aus religiösen Gründen nicht esse, bekomme sonst nichts mehr. Um zehn Uhr abends werde das Asylheim versperrt.

Es handelt sich um jenes Asylheim, bei dem es 2008 einen Brandanschlag mit einem Todesopfer gegeben hatte. Ein Asylwerber war in Panik vom zweiten Stock in den Tod gesprungen, 19 andere wurden verletzt. Auch damals war die Tür versperrt und zusätzlich die Fenster im Erdgeschoß vergittert gewesen.

Katastrophale sanitäre Zustände

Auch die sanitären Verhältnisse seien katastrophal, erzählen die Asylwerber, es gebe nur drei Duschen für 50 Leute, verdreckte Klos, verunreinigte Räume.

B. erzählt, er sei an der Schilddrüse operiert worden und brauche eine Chemotherapie. Eine Spezialdiät sei ihm verwehrt worden. Er müsse erst eine Diätanleitung vom Spital bringen. B., der nicht Deutsch kann, wurde mittlerweile weggebracht.

Selbe Security-Leute wie auf der Saualm

Am meisten verstört die Asylwerber jedoch, dass sie von denselben Security-Leuten bewacht werden, die sie schon von der Saualm kennen. Auch der Rottweiler ist wieder mit dabei. Auch Übergriffe seitens eines Security-Mannes - wie schon auf der Saualm - soll es gegeben haben. Zwei Männer seien geschlagen und gestoßen worden und hätten Verletzungen am Arm und am Auge davongetragen.

Die Security kontrolliere genau, dass nur ja keiner ein verbotenes Stück Brot mit ins Zimmer nehme, erzählt A., wenn es hingegen Streit oder Schlägereien unter Asylwerbern gebe, schaue sie nur zu. Und vor dem Hund, den Muslime als unreines Tier empfinden, hätten alle Asylwerber panische Angst.

Sicherheitsfirma spricht von Gerüchten

Der Chef der gleichnamigen Sicherheitsfirma, Gunter Walcher, weist alle Vorwürfe seine Mitarbeiter betreffend zurück. Es sei "Zufall", dass ausgerechnet die beiden Security-Männer von der Saualm auch ins Asylheim Rappatz geschickt wurden. Seine Firma sei "von der Landesregierung" (Flüchtlingsreferat) dorthin beordert worden. Von Übergriffen seiner Leute wisse er nichts. Weder auf der Saualm noch in Klagenfurt.

Im Übrigen gebe es tägliche Dokumentationen, die bei der örtlichen Polizei und im Flüchtlingsreferat aufliegen würden. Auch Vorhalte von Ex-Mitarbeitern, wonach er ehemalige verurteilte Kriminelle als Wachpersonal beschäftigen würde, weist Walcher empört von sich: "Das sind Gerüchte, die von Mitbewerbern gestreut werden." (Elisabeth Steiner, DER STANDARD, 16.11.2012)

*Elisabeth Steiner, 15. November 2012, 18:00, <http://derstandard.at/1350261517011>*

.....

### **Unterkünfte für Asylwerber: Zeit wird knapp**

Zwei Wochen vor Ablauf der vorgegebenen Frist hat die zuständige Landesrätin Tina Widmann (ÖVP) 20 Angebote für Asylwerber-Unterkünfte auf dem Tisch. Salzburg muss ja 170 Flüchtlinge aus dem überfüllten Auffanglager Traiskirchen aufnehmen.

Asyl-Landesrätin Tina Widmann hat in den vergangenen Wochen alle Pfarren und alle Gemeinden angeschrieben, auf der Suche nach den dringend benötigten Unterkünften für 170 Asylwerber. Unter den Angeboten sind unter anderem fünf Pfarrhöfe, sagt Widmann.

Angebote sind vielfältig, aber reichen nicht

„Wir haben Rückmeldungen von Einzelpersonen, die uns zum Beispiel einen Garten zur Verfügung stellen wollen, dass wir Container aufstellen. Wir haben Rückmeldungen von Einzelpersonen, die Familien mitten in ihrem eigenen Haushalt in einer Gästewohnung unterbringen wollen. Wir haben Rückmeldungen von Pfarrhöfen und natürlich haben wir auch Rückmeldungen von organisierten Asylheim-Betreibern - also von Menschen, die sich interessieren ihren Gasthof oder ihr Hotel für ein Asylheim zur Verfügung zu stellen“, so Widmann.

Die 20 Unterkünfte müssen jetzt auf ihre Tauglichkeit überprüft werden. Aber Platz für alle 170 Asylwerber würden sie dennoch nicht bieten, gesteht Landesrätin Tina Widmann ein. Die Suche nach den Asylquartieren muss also weitergehen. Und die Zeit wird knapp.

*14.11.2012, <http://salzburg.orf.at/news/stories/2558854/>*

.....

### **Vorarlberg für mehr Flüchtlinge gewappnet?**

In 15 Tagen muss Vorarlberg Platz für weitere 60 bis 70 Flüchtlinge gefunden haben. Die Suche gestaltet sich schwierig: der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet, von Anrainern kommt Widerstand. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.

Jeden Tag kommen 70 neue Flüchtlinge über die Grenze nach Österreich. Aber die Caritas sucht nicht nur nach geeigneten Quartieren, sondern auch nach Mitarbeitern.

Ein Mitarbeiter für 170 Flüchtlinge - so der Betreuungsschlüssel des Bundes. In Vorarlberg ist die Situation etwas besser, sagt der Leiter der Caritas-Flüchtlingshilfe, Martin Fellacher. Hier betreut ein Mitarbeiter um die 30 Flüchtlinge, wenn sie in einem Asylantenheim wohnen. Für Asylwerber die in Wohnungen leben ist ein Mitarbeiter für 80 bis 90 Personen zuständig, so Fellacher.

Bisher seinen hauptsächlich Familien in Vorarlberg untergebracht gewesen, die sich in teilweise sehr langen Asylverfahren befanden. Jetzt kämen erstmals mehr Einzelpersonen ins Land, deren Asylverfahren recht schnell abgewickelt werden, so Fellacher. Das stelle die Caritas vor die Herausforderung, mehr Menschen und deren Probleme in noch kürzerer Zeit zu bearbeiten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, brauche man aber mehr Kapazität, sagt Martin Fellacher von der Caritas Flüchtlingshilfe.

#### Geeignetes Personal gesucht

Aktuell werden sechs bis zehn zusätzliche MitarbeiterInnen gesucht. Vor allem Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen sind gefragt, sagt der Leiter der Caritas Flüchtlingshilfe. Denn viele Flüchtlinge seien traumatisiert und hätten massive Probleme.

Gesucht werden Personen, die eine Ausbildung im psychosozialen Bereich haben. Diese seien aber natürlich nicht alle auf dem Markt verfügbar. Trotzdem sei die Caritas positiv gestimmt, dass entsprechende Mitarbeiter gefunden werden können, so Fellacher.

#### Betreuung von Minderjährigen ein Problem

Ein besonderes Problem ist für Caritas die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ohne Eltern. Derzeit befinden sich rund 500 Kinder und Jugendliche in Traiskirchen. 12 bis 15 davon können in den nächsten Wochen in einer Wohngemeinschaft in Feldkirch untergebracht werden. Die Caritas möchte deshalb schnellstmöglich eine dritte Wohngemeinschaft für Jugendliche eröffnen. Aber noch, so Fellacher, scheitere es am geeigneten Mietobjekt.

14.11.2012, <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2558888>

.....

#### **We will rise!**

Foto: No Border. No Nation. Flüchtlings-Demonstration am 10. November 2012 in Wien

Am 10. November 2012 fand in Wien eine Demo zur Unterstützung von Flüchtlings- protesten quer durch Europa statt. Mehr als 100 Flüchtlinge aus dem Erstaufnahme- zentrum in Traiskirchen kamen zur Demo und berichteten über die Zustände dort.

FOTOS: Bildergalerie: Für die Rechte von Flüchtlingen - Demonstration am 10. November 2012 in Wien

Nachdem es an verschiedenen Orten in Europa derzeit bereits mehrere Monate andauernde Proteste gibt, entschlossen sich einige Leute in Wien, eine Solidaritätsdemonstration zu organisieren. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das repressive Vorgehen der Polizei gegen einen :: Hungerstreik von Flüchtlingen am Brandenburger Tor in Berlin. Diese haben sich nach einem mehr als 600 km langen Fußmarsch von Würzburg in die deutsche Bundeshauptstadt entschlossen, mit diesem Protest ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen: Die Schließung der Flüchtlingslager in Deutschland und die Unterbringung in Wohnungen, die Abschaffung der Residenzpflicht und die Abschaffung des Abschiebegesetzes, sowie die Anerkennung ALLER Asylsuchenden als politische Flüchtlinge.

Die Verweigerung der Anerkennung von politischem Asyl ist in vielen Ländern das zentrale Problem der meisten Flüchtlinge. Durch den unsicheren Status, lange Verfahren und die Unterbringung in oft sehr isoliert gelegenen Sammelunterkünften, in denen die Menschen für Jahre auf engsten Raum leben müssen, fehlen vielen die Perspektiven: Sie sind ausgeschlossen vom Arbeitsmarkt, unterliegen zahlreichen Sonderregelungen und bekommen in Österreich nur 40 Euro im Monat "Taschengeld".

Die Flüchtlinge aus Traiskirchen erzählten, dass die Situation im Lager sehr schlecht ist. Das Essen ist sehr einseitig und nicht den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechend, manchmal reicht es nicht mal für alle. Die medizinische Versorgung ist sehr schlecht, es gibt kaum Übersetzer\_innen und immer wieder wird mit Abschiebung gedroht. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Doch auch die Liste der Orte, an denen Flüchtlinge für ihre Rechte und ein menschenwürdiges Leben kämpfen, ist schier endlos. Hier ein paar Beispiele:

In Helsinki sind :: seit 10. September zwei Flüchtlinge in Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen die drohende Abschiebung nach Afghanistan. Ihr Antrag auf Asyl wurde abgelehnt, doch wollen sie auf keinen Fall abgeschoben werden, weil sie in Afghanistan nicht sicher sind. Ihr gesundheitlicher Zustand ist letzten Informationen zufolge sehr kritisch.

In Den Haag protestieren seit 19. September wohnungslose Flüchtlinge mit einem Zeltcamp gegen die Migrationspolitik. Das Aktionscamp "Bleiberecht" befindet sich auf den Koekamp, einer Grasfläche beim Hauptbahnhof in Den Haag. Zuvor wurden derartige Camps in Ter Apel, Den Bosch, Zwolle und Selligen errichtet. Mehr dazu auf :: [rechttopbestaan.wordpress.com](http://rechttopbestaan.wordpress.com).

In Wien gab es von 10. bis 12. Oktober 2012 eine 50-stündige :: Dauerkundgebung vor dem Parlament. Einen Monat später gingen nun erneut zahlreiche Flüchtlinge gemeinsam mit Unterstützer\_innen auf die Straßen und forderten ihre Rechte. Die Flüchtlinge aus Traiskirchen wollen u.a. ausreichende und ihren Bedürfnissen entsprechende Verpflegung, medizinische Versorgung, die Unterbringung in Wohnungen anstatt in Großlagern wie Traiskirchen, wo derzeit ca. 1.400 Flüchtlinge einquartiert sind. Und vor allem wollen sie nicht abgeschoben, sondern als Flüchtlinge anerkannt werden.

In Bologna demonstrierten am 10. November 2012 über 500 afrikanische Flüchtlinge aus Libyen. Sie sind 2011/2012 als Boat-people aus Libyen - angesichts des dortigen Kriegs - geflüchtet, und forderten nun Aufenthaltspapiere und ihre Anerkennung als Flüchtlinge. (:: ffm-online.org)

Lautstarke Demonstration in Wien

Am Samstag, dem 10. November 2012 ab 12:00 Uhr sammelten sich die ersten Aktivist\_innen beim Marcus Omofuma Stein am Fuße der Mariahilfer Straße. Gegen 13:00 setzten sich die auf etwa 300 Menschen angewachsene Menge in Bewegung - mindestens die Hälfte der Leute waren Flüchtlinge. Die Menge zog mit zahlreichen Slogans wie "Say it loud and say it clear, Refugees are welcome here", "Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord. Bleiberecht für alle, jetzt sofort", "No border, no nation, stop deportation" und "We need our rights" die Mariahilfer Straße hinauf bis zur Zieglergasse und dann durch den 7. Bezirk zum Parlament, wo es eine Zwischenkundgebung gab. Danach ging es vorbei am Bundeskanzleramt am Ballhausplatz und durch das Burgtor zurück zum Ausgangspunkt beim Marcus Omofuma Stein, wo noch bis ca. 17:00 Uhr eine Kundgebung stattfand. Es gab was zum Essen und mehrere Redebeiträge. Viele nutzten die Möglichkeit, um über das Mikrofon über ihre Situation als Flüchtlinge in Österreich zu informieren.

Es war eine lautstarke Demonstration - und der Slogan, mit dem sich die Proteste der Flüchtlinge von Würzburg über ganz Deutschland ausweiteten, wurde nun auch in Wien auf die Straße getragen: We will rise! Die Flüchtlingsproteste gehen weiter...

11. Nov 2012, last update: 13. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4250>

.....

### **Flüchtlingsprotest in Wien: 250 bei Demo am 10. November**

Die europaweiten Flüchtlingsproteste weiten sich auch auf Wien aus. Am 10. November nahmen an einer Solidaritätsdemonstration vom Marcus-Omofuma-Stein, quer durch den siebten Bezirk, zu Parlament und Bundeskanzleramt und anschließend zurück zum Marcus-Omofuma-Stein auch an die einhundert Personen teil, die unter unmenschlichen Bedingungen im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen leben müssen. Insgesamt waren es rund 250, die an diesem Samstagnachmittag für Menschenrechte, Bleiberecht und Bewegungsfreiheit für alle auf die Straße gingen.

Trotz Angst vor Repression wagten einzelne Asylwerber\_innen, uns über ihre Situation zu erzählen. Unter ihnen der in Pakistan geborene Shafi Murtaza, der in den kommenden Tagen trotz einer Knochenkrebskrankung abgeschoben werden soll – was seinen Tod bedeutet.

Um es mit den Worten von no-racism.net zu sagen: Es war eine lautstarke Demonstration, und der Slogan, mit dem sich die Proteste der Flüchtlinge von Würzburg über ganz Deutschland ausweiteten, wurde nun auch in Wien auf die Straße getragen: „We will rise!“ Die Flüchtlingsproteste gehen weiter ...

Bericht auf no-racism.net: <http://no-racism.net/article/4250/>

AUDIO: Radiobeitrag für ZIP-FM-Lokalausgabe [ 27 Minuten 25 Sekunden ]

13. November 2012, <http://nochristen.net/?p=1265>

.....

### **"We need our rights!"**

FOTO: Der Demozug vor der Hofburg

„We need our rights!“ hallte am 10. November immer wieder durch die Straßen Wiens. Inspiriert und motiviert von den streikenden Geflüchteten in Berlin und vielen anderen Städten Europas gingen nun auch in Wien betroffene und solidarische Menschen auf die Straße. Unter dem Motto „We will rise – Solidarität mit den Protesten von refugees hier und überall!“ protestierten ca. 250 Personen gegen die Zustände der österreichischen und europäischen Asylpolitik.

Auch in Linz gab es eine Soliaktion mit den Protesten in Berlin. (<https://linksunten.indymedia.org/de/node/70955>)

Asylsuchende, Geflüchtete und Illegalisierte leben meist unter prekären Bedingungen.

In Österreich warten viele jahrelang auf die Ergebnisse ihrer Asylverfahren. Der Zugriff zu grundlegenden Ressourcen wie Essen, Kleidung und Bildung sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt wird ihnen extrem erschwert. Die Unterbringung in isolierten und überfüllten Asylheimen verschärft diese Bedingungen zusätzlich und nimmt den Geflüchteten sämtliche Bewegungsfreiheit und soziale Anbindung.

Zudem sind sie der Willkür der Behörden völlig ausgeliefert. Österreich schiebt Menschen in Gebiete ab, in denen Krieg herrscht und ihnen Verfolgung droht.

An der Demonstration am Samstag nahmen ca. 100 Bewohner aus dem Asyllager Traiskirchen teil. Sie trugen ihre Wut über die im Lager herrschenden Zustände an die Wiener Öffentlichkeit. In dem Asylheim, das für 450 Personen ausgelegt wäre, leben über 1000 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen. Die schlechte Ernährung führt zu Mangelerscheinungen, es gibt keine wintergerechte Kleidung und unzureichende ärztliche Versorgung. Beschwerden wird mit Repression begegnet. Vor einigen Tagen beispielsweise reagierte die Polizei auf Proteste während der Essensausgabe mit der Festnahme von drei Minderjährigen und gab mehrere Tage lang keine Information über deren Verbleib.

Einer der Bewohner beschreibt die Situation mit den Worten: „They treat us like animals!“

Während der Schlusskundgebung am Marcus Omofuma-Denkmal wurden all diese Missstände von Lagerbewohnern, anderen organisierten Geflüchteten und Initiativen konkret angesprochen.

Die Aktion wurde von einem Kollektiv selbstorganisierter Menschen initiiert, das auf diese Weise solidarisch mit den laufenden Protesten antirassistische Gruppen und Einzelpersonen in Wien vernetzen will, um Druck auf verantwortliche Behörden und Regierungen zu erhöhen und dem rassistischen Normalzustand entgegenzutreten.

Auch wenn wir uns vernetzen und handeln um die akute Situation von Geflüchteten zu verbessern, glauben wir nicht, dass die Situation langfristig durch reformistische Politik verändert werden kann. Die aktuelle Lage ist bloß das Symptom eines strukturellen Rassismus auf dem die Idee von Nationalstaaten an sich aufbaut und das durch die kapitalistische Verwertungslogik verschärft wird.

No border, no nation!

Die Proteste sind nicht zu Ende!

Kommenden Samstag, 17. November um 14h wird es in der Schenke (Pfeilgasse 33, 1080 Wien) ein nächstes Vernetzungstreffen geben. Eingeladen sind alle Gruppen und Einzelpersonen, die schon zu dem Thema arbeiten oder sich in Zukunft gerne beteiligen wollen.

We will rise!

FOTO: No Border! No Nation! Fight Fortress Europe!

13.11.2012 - 16:33. Geschehen am: Samstag, 10. November 2012, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/71235>

.....

### **Asyl - Zelte wären nach Faymanns Ansicht "Armutzeugnis"**

Bundeskanzler Werner Faymann (S) will keine Asylwerber in Zelten sehen.

Solche Maßnahmen kommen "nicht in Frage", hielt er am Dienstag im Pressefoyer nach dem Ministerrat fest. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (V) habe in der Regierungssitzung allerdings auch mit keinem Wort von etwaigen Zelten gesprochen, betonte er. Jedenfalls werde sich bald weisen, inwieweit die Länder Ende November die gemeinsam beschlossenen Vorgaben umsetzen - und auch, wie viel die Unterschrift eines Landeshauptmanns wert sei.

Faymann hätte es eigenen Angaben zufolge nie für möglich gehalten, dass man für die Unterbringung von 800 bis 900 Asylwerbern Zeltlager braucht". Die Länder hätten seit dem Asylgipfel "wochenlang" Zeit gehabt, Unterkünfte zu schaffen. "Da ein Zelt aufzustellen, wäre ein Armutzeugnis." Nicht so ablehnend äußert sich Faymann zu Containerlösungen: "Das kommt auf den Container an" - bzw. auf dessen Bauweise.

Der Bundeskanzler nahm mit Nachdruck die Landeshauptleute in die Pflicht: Mit denen habe man beim Asylgipfel im Oktober eine Einigung erzielt. Ende November werde sich herausstellen, "welche Landeshauptleute die eigene Unterschrift nicht ernst nehmen". Er verwies auch darauf, dass Verteidigungsminister Norbert Darabos (S) seine Unterstützung zugesichert habe: sowohl für die Unterbringung in Kasernen oder das Aufstellen von Containern auf Bundesheer-Grund betreffend.

.....

## **Asyl-Notunterkünfte könnten im Dezember stehen**

Innenministerium sucht derzeit Container- und Kasernen-Standorte - Schelte des Bundeskanzlers für Länder

Wien - Die Notunterkünfte zur Entlastung der Asylwerber-Erstaufnahmestelle Traiskirchen könnten noch im heurigen Jahr zum Einsatz kommen. Sollte sich abzeichnen, dass die Länder ihre Quartier-Zusagen für Ende November nicht einhalten können, werde man Vorsorge treffen, dass eine Unterbringung in Kasernen oder Containern schon mit Dezember möglich wäre, berichtete Innenministeriumssprecher Karlheinz Grundböck Dienstagvormittag auf Anfrage der APA.

Derzeit setzt man im Innenressort noch auf die begleitende Kontrolle der Länder-Fortschritte bei der Herbergssuche. Wenn sich aber abzeichne, dass die beim Asylgipfel erfolgten Quartier-Zusagen nicht eingehalten werden, würden die entsprechenden Ersatzquartiere rechtzeitig vorbereitet, um Traiskirchen, wo derzeit 1.000 Menschen mehr als vereinbart untergebracht sind, wie versprochen zu entlasten.

Steiermark erfüllt Quoten nahezu

Die Container- bzw. Kasernen-Unterkünfte sollen jedenfalls auf Bundesflächen in jenen Ländern entstehen, die sich nicht an die Grundversorgungsvereinbarung halten. Das sind alle außer Wien und Niederösterreich. Ebenfalls keine solchen Quartiere geplant sind in der Steiermark, die knapp an der Quotenerfüllung dran ist. Allzu großen Vorlauf bräuchten etwa Container-Unterkünfte nicht. Diese könnten rasch errichtet werden, also noch im Dezember in Betrieb gehen, heißt es aus dem Innenministerium.

Bundeskanzler mahnt Länder

Bundeskanzler Werner Faymann nahm nach dem heutigen Ministerrat mit Nachdruck die Landeshauptleute in die Pflicht: Mit denen habe man beim Asylgipfel im Oktober eine Einigung erzielt. Ende November werde sich herausstellen, "welche Landeshauptleute die eigene Unterschrift nicht ernst nehmen". Er verwies auch darauf, dass Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) seine Unterstützung zugesichert habe: sowohl für die Unterbringung in Kasernen oder das Aufstellen von Containern auf Bundesheer-Grund betreffend. (APA, 13.11.2012)

13. November 2012, 11:04, <http://derstandard.at/1350261206493>

.....

## **Buntes Völkergemisch in bunter Klasse voller Flüchtlinge**

Am Montag startete der Unterricht für Flüchtlingskinder. Deutsch steht im Mittelpunkt.

Das ist...?“, fragt die Frau Lehrerin und hält das Bild einer Katze in die Höhe. „... die Katze“, antwortet ein junges Mädchen mit Kopftuch. „Eine Katze“, korrigiert die Pädagogin. Die Taferlklassler lernen schnell. Es ist ihr erster Schultag in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen.

Am Montag nahmen im Flüchtlingslager zwei Klassen ihren Betrieb auf. Eine für Volksschüler, eine als Dependence der Neuen Mittelschule. Die Wände sind bunt bemalt. Vorne steht eine Tafel. Hinter den Bänken wurden Sesselkreise gebildet, wo die Grundzüge der deutschen Sprache spielerisch vermittelt werden.

Säumige Länder

Eigentlich sollten Schulklassen im Lager Traiskirchen nicht notwendig sein. Denn seit 2004 besteht eine Vereinbarung des Bundes mit den neun Bundesländern, die das Flüchtlingslager entlasten sollte. Diese Vereinbarung wird von sieben Bundesländern nicht eingehalten.

Den Kindern scheint die Problematik in ihrer neuen Schule herzlich egal. „Mein Name ist Jawid“, sagt ein Volksschul-Bub aus Afghanistan beim Lernspiel im Sesselkreis. Der kleine Mann freut sich über das anerkennende Lob der Lehrerin. Er teilt seine Klasse mit Kindern aus Pakistan, Tschetschenien und anderen Ländern.

Möglich wurden die beiden „Brückenklassen“ durch eine Kooperation der Stadt Traiskirchen, des Landes Niederösterreich (stellt die Lehrkräfte bereit) und des Innenministeriums (Schulräume). Eine Privatperson aus Wien stellte Schulmöbel zur Verfügung. „Der Schulbetrieb wurde in kürzester Zeit umgesetzt“, erklärt Ministeriumssprecher Karl-Heinz Grundböck.

„In der ersten Schulwoche wird versucht einzustufen, wo die 49 Kinder sprachlich stehen“, sagt Andreas Babler, SPÖ-Stadtrat aus Traiskirchen. Neben den drei Lehrerinnen sollen auch Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Dolmetscher in den Unterricht eingebunden werden. Der Lehrplan sieht Deutsch, Englisch und Mathematik vor. Um 11 Uhr ist für die Volksschüler Essenszeit. Die Schule ist für heute zu Ende. Die Fotografen und Journalisten werden mit „auf Wiedersehen“ oder einem verschmutzten „Tschüss“ verabschiedet.

13.11.2012, 07:55, <http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/buntes-voelkergemisch-in-bunter-klasse-voller-fluechtlinge/1.153.338>

.....

### **Verbesserungen für Flüchtlinge gefordert**

Die Landespolitik reagiert auf die Zustände im Flüchtlingszentrum Traiskirchen: Die SPÖ fordert Gemeinden auf, aktiv zu werden. Die Grünen appellieren an das Land, Verantwortung wahrzunehmen. Landesrat Erich Schwärzler (ÖVP) erachtet eine rasche Verbesserung als notwendig.

Die untragbaren Zustände im Flüchtlings-Erstaufnahmезentrum Traiskirchen in Niederösterreich beschäftigt zunehmend auch die Landespolitik. In dem für rund 480 Menschen konzipierten Flüchtlingszentrum sind derzeit etwa 1.400 Asylwerber untergebracht - mehr als ein Drittel davon sind unbegleitete Minderjährige.

Die SPÖ fordert von den Gemeinden, ihren Beitrag in der Flüchtlingsversorgung zu leisten. Die Grünen mahnen die Landesregierung in einer Anfrage, ihre Verantwortung für die Unterbringung von (laut Quotenvereinbarung 847) Flüchtlingen wahrzunehmen.

Schwärzler: Intensive Quartiersuche

Die direkte Verantwortung für Asylwerber trägt das Innenministerium, sagt Integrationslandesrat Schwärzler. Dass die Situation dringend und rasch verbessert werden müsse, sei auch ihm bewusst und es werde intensiv daran gearbeitet, Quartiere für die 80 vereinbarten zusätzlichen Flüchtlinge zu finden. Mit Notunterkünften könne Vorarlberg nicht dienen, denn dafür würden sich leerstehende Kasernen am besten eignen, so Schwärzler - und darüber verfüge das Land nicht mehr.

Ein Erstaufnahmезentrum für Flüchtlinge im Kinder- und Jugendalter kann sich Schwärzler in Vorarlberg nicht vorstellen. Martin Fellacher von der Caritas-Flüchtlingshilfe ist sich sicher, dass Vorarlberg noch mehr als die vereinbarten 80 Flüchtlinge aufnehmen wird müssen. Container als Notunterkünfte hielte er auch für Vorarlberg nicht für die schlechteste Lösung.

13.11.2012, <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2558685/>

.....

### **Standorte werden gesucht**

#### **Container-Notunterkünfte für Asylwerber kurzfristig umsetzbar**

\* Faymann gegen Zelt-Unterbringung von Asylwerbern.

Wien. Die Notunterkünfte zur Entlastung der Asylwerber-Erstaufnahmestelle Traiskirchen könnten noch im heurigen Jahr zum Einsatz kommen. Sollte sich abzeichnen, dass die Länder ihre Quartier-Zusagen für Ende November nicht einhalten können, werde man Vorsorge treffen, dass eine Unterbringung in Kasernen oder Containern schon mit Dezember möglich wäre, berichtete Innenministeriumssprecher Karlheinz Grundböck Dienstagvormittag auf Anfrage der APA.

Das Flüchtlingslager in Traiskirchen platzt aus allen Nähten. Ausweichquartiere werden gesucht.

FOTO: Das Flüchtlingslager in Traiskirchen platzt aus allen Nähten. Ausweichquartiere werden gesucht. APAweb/Techt

Derzeit setzt man im Innenressort noch auf die begleitende Kontrolle der Länder-Fortschritte bei der Herbergssuche. Wenn sich aber abzeichne, dass die beim Asylgipfel erfolgten Quartier-Zusagen nicht eingehalten werden, würden die entsprechenden Ersatzquartiere rechtzeitig vorbereitet, um Traiskirchen, wo derzeit 1.000 Menschen mehr als vereinbart untergebracht sind, wie versprochen zu entlasten.

Die Container- bzw. Kasernen-Unterkünfte sollen jedenfalls auf Bundesflächen in jenen Ländern entstehen, die sich nicht an die Grundversorgungsvereinbarung halten. Das sind alle außer Wien und Niederösterreich. Ebenfalls keine solchen Quartiere geplant sind in der Steiermark, die knapp an der Quotenerfüllung dran ist.

Allzu großen Vorlauf bräuchten etwa Container-Unterkünfte nicht. Diese könnten rasch errichtet werden, also noch im Dezember in Betrieb gehen, heißt es aus dem Innenministerium.

Faymann gegen Zelt-Unterbringung von Asylwerbern

Bundeskanzler Werner Faymann will Asylwerber indes nicht in Zelten untergebracht wissen. Solche Maßnahmen kommen "nicht in Frage", hielt er am Dienstag im Pressefoyer nach dem Ministerrat fest. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner habe in der Regierungssitzung allerdings auch mit keinem Wort von etwaigen Zelten gesprochen, betonte er. Jedenfalls werde sich bald weisen, inwieweit die Länder Ende November die gemeinsam beschlossenen Vorgaben umsetzen - und auch, wie viel die Unterschrift eines Landeshauptmanns wert sei.

Faymann hätte es eigenen Angaben zufolge nie für möglich gehalten, dass man für die Unterbringung von 800 bis 900 Asylwerbern Zeltlager braucht". Die Länder hätten seit dem Asylgipfel "wochenlang" Zeit gehabt, Unterkünfte zu schaffen. "Da ein Zelt aufzustellen, wäre ein Armutszeugnis." Nicht so ablehnend äußert sich Faymann zu Containerlösungen: "Das kommt auf den Container an" - bzw. auf dessen Bauweise.

Der Bundeskanzler nahm indes die Landeshauptleute in die Pflicht: Mit ihnen habe man beim Asylgipfel im Oktober eine Einigung erzielt. Ende November werde sich herausstellen, "welche Landeshauptleute die eigene Unterschrift nicht ernst nehmen". Er verwies auch darauf, dass Verteidigungsminister Norbert Darabos seine Unterstützung zugesichert habe: sowohl für die Unterbringung in Kasernen oder das Aufstellen von Containern auf Bundesheer-Grund.

13.11.2012, 11:33 Uhr, [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/aktuell/500943\\_Container-Notunterkuenfte-fuer-Asylwerber-kurzfristig-umsetzbar.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/aktuell/500943_Container-Notunterkuenfte-fuer-Asylwerber-kurzfristig-umsetzbar.html)

.....

### **Asyl-Notunterkünfte: "Zelte kommen nicht in Frage"**

Sollten die Länder säumig bleiben, könnten Unterkünfte zur Entlastung von Traiskirchen schon im Dezember stehen. Kanzler Faymann kann sich Container vorstellen, nicht aber Zeltlager.

Noch heuer könnten Notunterkünfte zur Entlastung der Asylwerber-Erstaufnahmestelle Traiskirchen zum Einsatz kommen. Sollte sich abzeichnen, dass die Länder ihre Quartier-Zusagen nicht einhalten können, werde man entsprechende Vorsorge treffen, sagte Innenministeriumssprecher Karlheinz Grundböck am Dienstag. Eine Unterbringung in Kasernen oder Containern wäre dann mit Dezember möglich.

Bundesregierung und Ländervertreter hatten im Oktober vereinbart, dass die Länder bis Ende November 1000 erwachsene Asylwerber aus dem überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen aufnehmen. Derzeit setzt man im Innenressort noch auf die begleitende Kontrolle der Länder-Fortschritte bei der Herbergssuche. Sollten aber Ersatzquartiere nötig werden, will das Ministerium sie auf Bundesflächen in jenen Ländern erreichen, die sich nicht an die Grundversorgungsvereinbarung halten. Das sind alle außer Wien und Niederösterreich. Ebenfalls keine solchen Quartiere geplant sind in der Steiermark, die knapp an der Quotenerfüllung dran ist.

SP-Bundeskanzler Werner Faymann betonte am Dienstag, dass eine Unterbringung von Asylwerbern in Zelten "nicht in Frage" komme. Die Länder hätten seit dem Asylgipfel "wochenlang" Zeit gehabt, Unterkünfte zu schaffen. "Da ein Zelt aufzustellen, wäre ein Armutszeugnis." VP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner habe im Ministerrat allerdings auch mit keinem Wort von etwaigen Zelten gesprochen, betonte er. Nicht so ablehnend äußert sich Faymann zu Containerlösungen: "Das kommt auf den Container an" - bzw. auf dessen Bauweise.

Der Bundeskanzler nahm mit Nachdruck die Landeshauptleute in die Pflicht: Mit ihnen habe man beim Asylgipfel im Oktober eine Einigung erzielt. Ende November werde sich herausstellen, "welche Landeshauptleute die eigene Unterschrift nicht ernst nehmen". (APA/Red.)

13.11.2012 | 11:10 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1312067>

.....

### **Unterbringung von Asylwerbern: Traiskirchen verschärft die Gangart**

Der Konflikt um die Aufteilung von Flüchtlingen in Österreich spitzt sich zu. Der Traiskirchner Bürgermeister will Sanktionen für Bundesländer, die sich nicht an Quoten halten. Die Quartiersuche läuft unterdessen.

Traiskirchen/Wien/Ett/Red. Der Konflikt um die Aufteilung von Flüchtlingen in Österreich spitzt sich zu. Weil im Erstaufnahmezentrum im niederösterreichischen Traiskirchen statt der vereinbarten maximal 480 Personen rund 1400 untergebracht sind, verstärkt jetzt der Traiskirchner Bürgermeister, Fritz Knotzer, den Druck auf Bund und Länder. Er verlangte am Montag gesetzliche Sanktionen für jene Bundesländer, die sich nicht an die paktierten Quoten zur Aufteilung der Flüchtlinge halten. Das würde sieben der neun Länder – außer Wien und Niederösterreich – treffen. Dabei denkt Knotzer an Finanzsanktionen im Zuge des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern.

Um zu verhindern, dass sich die Zahl der untergebrachten Asylwerber im Flüchtlingslager in Traiskirchen weiter erhöht, überlegt der Bürgermeister drastische Maßnahmen. Das könnten Sperren aufgrund feuer- und baupolizeilicher Vorschriften sein, aber auch die Umleitung von Asylwerbern direkt in das Innenministerium in der Wiener Herrengasse.

Dort hat Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) den Ländern bereits ein Ultimatum gestellt. Sollte sich die Lage im Laufe dieser Woche nicht entspannen, will sie mit Containern und notfalls auch Zeltstädten auf Liegenschaften des Bundes in den säumigen Ländern für zusätzliche Quartiere sorgen. Die Überlegung, Zeltlager zu errichten, trug dem Innenministerium prompt Kritik des BZÖ und der Grünen ein.

Schulbetreuung für Kinder

Um die Lage für Kinder in Traiskirchen zu verbessern, hat das Innenministerium am Montag mit der schulischen Betreuung von Jugendlichen im Erstaufnahmezentrum begonnen. Damit zeigte sich Bürgermeister Knotzer zufrieden.

Die sieben säumigen Bundesländer, die bisher die Aufteilungsquote für die Asylwerber nicht eingehalten haben, sind am 23. Oktober bei einem Treffen mit der Bundesregierung übereingekommen, bis 30. November mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Am Montag bemühte sich das Innenressort, den Überblick über den Letztstand zu erhalten. In Oberösterreich, das beispielsweise zusätzlich 250 Asylwerber aufnehmen muss, war man zuversichtlich: Für rund 200 Personen sah man weitere Quartiere gesichert, für rund 100 gab es Hoffnung auf Plätze.

*("Die Presse", Print-Ausgabe, 13.11.2012) 12.11.2012 | 18:16 | (Die Presse) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1311797>*

.....

### **Asyl: Traiskirchen fordert Sanktionen für säumige Länder**

Es könne nicht sein, dass die Länder sich nicht an die Quoten halten, sagt der Bürgermeister von Traiskirchen.

In der Diskussion um die Aufteilung von Asylwerbern fordert die Stadt Traiskirchen nun gesetzliche Sanktionen gegen Bundesländer, die sich nicht an die Quoten halten. SP-Bürgermeister Fritz Knotzer verwies am Montag darauf, dass die seit 2004 bestehenden Vereinbarungen zwischen dem Innenministerium und den Ländern keinen nachhaltigen Erfolg in der menschenwürdigen Unterbringung von Asylwerbern gebracht hätten. Es könne nicht sein, dass die Länder ihre Pflichten negierten. Knotzer kann sich daher Sanktionen im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen vorstellen.

Derzeit erfüllen nur Niederösterreich und Wien ihre Quoten zur Unterbringung von Asylwerbern. Das Erstaufnahmezentrum im niederösterreichischen Traiskirchen ist überfüllt. Bundesregierung und Ländervertreter haben im Oktober vereinbart, dass die Länder bis Ende November 1000 erwachsene Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum aufnehmen.

Erfreut zeigte sich Bürgermeister Knotzer über den Start der schulischen Betreuung der Kinder der Erstaufnahmestelle. Massenlager wie jenes in Traiskirchen seien Österreich nicht würdig und müssten künftig verhindert werden, sagte SP-Stadtrat Andreas Babler. Er sprach sich weiters für generelle Möglichkeiten zur sinnvollen Qualifizierung von Asylwerbern aus. Das gelte nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch in der Frage des Arbeitsmarktzuganges. (APA/Red.)

*12.11.2012 | 16:24 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1311710>*

.....

### **Asyl: Mikl-Leitner verlangt von Ländern endlich Taten**

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner macht weiter Druck auf die Länder, endlich die vereinbarten Quartiere für Asylwerber bereitzustellen.

Die Länder würden zwar versichern, dass sie willens seien, die Quartiere zu schaffen, "Taten habe ich aber noch wenige gesehen", sagte Mikl-Leitner nach einer Sitzung des Koordinationsrats Montagnachmittag. "Plan B", Ersatz-Quartiere in Containern und Kasernen einzurichten, sei daher weiterhin aufrecht.

Vonseiten der Bundesländer hätte es heute wiederholt Willenskundgebungen gegeben, die vereinbarten Aufnahmequoten zu erfüllen. Sie sei auch grundsätzlich optimistisch, so die Ministerin. "Den Worten müssen nun aber auch Taten folgen", sagte Mikl-Leitner. Sie werde nicht zulassen, "dass die Menschen auf der Straße stehen und obdachlos sind". Daher müsse es einen "Plan B" geben, auch wenn ihre "Wunschlösung" die Bereitstellung von Privatquartieren sei. "Plan B heißt: Schaffung von Übergangsquartieren mit Kasernen und Containern."

Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler hat sich gegen Containerdörfer für Asylwerber ausgesprochen. Salzburgs Landesrätin Tina Widmann zeigte sich dagegen nicht abgeneigt: "Wir müssen 170 Plätze schaffen und haben noch keine fixen Zusagen." Eine Containerlösung sei für sie vorstellbar. "Die Container-Alternative war der Grund, warum ich am Asylgipfel

zugestimmt habe." In Oberösterreich meinte Landes-Vize Josef Ackerl, er habe bereits "etliche Mietvereinbarungen abgeschlossen", suche aber weiter nach geeigneten Hotels oder Pensionen. Er war zuversichtlich, keine Container zu brauchen.

12.11.2012 | 20:44 | <http://www.noen.at/news/politik/Asyl-Mikl-Leitner-verlangt-von-Laendern-endlich-Taten;art150,423571>

.....

### **Salzburg will Containerdorf für Asylwerber**

Salzburg kämpft mit Asyl-Quote, Kärnten kritisiert Mikl-Vorschlag als „peinlich“.

Mit ihrer Drohung, diese Woche mit der Planung von Containerdörfern für Asylwerber zu starten, hat Innenministerin Mikl-Leitner für Aufregung gesorgt. Aus den Ländern kommt nun Kritik: „Den Vorstoß mit Containerdörfern und Zeltlagern für Asylwerber halte ich für peinlich“, kritisierte Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler die Ministerin. Er ortet „Wahlkampftrümpfen aus Niederösterreich.“ Kärnten werde keinesfalls Containerlösungen brauchen, die 150 Plätze werde man bis Monatsende schaffen.

In Salzburg ist sich die zuständige Landesrätin Tina Widmann da nicht so sicher: „Wir müssen 170 Plätze schaffen und haben noch keine fixen Zusagen.“ Die Innenministerin sei zum falschen Zeitpunkt vorgeprescht. Man bemühe sich sehr, „aber ich kann nicht garantieren, dass wir bis 30. November alle Plätze schaffen.“ Eine Containerlösung ist für sie vorstellbar. „Die Container-Alternative war der Grund, warum ich am Asylgipfel zugestimmt habe.“ Sie habe selbst zwei Jahre in Containern unterrichtet.

In Oberösterreich meint Landes-Vize Josef Ackerl, er habe bereits „etliche Mietvereinbarungen abgeschlossen“, suche aber weiter nach geeigneten Hotels oder Pensionen. Er ist zuversichtlich, keine Container zu brauchen. „Aber der Druck der Ministerin war entbehrlich.“

Indes gibt es positive Nachrichten aus dem überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen: Ihre Schultüten in Händen, besuchten am Montag erstmals Flüchtlingskinder neu eingerichtete Schulklassen. In Deutsch, Englisch und Mathematik werden die 28 Volks- und 21 Mittelschüler von drei Lehrerinnen unterrichtet.

12.11.2012, 16:48, <http://kurier.at/chronik/niederoesterreich/salzburg-will-containerdorf-fuer-asylwerber/1.146.253>

.....

### **Erster Schultag in Traiskirchen**

Am Montag hat in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen der Schulunterricht für die minderjährigen Flüchtlinge begonnen. In der Diskussion über die Aufteilung der Asylwerber fordert die Stadt nun Sanktionen gegenüber den Bundesländern, die sich nicht an die Quoten halten.

In Traiskirchen sind derzeit mehrere hundert Minderjährige untergebracht. Für sie gibt es ab nun einen Schulunterricht, der von drei Lehrern geleitet wird. In zwei Klassen - eine für Volksschüler, die andere für die älteren - werden Deutsch, Englisch und Mathematik unterrichtet.

Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) zeigte sich darüber erfreut, übte aber Kritik an der Aufteilung der Asylwerber. Für ihn wäre vorstellbar, dass die Asylwerberquote in den Finanzausgleichsverhandlungen ein Kriterium werde. Er verwies darauf, dass die seit 2004 bestehenden 15a-Vereinbarungen zwischen dem Innenministerium und den Ländern keinen nachhaltigen Erfolg in der menschenwürdigen Unterbringung von Asylwerbern gebracht hätten. Es könne nicht sein, dass die Länder ihre Pflichten negieren.

1.400 Personen in Traiskirchen untergebracht

Fakt ist, dass auch heute in Traiskirchen noch über 1.400 Personen untergebracht sind und damit fast 1.000 mehr als mit dem Land Niederösterreich vereinbart - mehr dazu in Traiskirchen: Immer noch 1.400 Asylwerber. Ein Asylgipfel hatte vor zwei Wochen zum Ergebnis gehabt, dass die säumigen Länder - das sind alle außer Wien und Niederösterreich - bis Ende November die in Traiskirchen gestrandeten Flüchtlinge zu einem Großteil aufnehmen - mehr dazu in Asylgipfel: Entlastung für Traiskirchen?.

Dem Innenministerium und vor allem Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) und Knotzer geht alles zu langsam. Pröll drohte bereits die Sperre der Erstaufnahmestelle an. Knotzer überlegt, Neuankömmlinge per Bus ins Innenministerium zu schicken - mehr dazu in Asyl: Knotzer droht mit Busfahrt nach Wien.

Zeltstädte und Container im Gespräch

Das Innenministerium wird in den kommenden Tagen entscheiden, wie man in jenen Bundesländern, die sich nicht an die Quotenvorgabe für die Aufnahme von Asylwerbern halten, Flüchtlinge unterbringt. Ob tatsächlich - wie zuletzt erwogen - Zeltstädte oder Containerdörfer gebildet werden, wollte Ministeriumssprecher Karlheinz Grundböck Montagmittag auf Anfrage der APA noch nicht beurteilen.

Das Innenressort trommelte am Montag den Koordinationsrat zusammen, um einzuschätzen, wie es mit den Bemühungen der Länder um neue Quartiere voranschreitet. Nach diesem Gespräch will man analysieren, welche unmittelbaren Maßnahmen in die Wege geleitet werden könnten.

BZÖ-Bucher fordert andere Lösungen

Kritik an der Unterkunft in Zelten oder Containern übte am Montag BZÖ-Chef Josef Bucher. Es sei für ein Land wie Österreich „in diesem Wohlstand“ menschenunwürdig, Asylwerber - noch dazu kurz vor dem Winter - in Zeltstädten unterzubringen. Die Regierung solle andere Lösungen finden, sagte Bucher. So könnten etwa Kasernen für Flüchtlinge geöffnet werden - auch die Kirche könnte sie z. B. in Klöstern unterbringen, schlug der BZÖ-Chef vor.

Als „unerträglich“ und „menschenunwürdig“ bezeichnete SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl die Diskussion über die Unterbringung. Der niederösterreichische Abgeordnete forderte die Länder auf, „endlich“ die vereinbarten Quoten zu erfüllen.

12.11.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2558598/>

.....

### **Rebotko: Kämpferische Flüchtlingsproteste in Wien!**

Wenige Wochen nach dem beeindruckenden Protest der somalischen Flüchtlinge demonstrierten gestern, 10.11.2012, wieder rund 250 Menschen in Wien gegen die unmenschliche Behandlung von Asylsuchenden in der Europäischen Union. Der Protest war ein Zeichen der Solidarität mit den WiderstandskämpferInnen in Berlin (<http://refugeetentaction.net>), die sich in Hungerstreik befinden, mit den Protesten in Finnland, Polen und andernorts auf unserem Planeten.

Die Demonstration war, besonders wegen der lautstarken Teilnahme hochmotivierter pakistanischer Flüchtlinge, ein Erfolg. Ihr Äußeres war ein Aussage kräftiges Abbild für die unwürdigen Verhältnisse im Lager Traiskirchen. Die Meisten waren für die Jahreszeit und Temperatur viel zu leicht bekleidet. Ein Mann kam gar barfuß in Sandalen. Ein anderer erzählte, dass er Schuhe, die zwei Nummern zu groß für ihn seien, trage. Es gäbe kaum Kleidung in seiner Größe, so habe er eben nicht mehr. Sind diese Zustände schon schlimm genug, klagen die Bewohner des Lagers auch über die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln und Hygieneartikel. Selbst medizinische Versorgung sei keine Selbstverständlichkeit, wie der skandalöse Umgang mit Shafi Murtaza, einem 30-jährigen pakistanischen Flüchtling, mit der Diagnose Weichteiltumor, zeigt (Interview mit Hrn. Murtaza: [www.youtube.com/watch?v=MLI91KXt0R4](http://www.youtube.com/watch?v=MLI91KXt0R4)). Er braucht dringend fachärztliche Betreuung, bekomme aber vom Lager nicht einmal einen Dolmetscher für seine Arztbesuche zur Verfügung gestellt. Da er nur Urdu spricht, stellt das bei den Untersuchungen ein großes Problem dar. Hr. Murtaza fürchtet um sein Leben. Möglicherweise denkt die Lagerleitung, dass sie nicht zuständig sei, da Shafi Murtaza demnächst ohnehin nach Pakistan abgeschoben werden soll.

Es ist nicht verwunderlich, dass sich im Lager Traiskirchen Widerstand gegen diese untragbaren Zustände formiert. Am 4.11.2012 kam es zu Protesten im Zusammenhang mit der Essensausgabe. Ein Sprecher des Innenministeriums teilte heute mit, die Flüchtlinge hätten nicht erkannt, dass die ausgegebenen Speisen kein Schweinefleisch enthalten hätten. Es sei daher zu einem kleinen Tumult gekommen und deswegen wäre ein Polizeieinsatz zur Vermeidung größerer Unruhe notwendig geworden. Die Flüchtlinge erzählten vom Einsatz von sechs oder sieben Polizeiwagen. Zwei Personen seien von der Polizei mitgenommen worden. Da der Aufenthalt dieser minderjährigen Flüchtlinge unbekannt blieb, bemühten sich AktivistInnen von „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“ ([familienundfreundinnengegenabschiebung.wordpress.com](http://familienundfreundinnengegenabschiebung.wordpress.com)) Auskünfte vom Polizeiinspektorat Traiskirchen, der Pressestelle des Landespolizeikommandos St.Pölten und vom Lager selbst zu erhalten. Bis heute Vormittag blieb der Aufenthalt unklar. Im Gespräch mit dem Sprecher des Innenministeriums stellte sich heraus, dass die beiden minderjährigen Flüchtlinge in eine andere Einrichtung nach Bad Vöslau verbracht worden wären. Sie wären bei dem Tumult im Lager besonders aufgefallen und um weitere Beunruhigungen im Lager zu vermeiden, hätte man sie räumlich von den anderen Flüchtlingen in Traiskirchen getrennt. An eine Abschiebung sei derzeit nicht gedacht. Sie würden im Asylverfahren bleiben.

Aus Sicht der Flüchtlinge stellt sich der Sachverhalt anders dar. Das Essen, das sie im Lager bekämen, sei nicht halal, also nach islamischen Verständnis nicht zulässig. Generell werde zu wenig Nahrung angeboten. Um Essen zu bekommen, wären sie von der Security gezwungen worden sich im Regen anzustellen. Sie hätten lange zu warten, bis sie an die Reihe kämen und manchmal reiche es einfach nicht für alle! Der Polizeieinsatz und das Verschwinden der zwei minderjährigen Flüchtlinge wurden als Repressionsmaßnahmen wahrgenommen. Beunruhigend war besonders der Umstand, dass die Handys der beiden jungen Männer abgeschaltet waren. Wurden sie von der Behörde entwendet? Die daraus resultierende Angst, dass beide abgeschoben werden würden, war eine natürliche Reaktion auf eine solche Vorgehensweise (Interview mit AktivistInnen: [www.youtube.com/watch?v=WTEHkv4\\_yRw](http://www.youtube.com/watch?v=WTEHkv4_yRw)).

Am Umgang mit Flüchtlingen zeigt sich das wahre Gesicht dieses verkommenen politischen Systems. Was sollte diejenigen, die heute unberührt den skrupellosen Aktivitäten von Frontex und der Abschiebeindustrie zu sehen, morgen davon abhalten, ebenso kaltschnäuzig auf streikende Lohnabhängige zu schießen?

Es gilt den Widerstand der kämpfenden Flüchtlinge tatkräftig und ohne jeden Versuch der Instrumentalisierung zu unterstützen, sich daran zu beteiligen, ihn weiter auszubauen und bis zur Abschaffung des Systems der permanenten Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen! Die nächste Gelegenheit bietet sich morgen vor der nigerianischen Botschaft ab 14 Uhr ([www.labournetaustria.at/12-11-12-kundgebung-ken-sawo-wiwa](http://www.labournetaustria.at/12-11-12-kundgebung-ken-sawo-wiwa))

Solidarität mit Shafi Murtaza und den Flüchtlingen aus Traiskirchen!

No Border!

Stopp Deportation!

In Solidarity with all refugees, where ever they are!

11. November 2012, <http://www.labournetaustria.at/rebotko-kampferische-fluchtlingsproteste-in-wien/>

.....

## Asyl

### Container für Flüchtlinge?

Ministerium trifft Vorbereitungen für Notunterkünfte zur Entlastung von Traiskirchen

FOTO: Asyl: Innenministerium trifft Vorbereitungen für Notunterkünfte. © Bild: APA/HOCHMUTH [FOTO VON DAUERKUNDGEBUNG SOMALISCHER FLÜCHTLIGE VOR PARLAMENT]

Das Innenministerium will nicht mehr bis Ende November abwarten, ob die von Bund und Ländern vereinbarte Aufteilung von Asylwerbern nun funktioniert oder ob Ausweichquartiere etwa in Containern geschaffen werden müssen, berichtete mehrere Tageszeitungen am Sonntag. Schon Ende kommender Woche sollen die Vorbereitungen beginnen. Wo und in welcher Form die Unterkünfte konkret entstehen sollen, ist aber noch offen, hieß es auf Anfrage im Ministerium.

Vorausgegangen war die Drohung von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll in der "Kronen Zeitung", für einen Aufnahmestopp im überfüllten Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen zu sorgen. Es könne nicht sein, "dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen", kritisierte er. Traiskirchens Bürgermeister Fritz Knotzer drohte an, neu ankommende Flüchtlinge per Bus ins Innenministerium zu karren.

Im Innenministerium zeigte man für den Ärger Verständnis. Auch wenn die Übernahme durch die Länder von in die Grundversorgung aufgenommenen Asylwerber leicht steige, seien noch immer rund 1.400 Personen in Traiskirchen untergebracht; um rund 1.000 mehr als die seinerzeit zugesagte Obergrenze von 480. Ursache sei die Säumigkeit des überwiegenden Teils der Länder.

Notunterkünfte in Containern oder Kasernen

In der kommenden Woche will das Ministerium nun prüfen, ob sich die beim "Asylgipfel" am 23. Oktober vereinbarte Quotenerfüllung der Länder von zumindest 88 Prozent bis Ende November abzeichne. Wenn nicht, will man "Konkretisierungen" für vom Bund verantwortete Quartiere treffen, so ein Sprecher. Ob dies nun Container oder alte Kasernengebäude sein werden und an welchen Orten die Notunterkünfte entstehen sollen, konnte man im Innenministerium noch nicht sagen.

Sonntag, 11. November 2012 von apa/red, <http://www.news.at/a/asyl-notunterkuenfte-fluechtlinge-traiskirchen>

.....

### Innenministerium bereitet Asyl-Notunterkünfte vor

Das Innenministerium will nicht mehr bis Ende November abwarten, ob die von Bund und Ländern vereinbarte Aufteilung von Asylwerbern nun funktioniert oder ob Ausweichquartiere etwa in Containern geschaffen werden müssen.

Schon Ende kommender Woche sollen die Vorbereitungen beginnen. Wo und in welcher Form die Unterkünfte konkret entstehen sollen, ist aber noch offen, hieß es auf APA-Anfrage im Ministerium.

Vorausgegangen war die Drohung von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) in der "Kronen Zeitung", für einen Aufnahmestopp im überfüllten Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen zu sorgen. Es könne nicht sein, "dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen", kritisierte er. Traiskirchens

Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) drohte in "Österreich" an, neu ankommende Flüchtlinge per Bus ins Innenministerium zu karren.

Im Innenministerium zeigte man für den Ärger Verständnis. Auch wenn die Übernahme durch die Länder von in die Grundversorgung aufgenommenen Asylwerber leicht steige, seien noch immer rund 1.400 Personen in Traiskirchen untergebracht; um rund 1.000 mehr als die seinerzeit zugesagte Obergrenze von 480. Ursache sei die Säumigkeit des überwiegenden Teils der Länder.

In der kommenden Woche will das Ministerium nun prüfen, ob sich die beim "Asylgipfel" am 23. Oktober vereinbarte Quotenerfüllung der Länder von zumindest 88 Prozent bis Ende November abzeichne. Wenn nicht, will man "Konkretisierungen" für vom Bund verantwortete Quartiere treffen, so ein Sprecher. Ob dies nun Container oder alte Kasernengebäude sein werden und an welchen Orten die Notunterkünfte entstehen sollen, konnte man im Innenministerium noch nicht sagen.

11.11.2012 um 11:30 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3163026/>

.....

### **Mikl-Leitner plan Asyl-Notquartiere in säumigen Ländern**

Nach der Kritik von Landeshauptmann Erwin Pröll stellt die Innenministerin den Ländern ein Ultimatum bis Ende der Woche.

Wien/Red./Apa. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) will nicht mehr bis Ende November warten, ob sich die Länder an die vereinbarte Aufteilung von Asylwerbern halten. Wenn sich die Situation bis Ende der Woche nicht „entscheidend“ verbessere, würden umgehend Planungen für provisorische Unterkünfte – Container beispielsweise – aufgenommen, wurde der „Presse“ am Sonntag im Büro von Mikl-Leitner erklärt.

Wo diese Notquartiere errichtet werden sollen? „Selbstverständlich in jenen Bundesländern, die sich nicht an die Vereinbarung halten.“ Man werde dabei auf Liegenschaften des Bundes im jeweiligen Land zurückgreifen. Die Standorte würden aber erst „zum gegebenen Zeitpunkt“ bekannt gegeben.

Mikl-Leitner, vormals Landesrätin in Niederösterreich, stellt sich damit hinter Erwin Pröll: Der niederösterreichische Landeshauptmann (ÖVP) hat in der „Kronen Zeitung“ mit einem Aufnahmestopp im überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen gedroht. Es könne nicht sein, „dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen“, so Pröll. Traiskirchens Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) kündigte via „Österreich“ an, neu ankommende Asylwerber per Bus ins Innenministerium „zu karren“.

Dort zeigt man Verständnis für den Ärger. In den Ländern sei zwar eine leichte Steigerung bei der Übernahme von Asylwerbern zu beobachten. Doch in Traiskirchen seien immer noch rund 1400 Personen untergebracht. Vereinbart sei eine Obergrenze von 480. Beim Asylgipfel am 23. Oktober hat man sich darauf geeinigt, dass die Länder ihre Quoten bis Ende November zumindest zu 88 Prozent erfüllen. Das Ministerium will nun bis Ende der Woche prüfen, ob sich ein entsprechender Trend abzeichne.

FPÖ, Grüne, BZÖ sehen Wahlkampfmanöver

Die Opposition zeigte sich davon unbeeindruckt, zumal sie einen Zusammenhang mit der niederösterreichischen Landtagswahl (im März) vermutet. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache sprach von einer Inszenierung, SPÖ und ÖVP hätten das Chaos selbst zu verantworten. Alev Korun, Menschenrechtssprecherin der Grünen, lobte dennoch Mikl-Leitners Einsatz für „Schutzsuchende“. BZÖ-Chef Josef Bucher meinte, zur Entlastung Traiskirchens sei eine verpflichtende Erstabklärung binnen 72 Stunden notwendig.

(*"Die Presse", Print-Ausgabe, 12.11.2012* | 11.11.2012 | 18:18 | (*Die Presse*) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1311333>

.....

### **Asylquoten-Streit Ministerium plant Notunterkünfte für Flüchtlinge (Bild: APA/Roland Schlager)**

Foto: APA/Roland Schlager

Der Winter steht vor der Tür, die Temperaturen sinken von Tag zu Tag – dennoch könnten bald Hunderte Menschen in Zelten oder Containern untergebracht werden. Falls die Bundesländer die vereinbarten Asylquoten weiterhin nicht einhalten, will das Innenministerium unter Johanna Mikl-Leitner (Bild) diese Woche mit der Vorbereitung der Notquartiere für Flüchtlinge starten. "Das ist unmenschlich und nicht nachvollziehbar", empört sich Caritas-Direktor Michael Landau.

Seit dem Asyl- Gipfel vor knapp drei Wochen hat sich die Situation im Flüchtlingslager Traiskirchen in Niederösterreich kaum verändert. Noch immer sind dort 1.400 Asylwerber untergebracht – die festgesetzte Höchstgrenze liegt bei 480.

Bis 30. November müssen die Bundesländer 1.000 Flüchtlinge aus der überfüllten Betreuungsstelle übernehmen (siehe Story in der Infobox). Dieses Memorandum haben Regierung und Länder unterzeichnet – und sich anschließend gegenseitig mit Lob überhäuft.

Nicht bis zum Ende der Frist warten

Doch von den Bemühungen, die vereinbarten Quoten auch tatsächlich einzuhalten, ist so gut wie nichts zu bemerken. Und nachdem Niederösterreichs Landeschef Erwin Pröll ein Ultimatum gestellt und angekündigt hat, das Lager Traiskirchen zusperrn zu wollen (siehe Infobox), macht nun auch das Innenministerium mobil.

Man wolle nicht bis 30. November warten, sondern bereits jetzt Vorkehrungen treffen. Diese Woche sei entscheidend, heißt es aus dem Ministerium. Falls sich die Länder auch jetzt nicht bewegen, werden Notunterkünfte vorbereitet. Geplant sind Container und Zelte für die Asylwerber.

Den größten Handlungsbedarf sieht das Ministerium in Oberösterreich (muss laut Asyl- Gipfel 250 Flüchtlinge übernehmen) und Salzburg (170 Flüchtlinge). Wo und wie viele Zelte und Container errichtet werden sollen, ist derzeit noch offen.

"Unmenschlich und nicht nachvollziehbar"

Empört auf den Plan des Innenministeriums reagiert Caritas- Direktor Michael Landau: "Das ist unmenschlich und nicht nachvollziehbar. Es geht um Kinder und Jugendliche, die in der kältesten Zeit des Jahres in Containern und Zelten leben müssen." Diese Bilder kenne man sonst nur aus Kriegsgebieten, und er könne nicht glauben, so Landau weiter, dass die Ministerin und die Landeshauptleute solche Bilder in Österreich wollen.

Die Aufgabe sei bewältigbar, man müsse gemeinsam eine Lösung finden, die sich an den Menschen orientiert. "Die verantwortlichen Politiker haben doch auch selbst Kinder – niemand kann wollen, dass Kinder in Zelten und Containern untergebracht werden", betont Landau. Und er fordert: "Alle müssen zusammenarbeiten, um menschenwürdige Unterkünfte zu schaffen."

11.11.2012, 19:00, [http://www.krone.at/Oesterreich/Ministerium\\_plant\\_Notunterkuenfte\\_fuer\\_Fluechtlinge-Asylquoten-Streit-Story-340497](http://www.krone.at/Oesterreich/Ministerium_plant_Notunterkuenfte_fuer_Fluechtlinge-Asylquoten-Streit-Story-340497)

.....

### **Quartiere für Asylwerber: Provisorien mit Containern**

Das Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen ist überbelegt. Bereits kommende Woche soll eine provisorische Lösung mit Containern oder in Bundesgebäuden geschaffen werden.

Wien/Traiskirchen. Die Lage im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen, das mit knapp 1500 statt vereinbarten 480 Asylsuchenden überbelegt ist, spitzt sich zu. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) wird nicht bis 30. November warten, ob die mit den Ländern am 23. Oktober vereinbarte Aufteilung funktioniert. Bisher ist das nicht der Fall. Das Innenministerium wird bereits kommende Woche Vorbereitungen für provisorische Unterkünfte wie die Unterbringung in Containern oder in Bundesgebäuden in den Ländern treffen, wurde der „Presse am Sonntag“ im Büro Mikl-Leitner angekündigt.

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) hat via „Kronen Zeitung“ mit einem Aufnahmestopp in Traiskirchen gedroht. „Wir haben volles Verständnis dafür“, wurde dazu im Innenministerium erklärt.

10.11.2012 | 15:50 | von Karl Ettinger (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1311160>

.....

### **Traiskirchen: Immer noch 1.400 Asylwerber**

Drei Wochen nach dem Asylgipfel hat sich die Lage in Traiskirchen kaum entspannt, noch immer sind 1.400 Asylwerber in Traiskirchen untergebracht. In der „Kronen Zeitung“ stellt LH Pröll (ÖVP) der Bundesregierung ein Ultimatum und droht mit einem Aufnahmestopp.

Im Gespräch mit der „Kronen Zeitung“ stellt Erwin Pröll der Bundesregierung ein Ultimatum. In Traiskirchen seien immer noch um 700 bis 800 Asylwerber zu viel. Die Unterbringung der Flüchtlinge sei menschenunwürdig, es bestehe ein Sicherheitsrisiko und auch der Bevölkerung sei das nicht mehr zumutbar, so Pröll im Gespräch mit der Zeitung.

Zustrom an Flüchtlingen stärker als beim Asylgipfel

Dass der Zustrom an Flüchtlingen aus Afghanistan, Pakistan und dem Iran heute stärker ist als zur Zeit des Asylgipfels, das ergab eine Nachfrage von noe.ORF.at beim Innenministerium. Trotzdem seien inzwischen weniger Asylwerber in Traiskirchen als vor drei Wochen, 1.400 sind es jetzt. Die Maßnahmen der Bundesländer, ihre Quoten zu erfüllen, die greifen inzwischen, auch wenn sich das noch nicht so deutlich in den Belagszahlen des Erstaufnahmezentrums niedergeschlagen habe, sagt Karl-Heinz Grundböck, Pressesprecher des Innenministeriums gegenüber noe.ORF.at.

In ganz Österreich sind derzeit mehr als 20.000 Asylwerber untergebracht, die auf eine Entscheidung über ihr Verfahren warten. Sobald diese Entscheidung gefallen ist - ob positiv oder negativ - verlassen sie diese Quartiere und werden dort durch Neuankommlinge ersetzt. Ein ständiger Kreislauf, für den jetzt zusätzliche Quartiere geschaffen werden müssen, um die vereinbarten Quoten bis 30. November zu erfüllen.

10.11.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2558336>

.....

### **Kein Flüchtling mehr! Traiskirchen: Pröll stellt Regierung Ultimatum**

Wenn Erwin Pröll in Fahrt ist, dann gleich ordentlich. Und jetzt ist es wieder einmal so weit: Niederösterreichs Landeshauptmann nimmt sich im "Krone"- Gespräch wegen der Überbelegung des Flüchtlingslagers Traiskirchen kein Blatt vor den Mund - und stellt der Bundesregierung samt der zuständigen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (im Bild mit Pröll) ein gepfeffertes Ultimatum.

Die Vorgeschichte: Beim letzten Asyl- Gipfel, der eigentlich eine gerechte Aufteilung von Asylwerbern unter den einzelnen Bundesländern bringen sollte (siehe Infobox), gab es, so Pröll, "zwar heilige Schwüre, dass sich alles ändern und Niederösterreich entlastet wird, doch passiert ist seither nichts".

Bis zu 800 Flüchtlinge zu viel in Traiskirchen

Das heißt im Klartext: In Traiskirchen sind noch immer an die 1.500 Asylwerber untergebracht - um 700 bis 800 zu viel, wie der Landeshauptmann sagt. Und er sagt auch, dass dies der Bevölkerung nicht mehr zumutbar sei, dass die Unterbringung der Flüchtlinge menschenunwürdig sei und dass ein Sicherheitsrisiko bestehe.

Pröll will Regierung nun in die Knie zwingen

Der Pröll- Plan, wie er das zu ändern gedenkt bzw. die Regierung zwingen will, in Traiskirchen untergebrachte Flüchtlinge auf andere Bundesländer aufzuteilen, sieht so aus:

\* Das Lager Traiskirchen soll quasi gesperrt werden, und zwar entweder auf behördlichem Weg durch Verordnungen der Feuerwehr bzw. der Baupolizei ...

\* ... oder "organisatorisch", wie sich Pröll vorsichtig ausdrückt. Was im Klartext aber heißen könnte, dass Flüchtlingstransporte nach Traiskirchen mittels Straßen- bzw. Lagersperren gestoppt werden.

"Bundesländer putzen sich an NÖ und Wien ab"

Noch hofft Pröll, dass das alles nicht notwendig sein wird und die Regierungsspitze um Werner Faymann und Michael Spindelegger Lösungen findet - "weil es nicht sein kann, dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen".

SPÖ-Ackerl weist Pröll-Kritik entschieden zurück

Zumindest in Oberösterreich stößt Prölls Kritik auf strikte Ablehnung. Der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl teilte am Samstag in einer Aussendung mit: "Oberösterreich kommt seinen Verpflichtungen nach und arbeitet mit Nachdruck daran, die zwischen den Bundesländern vereinbarte Zahl an Flüchtlingsquartieren zu schaffen. Es ist empörend, wie sich Pröll in dieser Angelegenheit verhält. Er versucht offenbar in populistischer Manier niedrige Instinkte zu bedienen."

Niederösterreich habe "keinen Grund dazu, den Zeigefinger auf andere Bundesländer zu richten. Wenn man die Bundeseinrichtung in Traiskirchen abzieht, ist sein Land alles andere als ein Musterschüler bei der zur Verfügungstellung von Quartieren für Flüchtlinge. Oberösterreich hinkt den vereinbarten Aufnahmequoten von Flüchtlingen keinesfalls hinterher. Bis Ende November wird es die benötigten zusätzlichen Quartiere in unserem Bundesland geben", so Ackerl.

Weiters meinte der oberösterreichische SPÖ- Chef: "Wenn Pröll damit droht, das dem Bund gehörende Asyl-Erstaufnahmезentrum Traiskirchen mit landesrechtlichen Mitteln wie dem Baurecht zu schließen oder den Transport von Flüchtlingen durch Blockade der Zufahrtsstraßen zu verhindern, ist das mehr als geschmacklos und eines Landeshauptmannes in einem Rechtsstaat unwürdig."

Beginnender Landtagswahlkampf als Grund für Kritik?

Ackerl kann sich die getroffenen Aussagen nur mit dem beginnenden Landtagswahlkampf in Niederösterreich und dem Versuch, sich dadurch Vorteile zu verschaffen, erklären. Das Verhalten Prölls sei demnach in dem Zusammenhang äußerst interessant, dass seine eigene Parteikollegin und politische Ziehtochter Mikl- Leitner als Innenministerin für die Einrichtung in Traiskirchen zuständig ist.

*Peter Gnam, Kronen Zeitung/AG/red*

*10.11.2012, 13:48, [http://www.krone.at/Traiskirchen\\_Proell\\_stellt\\_Regierung\\_Ultimum-Kein\\_Fluechtling\\_mehr!-Story-340349](http://www.krone.at/Traiskirchen_Proell_stellt_Regierung_Ultimum-Kein_Fluechtling_mehr!-Story-340349)*

.....

### **Pröll will Flüchtlingslager Traiskirchen "sperren"**

Niederösterreichs Landeschef schickt eine Warnung an die Regierung und kritisiert: "Es kann nicht sein, dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen."

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll kritisiert in der Samstagsausgabe der "Kronen Zeitung" die Überbelegung des Flüchtlingslagers Traiskirchen und das Vorgehen der Bundesländer in Asyl-Fragen.

Stein des Anstoßes ist eine Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Ländervertretern. Sie hatten bei dem Asylgipfel am 23. Oktober beschlossen, dass die Bundesländer bis Ende November 1000 Asylwerber aus Traiskirchen aufnehmen sollen. Seither habe sich an der Situation jedoch nichts geändert, so Pröll in der "Krone". Es habe "zwar heilige Schwüre" gegeben, nämlich, "dass sich alles ändern und Niederösterreich entlastet wird, doch passiert ist seither nichts".

Laut dem Landeshauptmann seien in Traiskirchen noch immer an die 1500 Asylwerber untergebracht - um 700 bis 800 zu viel, so Pröll. Der niederösterreichischen Bevölkerung sei dies schlicht nicht mehr zumutbar, auch würden die untergebrachten Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Umständen leben. Zusätzlich ortete der Landeschef ein Sicherheitsrisiko.

Lager soll "organisatorisch" gesperrt werden

Der Regierung richtete Pröll daher via "Krone" eine Warnung aus: Das Lager solle entweder auf behördlichem Weg durch Verordnungen der Feuerwehr bzw. der Baupolizei oder "organisatorisch" gesperrt werden - etwa mittels Straßen- bzw. Lagersperren.

Pröll hoffe aber, nicht zu derart drastischen Maßnahmen greifen zu müssen. Die Regierungsspitze um SP-Kanzler Werner Faymann und VP-Vizekanzler Michael Spindelegger sei daher beraten, rasch eine Lösung zu finden, "weil es nicht sein kann, dass sich sieben Bundesländer bei der Flüchtlingsunterbringung an Niederösterreich und Wien abputzen".

Asylgipfel

Bundesregierung und Ländervertreter haben vereinbart, 1000 Asylwerber aus Traiskirchen auf die Länder zu verteilen. Konkret müssen das Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bis 30. November ihre Rückstände reduzieren - 780 Flüchtlinge sollen auf die sechs Länder verteilt werden. Die 220 Asylwerber, die auf die Traiskirchen versprochen Entlastung um 1000 fehlen, werden in den anderen drei Ländern unterzubringen sein. (Red.)

*09.11.2012 | 19:57 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1311005>*

.....

### **"Zweites Traiskirchen"**

Über Beherbergungsbetrieb für Flüchtlinge und den Finanzhaushalt diskutierte Gemeinderat Zeltweg bei jüngster Sitzung des Gemeinderats.

FOTO: Vor Beginn der Sitzung posierten fürs "familienfreundliche" Foto: die beiden Vizebürgermeister Helmut Ranzmaier und Siegfried Simbürger, Bürgermeister Hermann Dullnig, Gemeinderätin Brigitte Konrad, Stadtrat Günter Reichhold - Foto © EGGGER

Mit dem neuen Beherbergungsbetrieb für Flüchtlinge beschäftigte sich der Gemeinderat Zeltweg bei seiner jüngsten Sitzung. Auf seine "moralische Verpflichtung" sprach Wolfgang Grabenbauer, FPÖ, den sozialdemokratischen Bürgermeister Hermann Dullnig an. Die Anzahl an Asylwerbern in Zeltweg sei unverhältnismäßig groß: "Was ist, wenn wir 1500 Asylwerber haben? Irgendwann sind wir ein zweites Traiskirchen."

Darauf Dullnig: "Da hat die Moral nichts verloren, weil das eine rechtliche Geschichte ist." KPÖ-Gemeinderätin Erika Friesacher meint, dass es sinnvoll wäre, wenn die Gemeinde die Bürger über den Betrieb informieren würde.

Thema war außerdem der Finanzhaushalt. Jahrelang funktionierte in Zeltweg das Einmahnen offener Forderungen nicht (wir berichteten). Das hat negative Folgen: Das Haushaltsergebnis verschlechtert sich - unter anderem aufgrund verjährter Forderungen - um rund 500.000 Euro, wie Dullnig berichtete. Entsprechend musste ein Nachtragsvoranschlag beschlossen werden, der in einzelne Punkte unterteilt war: Die Opposition stimmte teilweise nicht zu.

Grund zur Freude gibt es ebenfalls: Die Gemeinde wurde mit dem staatlichen Gütesiegel "familienfreundliche Gemeinde" ausgezeichnet. Das Zertifikat überreichten vor Kurzem Bundesminister Reinhold Mitterlehner und Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer. Zu den Schwerpunktmaßnahmen in Zeltweg zählen "Lehrstellen- und Bildungsinitiative" sowie "Förderung von familienfreundlichen Betrieben im Murtal".

09.11.2012 um 22:16 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/3162198>

.....

### **Solidarität mit den Protesten von Flüchtlingen hier und überall! Rassistische Zustände angreifen**

Aktionstag am Samstag, 10. November 2012. Demonstration 12:00 Uhr, Treffpunkt beim Marcus Omofuma Stein, Kundgebung ab 14:00 - 17:00 Uhr beim Marcus Omofuma Stein, Ecke Mariahilfer Straße, Museumsquartier, 1070 Wien.

"Wir kämpfen für die Verwirklichung einer auf Gerechtigkeit und Freiheit basierten Welt" (die streikenden Flüchtlinge in Berlin)

Auf den Selbstmord Mohammad Rahsepar in einem deutschen Asyllager Anfang des Jahres folgten monatelange Straßenproteste in mehreren deutschen Städten. Geflüchtete protestieren seitdem gegen die menschenverachtende Behandlung durch die deutschen Behörden. Im September zogen die Protestierenden in einem 600km langen Demozug nach Berlin, wo sie mit einer inzwischen mehrwöchigen Mahnwache und einem Hungerstreik auf dem Pariser Platz auf sich aufmerksam machen.

Staat und Polizei reagierten mit massiver Repression. Nun ist es aber zu ersten Gesprächen zwischen Streikenden und Vertreter\_innen der Regierung gekommen. ([www.refugeentaction.net](http://www.refugeentaction.net))

Proteste für die Rechte von Asylsuchenden finden zur Zeit auch in weiteren Ländern statt, zB in Finnland, Belgien und Polen.

Wir erklären uns mit diesen Kämpfen solidarisch und fordern wie die Geflüchteten in Berlin:

- \* Den Stopp aller Abschiebungen
- \* Die Anerkennung aller Asylbewerber\_innen als politische Flüchtlinge
- \* Die Schließung aller Isolationslager

Und was passiert in Österreich?

Asylsuchende, Geflüchtete und Illegalisierte [...] leben in Österreich unter prekären Bedingungen!

Viele warten jahrelang auf die Ergebnisse ihrer Asylverfahren. Sie dürfen nicht arbeiten. Der Besuch von Deutschkursen wird erschwert. Durch die Unterbringung in Asylheimen wird ihnen Freiheit und der Zugang zu bestimmten Ressourcen genommen. Zudem sind sie der Willkür der Behörden völlig ausgeliefert. Österreich schiebt Menschen in Gebiete ab, in denen ihnen Krieg und Verfolgung drohen.

Das sind nur einige Beispiele der Schwierigkeiten, mit denen Asylsuchende, Geflüchtete und Illegalisierte [...] in Österreich zu kämpfen haben.

Aber es tut sich was!

Im Oktober protestierten somalische Flüchtlinge drei Tage vor dem Parlament. Sie fordern:

- \* "Schluss mit Dublin-II-Abschiebungen, Recht auf Zugang zum Asylverfahren in Österreich
- \* Schluss mit dem quälenden Warten - schnellere Bearbeitung der Asylanträge
- \* Zuerkennung des Flüchtlingsstatus statt Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Angst

- \* Recht auf Familienzusammenführung
- \* Unbeschränkter Arbeitsmarktzugang für asylsuchende Flüchtlinge."

Lasst uns diese Proteste in Österreich und weltweit unterstützen!  
Bringt Transpis! Plant dezentrale Aktionen!

"Auf die Straße weil dies der Ort ist, an dem sich unterdrückte Körper zusammenschliessen um sich Freiheit und Gerechtigkeit selbst wieder anzueignen, denn Politik gehört den Menschen selbst und nicht Politiker\_innen" (Die streikenden Flüchtlinge in Berlin)

Kein Mensch ist illegal!

08. Nov 2012, <http://no-racism.net/article/4242>

.....

### **Bundesländer schaffen Asyl-Quartiere**

Aus den Bundesländern sind positive Signale zur Umsetzung der Versprechen aus dem Asylgipfel von vor knapp zwei Wochen gekommen. Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Oberösterreich arbeiten bereits daran, mehr Plätze zur Unterbringung der Flüchtlinge zu schaffen. Tirol vermeldete, schon erste Flüchtlinge aus Traiskirchen übernommen zu haben.

Damals hatten sich die Länder verpflichtet, bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem mit rund 1.400 Personen überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen zu übernehmen. Das Burgenland kündigte am Montag an, seinen Verpflichtungen "in absehbarer Zeit" nachzukommen.

In Oberösterreich findet Montagnachmittag ein Asylgipfel auf Landesebene mit dem Ziel statt, noch vor dem Winter zusätzliche Quartiere für Asylwerber aufzutreiben. Das Land hatte sich zuletzt bei einem österreichweiten Gipfel in Wien bereit erklärt, bis Ende November 200 weitere Plätze zu schaffen.

In Vorarlberg wurden seit dem Asylgipfel vor knapp zwei Wochen für rund ein Drittel der aufzunehmenden 80 Asylwerber Quartiere geschaffen. In Kärnten sollen bis Ende November 150 zusätzliche Asylwerber aufgenommen werden. "Wir sind auf einem guten Weg, das bis zum Monatsende zu lösen", sagte Landeshauptmann Gerhard Dörfler am Montag.

Salzburgs Integrations-Landesrätin Tina Widmann kann noch keine Zahlen nennen, wie viele der vereinbarten 170 zusätzlichen Plätze schon gefunden worden sind. Sie habe unter dem Motto "Eine Gemeinde, eine Familie" alle Bürgermeister und alle Pfarrgemeinden angeschrieben und inzwischen doch einige Rückmeldungen erhalten. Auch Privatpersonen hätten sich schon gemeldet, die beispielsweise eine Mutter mit Kind aufnehmen würden. Und die Caritas habe bereits angeboten, die Betreuung der privat untergebrachten Asylwerber zu übernehmen. Quelle: APA

05.11.2012 um 15:31 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3158106>

.....

### **Asyl: Burgenland und Tirol kündigen Umsetzung von Gipfel-Vereinbarungen an**

Burgenland will Verpflichtungen "in absehbarer Zeit" angehen - Tirol hat schon Flüchtlinge aus Traiskirchen übernommen

Wien/Eisenstadt/Innsbruck - Aus den Bundesländern kommen positive Signale zur Umsetzung der Versprechen aus dem Asylgipfel von vor knapp zwei Wochen. Damals hatten sich die Länder verpflichtet, bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem mit rund 1.400 Personen überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen zu übernehmen. Das Burgenland kündigte am Montag an, seinen Verpflichtungen "in absehbarer Zeit" nachzukommen und Tirol vermeldete, schon erste Flüchtlinge aus Tirol übernommen zu haben.

Das Burgenland hatte sich verpflichtet, bis 30. November zumindest 20 Personen aufzunehmen. "Das werden wir auf jeden Fall erfüllen", hieß es aus dem Büro von Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ). In einer Caritaseinrichtung in Neudörfel sollen außerdem bis Ende des Jahres 30 Plätze zur Unterbringung von 14- bis 18-Jährigen bezugsbereit sein. Derzeit werden auch drei Kinder unter 14 Jahren im Burgenland betreut. An sich müsste man von der Quote her zwei Kinder aufnehmen, so die Sprecherin. Beim Asylgipfel sei vereinbart worden, dass aufgrund der besonderen Intensität der Betreuung die Quote auch bei Kindern und Jugendlichen gelten müsse.

Tirol: Wohnhaus wird adaptiert

Tirol hat nach dem Asylgipfel Ende Oktober die ersten Flüchtlinge aus Traiskirchen übernommen. Von den vereinbarten 110 seien bisher 30 aufgenommen worden, erklärte der Flüchtlingskoordinator des Landes, Meinhard Eiter, am Montag. Eiter gab

sich "zuversichtlich", die zugesagten 110 bis Ende November unterbringen zu können. Unter anderem werde dafür ein Wohnhaus am Südrand von Telfs adaptiert, das künftig 45 Flüchtlingen Platz bieten soll.

Kooperativ zeigt man sich auch in der Steiermark. "Zusätzliche Aufnahmen über die Mindestquote von 90 Prozent hinaus wurden bisher schon gemacht und werden auch fortgesetzt", hieß es aus dem Büro des zuständigen Referenten Siegfried Schrittwieser (SPÖ).

Auch Vorarlberg, Kärnten und Salzburg schaffen Quartiere

In Vorarlberg wurden seit dem Asylgipfel für rund ein Drittel der aufzunehmenden 80 Asylwerber Quartiere geschaffen. "Wir sind dran, ich bin in engem Kontakt mit der Caritas", sagte Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler (ÖVP). Er gehe davon aus, "dass wir die 80 Plätze bis Ende des Monats bereitstellen werden", so der Landesrat.

In Kärnten sollen bis Ende November 150 zusätzliche Asylwerber aufgenommen werden. "Wir sind auf einem guten Weg, das bis zum Monatsende zu lösen", sagte Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) am Montag. Gespräche über die Unterbringung der Betroffenen hat Dörfler bisher unter anderem mit Kirchenvertretern - konkret mit Diözesanbischof Alois Schwarz und Superintendent Manfred Sauer - geführt. Diesbezüglich soll es in den kommenden Tagen auch eine Info-Veranstaltung geben. Konkretes wollte Dörfler vorerst nicht sagen.

Salzburgs Integrations-Landesrätin Tina Widmann (ÖVP) kann noch keine Zahlen nennen, wie viele der vereinbarten 170 zusätzlichen Plätze schon gefunden worden sind. Sie habe unter dem Motto "Eine Gemeinde, eine Familie" alle Bürgermeister und alle Pfarrgemeinden angeschrieben und inzwischen doch einige Rückmeldungen erhalten. Das heißt, die Asylwerber sollten in möglichst kleinen Gruppen auf möglichst viele Gemeinden verteilt werden. "Ich bin zuversichtlich, dass wir die 170 Plätze schaffen", sagte sie.

Auch Privatpersonen hätten sich schon gemeldet, die beispielsweise eine Mutter mit Kind aufnehmen würden. Und die Caritas habe bereits angeboten, die Betreuung der privat untergebrachten Asylwerber zu übernehmen. "Ganz ohne Asylantenheim wird es aber nicht gehen", sagte die Landesrätin, für dieses habe sie die Diakonie als Träger gewonnen. Salzburg sei auch schon vor dem Asylgipfel tätig gewesen und habe 150 neue Plätze geschaffen habe, so Widmann. Bei den unbegleiteten Jugendlichen werde Salzburg ab Jänner die Quote übererfüllen. (APA, 5.11.2012)

5. November 2012, 13:03, <http://derstandard.at/1350260270746>

.....

## **Burgenland**

### **Asylwerber: Land will Zusagen erfüllen**

Das Burgenland will seinen Verpflichtungen, was die Aufnahme von Flüchtlingen betrifft, „in absehbarer Zeit“ nachkommen. Bei Asylgipfel hatten sich die Länder verpflichtet, bis Ende November 1.000 Asylwerber aus Traiskirchen zu übernehmen.

Das Burgenland hatte beim Asylgipfel zugesagt, bis 30. November zumindest 20 Personen aufzunehmen - mehr dazu in Burgenland nimmt zusätzliche Asylwerber auf. „Das werden wir auf jeden Fall erfüllen“, hieß es aus dem Büro von Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ). In einer Caritas-Einrichtung in Neudörfll sollen außerdem bis Ende des Jahres 30 Plätze zur Unterbringung von 14- bis 18-Jährigen bezugsbereit sein.

Debatte: Was wird besser für Asylwerber?  
Drei Kinder unter 14 Jahren aufgenommen

Derzeit werden auch drei Kinder unter 14 Jahren im Burgenland betreut. An sich müsste man von der Quote her zwei Kinder aufnehmen, so die Sprecherin. Beim Asylgipfel sei vereinbart worden, dass aufgrund der besonderen Intensität der Betreuung die Quote auch bei Kindern und Jugendlichen gelten müsse.

05.11.2012, <http://burgenland.orf.at/news/stories/2557524>

.....

## **Suche nach Quartieren für Asylwerber**

Oberösterreich braucht bis Ende des Monats 300 zusätzliche Quartiere für Asylwerber. Wie man diese noch vor dem Winter aufreiben möchte, wurde Montagnachmittag bei einem Asylgipfel im Landhaus besprochen.

300 Plätze bis Ende des Monats, 650 Quartiere für Flüchtlinge bis Ende des Jahres. Das ist der Bedarf an Flüchtlingsplätzen in Oberösterreich. Diese Zahlen wurden am Montag beim Asylgipfel im Linzer Landhaus präsentiert. Diskutiert wurde darüber wo und wie die Flüchtlinge untergebracht werden sollen.

„Nennen noch keine Orte“

Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) sagte, für konkrete Einzelheiten sei es noch zu früh, so LH Josef Pühringer: „Wir nennen derzeit ganz bewusst keine Orte, da der Zeitpunkt dafür noch zu früh ist. Wir bieten dafür um Verständnis.“

Debatte: Was wird besser für Asylwerber?

Nachdem auch das Erstaufnahmezentrum in St. Georgen im Attergau (Bezirk Vöcklabruck) keine zusätzlichen Flüchtlinge aufnehmen kann, werden andere Lösungen geprüft. Bundesimmobilien, Gebäude, die im Besitz des Landes, der Kirchen oder in privater Hand sind, könnten sich als Flüchtlingsquartier eignen. Auch eine Containerlösung auf derzeit leeren Grundstücken ist nicht auszuschließen.

„Ängste sind unbegründet“

In den kommenden Tagen und Wochen soll nun weiter mit den in Frage kommenden Städten und Gemeinden verhandelt werden, so Landeshauptmannstellvertreter und Sozialreferent Josef Ackler (SPÖ). Er appellierte in seiner Stellungnahme an die Bevölkerung mitzuhelfen und sagte, dass Ängste völlig unbegründet seien.

Festgestellt wird noch, dass dies keine kurzfristige Lösung sein soll, sondern es wird damit gerechnet, dass die Zahl der Flüchtlinge auch im nächsten Jahr nicht zurückgeht.

Für FPÖ „unbefriedigend“

„Unbefriedigend“ nannte FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner die Ergebnisse des Asyl-Gipfels in einer Aussendung. Es sei zu viel verlangt, zusätzliche Asylwerber aufzunehmen, wenn gleichzeitig Thalham überbelegt sei. Österreich sei im EU-Vergleich stark mehr belastet, betonte Haimbuchner und forderte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) auf, rasch ein Gesamt-Paket vorzulegen.

05.11.2012, <http://ooe.orf.at/news/stories/2557581>

.....

### **Kinder unter 14 – ohne Angehörige im Flüchtlingslager Wer befreit sie aus Traiskirchen?**

FOTO: Flüchtlingsjugendliche in Traiskirchen, 10/12

"Die Politik behauptet, dass diese Kinder eh nur kurz in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen bleiben müssen", sagt Heinz Fronек von der asylkoordination, "dabei sind die unter 14-Jährigen in Wirklichkeit besonders lange im Großlager. Im Durchschnitt fünf Monate! Und die 17-Jährigen müssen auch lange bleiben, denn man wartet, dass die volljährig werden, dann werden sie zugewiesen!" Im heilig aussehenden Kapellenraum des Wiener Albert Schweizer Hauses mit seinen runden Glasfenstern riefen Caritas und Diakonie anlässlich des Asylgipfels von Bund und Ländern zu verstärkten Bemühungen für die 600 "Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge" auf. Vierzehn davon sind sogar unter vierzehn Jahre alt.

"Die betreuende Firma in Traiskirchen ist damit überfordert, es ist nicht möglich, die 600 Jugendlichen adäquat zu betreuen. Diese 14 Jüngeren gehören sofort von der Jugendwohlfahrt untergebracht und betreut!", ruft Fronек. Christian Moser vom SOS Kinderdorf ist dagegen, dass die Jugendwohlfahrt für die Betreuung eines ausländischen Kindes nur den halben Tagsatz bekommt. "Es gibt keine halben Kinder und die halben Sachen gehören abgeschafft", sagt er und "Warum sollen Kinder aus Somalia nur halb so viel wert sein? Hört deswegen der Krieg in Afghanistan oder Somalia auf?"

Auch wenn bei einem Interview-Rundgang im Erstaufnahmezentrum mit Leiter Schabhüttel das Speise- und Kinderhaus, das von der Bauweise an den Wilden Westen erinnert, als der wärmste und lustigste Platz im tristen Lagergelände erschien, sollten Jugendliche eine Chance auf Schulunterricht und Bildung bekommen. Und einen sicheren Platz als das Jugendhaus, das allein auf 78 Plätze ausgelegt ist. "Das ist kein Almosen", meinte Michael Chalupka, "das ist nur ein Einhalten der österreichischen Gesetzeslage, die Politiker müssen das umsetzen, wozu sie verpflichtet sind". Von den drei Einrichtungen für junge Flüchtlinge musste die Diakonie schon eines schließen, da irgendwann nicht mehr genügend Spendengelder vorhanden waren.

Kerstin Kellermann, 30.10.2012, [http://asyl.at/fakten\\_1/asyl\\_2012\\_13.htm](http://asyl.at/fakten_1/asyl_2012_13.htm)

.....

### **Kinder unter 14 – ohne Angehörige im Flüchtlingslager Wer befreit sie aus Traiskirchen?**

FOTO: Flüchtlingsjugendliche in Traiskirchen, 10/12

"Die Politik behauptet, dass diese Kinder eh nur kurz in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen bleiben müssen", sagt Heinz Fronek von der asylkoordination, "dabei sind die unter 14-Jährigen in Wirklichkeit besonders lange im Großlager. Im Durchschnitt fünf Monate! Und die 17-Jährigen müssen auch lange bleiben, denn man wartet, dass die volljährig werden, dann werden sie zugewiesen!" Im heilig aussehenden Kapellenraum des Wiener Albert Schweizer Hauses mit seinen runden Glasfenstern riefen Caritas und Diakonie anlässlich des Asylgipfels von Bund und Ländern zu verstärkten Bemühungen für die 600 "Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge" auf. Vierzehn davon sind sogar unter vierzehn Jahre alt.

"Die betreuende Firma in Traiskirchen ist damit überfordert, es ist nicht möglich, die 600 Jugendlichen adäquat zu betreuen. Diese 14 Jüngeren gehören sofort von der Jugendwohlfahrt untergebracht und betreut!", ruft Fronek. Christian Moser vom SOS Kinderdorf ist dagegen, dass die Jugendwohlfahrt für die Betreuung eines ausländischen Kindes nur den halben Tagsatz bekommt. "Es gibt keine halben Kinder und die halben Sachen gehören abgeschafft", sagt er und "Warum sollen Kinder aus Somalia nur halb so viel wert sein? Hört deswegen der Krieg in Afghanistan oder Somalia auf?"

Auch wenn bei einem Interview-Rundgang im Erstaufnahmezentrum mit Leiter Schabhüttel das Speise- und Kinderhaus, das von der Bauweise an den Wilden Westen erinnert, als der wärmste und lustigste Platz im tristen Lagergelände erschien, sollten Jugendliche eine Chance auf Schulunterricht und Bildung bekommen. Und einen sicheren Platz als das Jugendhaus, das allein auf 78 Plätze ausgelegt ist. "Das ist kein Almosen", meinte Michael Chalupka, "das ist nur ein Einhalten der österreichischen Gesetzeslage, die Politiker müssen das umsetzen, wozu sie verpflichtet sind". Von den drei Einrichtungen für junge Flüchtlinge musste die Diakonie schon eines schließen, da irgendwann nicht mehr genügend Spendengelder vorhanden waren.

*Kerstin Kellermann, 30.10.2012, [http://asyl.at/fakten\\_1/asyl\\_2012\\_13.htm](http://asyl.at/fakten_1/asyl_2012_13.htm)*

.....

## **Aktuelles**

### **Innenministerium plant eigene Schulklasse für unmündige minderjährige Flüchtlinge in Traiskirchen**

Größte Rolle spielt dabei das Kindeswohl - schon jetzt gibt es Deutsch- und Integrationsunterricht sowie eine 24-Stunden-Betreuung

"Das Innenministerium legt großen Wert auf die altersgerechte Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen", so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Um einen reibungslosen Ablauf und eine altersgerechte Versorgung zu gewährleisten, gibt es schon jetzt eine spezielle 24-Stunden-Betreuung. "Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen: künftig soll es eine eigene Schulklasse für unmündige Minderjährige in der Betreuungsstelle Traiskirchen geben", so die Innenministerin.

Fakt ist: Derzeit ist keiner der minderjährigen Flüchtlinge schulpflichtig, dennoch soll jenen Kindern, die die Schule besuchen möchten, dies ermöglicht werden.

So soll gewährleistet sein, dass die unmündigen Minderjährigen während ihres vorübergehenden Aufenthalts in der Bundesbetreuungsstelle die Schule besuchen können. Das Innenministerium wird dafür in der Betreuungsstelle Traiskirchen eigene Räume zur Verfügung stellen. Die Bereitstellung der Lehrer sowie der schulorganisatorische Ablauf hat dabei durch die Schulbehörden zu erfolgen.

Derzeit besteht das Betreuerteam aus 25 Sozialbetreuern, die zusätzlich von einem Psychologen unterstützt werden. Das Betreuersystem ermöglicht eine angemessene Begleitung und Wahrnehmung der Interessen der unbegleiteten Minderjährigen und unterstützt diese in ihren persönlichen Belangen. Der sogenannte "Bezugsbetreuer" fungiert dabei als "Anlaufstelle" bei Problemen aller Art.

"Die größte Rolle spielt dabei das Kindeswohl. Aus diesem Grund wurde bei der Zusammensetzung des Betreuerteams auf die entsprechende Sozialkompetenz, Kommunikationsfähigkeit und hohe Einsatzbereitschaft der Sozialarbeiter Wert gelegt", so die Innenministerin. Auch Sprachkenntnisse, Durchsetzungsvermögen und Fortbildungsmaßnahmen der Sozialbetreuer, wie etwa in den Bereichen Gewaltprävention und Konfliktlösung, spielen eine große Rolle und sollen die hohe Qualität der Mitarbeiter weiter fördern.

*Artikel Nr: 9137 vom Dienstag, 30. Oktober 2012, 15:01 Uhr.  
[http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/\\_news/bmi.aspx?id=4F4D4878765742353771673D&page=7&view=1](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx?id=4F4D4878765742353771673D&page=7&view=1)*

.....

### **45 Asylwerber kommen nach Telfs**

Kürzlich ist bekannt geworden, dass in einem Haus in Telfs 45 Asylwerber untergebracht werden. Die Gemeinde wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, steht aber zur „humanitären Verpflichtung.“ Mit den neuen Plätzen fand das Land für alle 110 zusätzlichen Asylwerber Quartiere.

Die 45 Asylwerber werden in einem abgewohnten Haus in Telfs untergebracht. Tirols Flüchtlingskoordinator Meinhard Eiter meint, dass die Asylwerber nach Adaptierungsarbeiten in fünf bis sechs Wochen einziehen können.

Gemeinde hatte kein Mitspracherecht

Das Haus stand seit geraumer Zeit zum Verkauf. Der Käufer hat nun mit dem Land Tirol einen Vertrag für ein Asylwerberheim unterschrieben. „Die Gemeinde hat keine Möglichkeit, in dieses Vorhaben einzuwirken“, stellt der Telfer Bürgermeister Christian Härting fest. Denn die Gemeinde selbst hatte kein Mitspracherecht, weil eine Umwidmung nicht notwendig war. Und er fügt hinzu, dass es das Land leicht habe, eine gesetzlich vorgegebene Quote zu erfüllen, indem die Asylwerber ohne Mitsprache der Gemeindeführung einfach auf die Kommunen aufgeteilt werden.

Bei einem Asylgipfel vergangene Woche in Wien wurde vereinbart, dass einige Bundesländer - darunter auch Tirol - zusätzliche Asylwerber aufnehmen müssen - mehr dazu in Tirol muss 110 Asylwerber neu aufnehmen.

FOTO: Haus für Asylwerber - Gemeinde Telfs

In diesem Haus in Telfs sollen die Asylwerber untergebracht werden. Sie finden in dem Haus eine vorübergehende Bleibe, bis ihr Asylverfahren abgewickelt ist.

„Neuen Mitbürgern eine Chance geben“

Das Haus liegt nahe der Autobahn im Süden von Telfs. Die Gemeinde hat bereits Kontakt zu den unmittelbaren Anrainern aufgenommen. Sie hätten im großen und ganzen Verständnis gezeigt, heißt es von Seiten der Gemeinde Telfs. Auch Bürgermeister Christian Härting spricht im Zusammenhang mit dem Asylwerberheim von einer humanitären Verpflichtung. Er appelliert an die Telfer, den neuen Mitbürgern eine Chance zu geben. Die Erfahrungen anderer kleinerer Gemeinden hätten gezeigt, dass es keine Probleme im Zusammenleben in den Kommunen gebe. 45 Menschen seien bei über 15.000 Einwohnern gut verkraftbar, sagt der Telfer Bürgermeister Härting.

Mit den 45 Plätzen in Telfs hat das Land Tirol für alle 110 zusätzlichen Asylwerber Plätze gefunden. 24 kommen nach Dölsach in Osttirol, etwa 30 in die Reichenau nach Innsbruck, und etwa zehn werden im bestehende Heim in Kufstein zusätzlich aufgenommen, rechnet Flüchtlingskoordinator Meinhard Eiter vor.

29.10.2012, <http://tirol.orf.at/news/stories/2556554>

.....

### **Asylwerberunterbringung: "Container sind nicht einmal so schlecht"**

FOTO: \* Laut Ackerl ist es für die Länder finanziell unmöglich, eine stets gleichbleibende Zahl an Flüchtlingsquartieren zu gewährleisten. foto: der standard/hermann wakolbinger

Die Herbergssuche der Länder für Asylwerber hat laut Oberösterreichs Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl (SPÖ) nur wenig Erfolgchancen. Wohncontainer seien besser als Quartiere in abgelegenen Gegenden

STANDARD: Im Memorandum zur Asylwerberunterbringung von vergangendem Dienstag steht, dass der Bund Flüchtlingscontainer errichtet, wenn die Länder bis Ende November nicht genug Zusatzwohnraum zur Verfügung stellen. Wird das diesen Winter wirklich nötig sein?

Ackerl: Ich gehe davon aus, dass bald Flüchtlingscontainer stehen. Ich kann mir vorstellen, dass bis dahin so viele Flüchtlinge nach Österreich kommen, dass auch die im Memorandum vereinbarten rund 1000 zusätzlichen Plätze nicht reichen werden - wenn wir diese in dieser Kürze überhaupt schaffen können, was ich bezweifle.

STANDARD: Warum haben Sie und andere Ländervertreter ein Memorandum unterschrieben, das Sie gar nicht erfüllen können?

Ackerl: Wir haben es in dem Wissen unterschrieben, dass wir auf Liegenschaften des Bundes dann eben Container aufstellen. Immerhin ist das Teil der Vereinbarung.

STANDARD: Ist es für ein reiches Land wie Österreich nicht peinlich, dass für Asylwerber zum Wohnen nur Container bleiben? Es geht ja nur um rund 1000 Personen.

Ackerl: Nein, die Unterbringungsprobleme haben vielmehr mit der Realität der internationalen Wanderungsbewegungen zu tun. Diese verlaufen in Zyklen, also mit Ausschlägen nach oben, die man nicht vorhersehen kann. Und wenn dann wieder weniger Flüchtlinge kommen, muss man Quartiere schließen: Sie offen zu halten ist finanziell unmöglich. Außerdem, auch wenn ich mit dem Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler politisch nichts gemein habe: Wenn ich richtig gelesen habe,

hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, weil er für Quartiere gezahlt hat, in denen keine Flüchtlinge waren. Das ist auch ein Problem.

STANDARD: Gegen Dörfler laufen Untreueermittlungen, weil er freihändig viel Geld für den umstrittenen Flüchtlingsunterbringungsvertrag auf der Saualm lockergemacht haben soll. Wo sehen Sie hier Ähnlichkeiten?

Ackerl: Dörfler wird verdächtigt, weil vermutet wird, dass auf der Saualm weit weniger Flüchtlinge waren, als Geld geflossen ist. Wenn von uns Ländern auf der einen Seite Vorsorge verlangt wird, muss auf der anderen Seite klar sein, dass wir, wenn wir für leerstehende Quartiere zahlen, keine Untreue begehen.

STANDARD Von der Saualm abgesehen: Ist es klug, Quartiere zuzusperren, wenn vorübergehend weniger Flüchtlinge kommen? Oberösterreich etwa verfehlt die Unterbringungsquote erst seit solchen Schließungen um 19,4 Prozent.

Ackerl: Zugesperrt haben wir vor allem sehr schlechte Quartiere mit einer unzumutbaren Unterbringungsqualität. Und in den besseren, meist Privatwohnungen, sind die Flüchtlinge vielfach auch nach Abschluss ihres Verfahrens geblieben. Diese Plätze fehlen uns jetzt.

STANDARD: Warum ist es eigentlich so schwer, neuen Wohnraum für Asylwerber zu finden?

Ackerl: Ich gebe Ihnen ein Beispiel: In Linz wollten wir kürzlich 60 Plätze in einem ehemaligen Bürogebäude des Landes schaffen. Es hat sich herausgestellt, dass die Widmung nicht stimmt - und dass der Verwaltungsgerichtshof in einem ähnlichen Fall beschieden hat, dass Flüchtlingsunterbringung an einem solchen Ort nicht zulässig ist. Jetzt müssen wir umwidmen - das dauert.

STANDARD: Scheitert es oft nicht auch an der Intoleranz von Anrainern und Bürgermeistern?

Ackerl: Vetorecht haben diese bei der Flüchtlingsunterbringung keines: Ihre Einwände müssen schon berechtigt sein, etwa wenn sie mit dem Zustand des Objekts zu tun haben. Die meisten Proteste aber gehen von der FPÖ aus. In Wels etwa gibt es neben der Polizeidirektion ein in Besitz der Bundesimmobiliengesellschaft befindliches ehemaliges Polizeiwohnhaus. Dort könnten wir eine ganze Wohngruppe unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge unterbringen. Aber weil ein FP-Stadtrat dagegen aufgetreten ist, heißt es in der Polizei jetzt: kein Asylwerberquartier.

STANDARD: Sehen Sie derzeit überhaupt Chancen, neue Unterkünfte zu finden?

Ackerl: Wir sind am Überlegen, ob wir leerstehende gemeinnützige Wohnungen in peripheren Gemeinden anbieten können. Das Problem dabei ist, dass Flüchtlinge dort nach der Asylgewährung wenig Chancen haben, eine Arbeit zu finden.

STANDARD: Immerhin wäre das besser als Container - oder sehen Sie das anders?

Ackerl: Container sind in der derzeitigen Situation eine nötige Zwischenlösung. Und sie sind nicht einmal so schlecht - wenn es sich um gescheitete Container handelt. Natürlich, wenn es etwa leere Räume in Kasernen gibt: Auch dort können Asylwerber wohnen. (Irene Brickner, DER STANDARD, 27.10.2012)

Josef Ackerl (66) ist Vorsitzender der SPÖ Oberösterreich. In Asylfragen gilt er parteiintern als Querdenker und hat mehrfach Gesetzesverschärfungen kritisiert.

*Interview | Irene Brickner, 26. Oktober 2012, 17:58 | <http://derstandard.at/1350259492752>*

.....

### **Asyl: Schutz vor Verfolgung, kein Ticket für Einwanderer!**

Barbara Rosenkranz fordert die Umsetzung des Dublin-II-Abkommens.

Es ist wieder einmal so weit: Die Erstaufnahmestelle Traiskirchen platzt aus allen Nähten. Statt der 480, die für das Lager vertraglich vereinbart wurden, sind rund 1.500 Asylsuchende dort einquartiert. Die gebeutelten Anwohner sind zu Recht empört, denn die Belastungen für die Region Traiskirchen steigen mit der Belegungszahl massiv an.

Kommentar von Barbara Rosenkranz

Damit steigt auch der Druck auf die politischen Entscheidungsträger, bis es schließlich zu einem Treffen im Innenministerium kommt, das unter dem bedeutungsschwangeren Namen "Krisengipfel", endlich Probleme lösen soll. Die vermeintliche Lösung ist dabei seit Jahrzehnten die gleiche: Die Aufnahmestelle soll – vorübergehend - entlastet werden, indem die Asylwerber über die gesamte Republik aufgeteilt werden.

Doch das ist keine Problemlösung, sondern eine Problemverschiebung, die letztlich zu einer Problemverschärfung führen muss.

Denn es kommt zu einer ständigen Wiederholung dieses Phänomens. Ist die Erstaufnahmestelle halbwegs geleert, wird sie innerhalb kürzester Zeit wieder gefüllt. Dieser Eindruck erhärtet sich, wenn man die Statistiken der Asylanträge und Anerkennungsquoten studiert. Wie EU-Statistiken von Eurostat bekanntgaben, bewilligte Österreich 2011 weit mehr Asylanträge als der EU-Durchschnitt. Im vergangenen Jahr erhielten 30,8 Prozent der Antragsteller in erster Instanz einen positiven Entscheid. Der EU-Schnitt lag dabei nur bei 25,1 Prozent. Insgesamt wurden im Vorjahr von 22.570 Fällen 5.865 der Asylstatus anerkannt. (Die österreichische Anerkennungsrate nach endgültigen Berufungsentscheiden liegt bei 19,1 Prozent).

Asylrecht ist Schutz auf Zeit

Die Lösung der Schwierigkeit kann nur an der Wurzel gefunden werden. Es kann nicht sein, dass weiter unregelte Einwanderung unter dem Deckmantel des Asyls stattfindet. Es muss vielmehr wieder zum Kern des Asyl-Flüchtlingsschutzes der Genfer Konvention zurückgefunden werden. Demnach ist ein Flüchtling eine Person, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt [...]". Dabei ist in der Flüchtlingskonvention auch eine zeitliche Begrenzung vorgesehen. Eine Person verliert ihn, wenn sie "nach Wegfall der Umstände, auf Grund derer sie als Flüchtling anerkannt worden ist, es nicht mehr ablehnen kann, den Schutz des Landes in Anspruch zu nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt." Kurz: Asyl ist Schutz vor Verfolgung auf Zeit und kein einfacher Fahrschein für Einwanderer!

EU-Regelungen zu Österreich Gunsten werden nicht vollzogen

Österreich ist seit der Osterweiterung 2004 ein EU-Binnenland. Es dürfte daher eigentlich nur mit Asylverfahren von Menschen zu tun haben, die illegal über den außereuropäischen Luftraum ins Land gekommen sind. Würde die Bundesregierung das Dublin-II-Abkommen konsequent anwenden, das klar regelt, dass derjenige EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, der die Einreise in den EU-Raum veranlasst oder nicht verhindert hat, müsste sie sich gar nicht mit den Bundesländern über Aufnahmequoten streiten. Doch wenn eine klare Regelung der Europäischen Union einmal zu Österreichs Gunsten wirkt, wird sie von den sonst so "brüsselhörigen" Entscheidungsträgern nicht durchgesetzt. Eine entlarvende Erkenntnis über die rot-schwarze Asylpolitik, die endlich abgelöst werden muss.

26. Oktober 2012 - 11:33, Barbara Rosenkranz, <http://www.unzensuriert.at/content/0010546-Asyl-Schutz-vor-Verfolgung-kein-Ticket-f-r-Einwanderer>

.....

### **Kritik der Jugendanwälte an Asyl-Gipfel**

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs haben am Donnerstag massive Kritik an der Politik im Umgang mit Flüchtlingskindern geübt. "600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ohne Tagesstruktur, Betreuung und Schulumöglichkeit in einem Massenquartier monatelang 'unterzubringen' ist ein kinderrechtlicher Skandal", hieß es in einer Aussendung.

Von erfüllten Quotenplätzen zu sprechen sei "zynisch", an Kasernen als mögliche Aufenthaltsorte zu denken "unwürdig". Die Kinder- und Jugendanwaltschaften fordern u.a. die Schaffung eines kinder- und jugendgerechten Erstaufnahme- und Clearingzentrums mit beschränkter Dauer zur Abklärung und Planung der weiteren Schritte im Interesse des Kindes. Die jetzige Situation sei "eine Verhöhnung der UN-Kinderrechtskonvention".

Der Asylgipfel am Dienstag hatte keine verbindliche Lösung für jene fast 600 unbegleiteten Minderjährigen festgeschrieben, die in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen gestrandet sind, obwohl sie eigentlich in für ihre Betreuung geeigneten Einrichtungen untergebracht sein sollten. Im zwischen Bund und Ländern aufgesetzten Memorandum wurde nochmals ausdrücklich der Wille festgehalten, auch für diese Gruppe nach tauglichen Unterkünften zu suchen. Das Problem ergibt sich vor allem daraus, dass die Länder selbst aussuchen können, welche Asylwerber sie bei sich in die Grundversorgung aufnehmen - und Familien und schon ältere Flüchtlinge gelten als beliebter.

Quelle: APA

25.10.2012 um 18:04 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3150981>

.....

### **Lokalaugenschein Asyl-Drama um 570 Kinder**

FOTO: So leben die Asyl-Waisen wirklich - ÖSTERREICH-Reporter war im Lager. © TZ Österreich/Bruna

Dauerbrenner Asyl: Am Dienstag gab es wegen der akuten Situation (nur Wien und NÖ erfüllen ihre Quoten) einen Asylgipfel zwischen Ländern und der Bundesregierung. Der Beschluss: Die 1.000 Asylwerber, die derzeit zu viel im Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen leben, sollen endlich von den Ländern übernommen werden.

Betroffen sind 570 Jugendliche, die ohne Eltern nach Österreich kamen. Für sie gibt es im akut überfüllten Traiskirchen keinerlei adäquate Betreuung. Auch in die Schule dürfen sie nicht gehen.

Lokalausgang

ÖSTERREICH entdeckte beim Lokalausgang in Traiskirchen herzzerreißende Schicksale. Die beiden Cousins Serfi (13) und Serafim (14) I. wurden von ihren Eltern nach Europa geschickt, in Afghanistan hatten sie keine Chance. Die beiden erzählen von ihrem Leben im Lager. Was sie am meisten ärgert? „Wir haben nichts zu tun“, beklagt sich Serfi, „wir können nicht in die Schule.“ Serafim erzählt: „Dreimal in der Woche haben wir Deutschkurs, sonst nichts.“

Betreuung für die Kinder gibt es nicht. Sie müssen sich selbst die Zeit vertreiben: „Wir können Fußball spielen, aber da sind immer die Großen. Deswegen wandern wir herum, sonst haben wir nichts zu tun.“ Ob sie ihre Eltern vermissen, wollen wir am Ende wissen: „Sehr, aber wenn ich groß bin und arbeiten gehen darf, hole ich sie nach.“

ÖSTERREICH: Wie lange seid ihr schon in Traiskirchen?

Serfi: Wir sind vor zwei Monaten hierher gekommen, unsere Eltern haben uns nach Europa geschickt. „Hier könnt ihr was werden“, sagten sie.

ÖSTERREICH: Wie geht es euch in Traiskirchen?

Serafim: Es sind viele Kinder da, das ist gut. Aber wir haben fast nichts zum Spielen. Und wir sind den ganzen Tag auf uns allein gestellt.

Serafim: Es ist oft fad, weil wir nichts tun können.

ÖSTERREICH: Geht ihr in die Schule?

Serafim: Nein, das dürfen wir nicht, wir haben aber dreimal in der Woche Deutschkurse.

ÖSTERREICH: Was wünscht ihr euch denn?

Serfi: Wir wollen in die Schule gehen können. Ich will lernen, studieren.

Serafim: Ich möchte bald Geld verdienen, dann kann ich meine Eltern zu mir holen.

Autor: (pli)

24. Oktober 2012 23:32, <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Traiskirchen-Asyl-Drama-um-570-Kinder/82848083>

.....

## **Die Furcht vor den fremden und den eigenen Bürgern**

OLIVER PINK (Die Presse)

Wenn es um die Unterbringung von Asylwerbern geht, wird Solidarität verlässlich zum Fremdwort. Man kann das auch irgendwie verstehen. Man sollte es nur nicht.

Es gibt für einen Bürgermeister sicher lohnendere Aufgaben, als ein Heim für Asylwerber errichten zu lassen. Man frage nur jenen von Eberau. In der südburgenländischen Marktgemeinde sollte vor drei Jahren ein Erstaufnahmezentrum für 300 Asylwerber gebaut werden. Der Ortschef, der dieses Projekt bewilligt hatte, wurde daraufhin zum Feindbild seiner Bürger. Bei einer Volksbefragung stimmten dann 90Prozent gegen das Vorhaben.

Und es gibt auch für einen Landeshauptmann wahrscheinlich lohnendere Aufgaben, als sich mit widerspenstigen Bürgermeistern, die nicht zuletzt daraus ihre Lehre gezogen haben, herumzuplagen. Dass allerdings die Salzburger Landesregierung vor dem gestrigen „Asylgipfel“ via ORF-Radio ausrichten ließ, man verstehe nicht, wieso die Bundesländer ihre Quotenvorgaben zu 100Prozent erfüllen sollen, wenn Wien seine Quote ohnehin mit 140Prozent übererfülle, ist dann schon ein starkes Stück. Die SPÖ-geführte Landesregierung wohlgermerkt. Solidarität, ein Wert, der sonst in der Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit hochgehalten wird, ist in der Burgstaller-Sozialdemokratie anscheinend nicht so gefragt, wenn es um die – zweifellos nicht angenehme – Unterbringung von Flüchtlingen geht.

Letztlich stehen einander Menschen mit Ängsten gegenüber. Die Asylwerber auf der einen Seite, in einem fremden Land mit ungewisser Zukunft, möglicherweise traumatisiert und in Angst vor Verfolgung in der alten Heimat. Die Einheimischen auf der anderen, skeptisch gegenüber der Lebensart fremdländisch aussehender Menschen, die keiner geregelten Tätigkeit nachgehen. Und dass in den Köpfen der angestammten Bürger der Konnex Asyl und Kriminalität herumschwirrt, kann man ihnen zwar auszureden versuchen. Aber es wird wenig nützen: Er ist da.

So edel, hilfreich und gut ist der Mensch dann auch wieder nicht, dass er jeden, selbst wenn er in Not ist, mit offenen Armen empfängt. Zumal es ja auch noch Parteien gibt, die daraus ihre politische Daseinsberechtigung beziehen und mit ebendiesen Ängsten spielen.

Die Unterbringung von Asylwerbern ist ein heikles Unterfangen. Bei dem jedes Bundesland seinen Beitrag leisten muss. Denn letztlich geht es dabei nicht nur um Solidarität, sondern auch um Gerechtigkeit – zwischen den einzelnen Bundesländern. Dass das Bundesland Wien seine Quote zu 43,2 Prozent übererfüllt, ja übererfüllen muss, ist unsolidarisch und ungerecht. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass sich eine Großstadt mit den Betreuungseinrichtungen leichter tut und dort auch einfach mehr Menschen stranden.

Neben Wien hat bisher nur Niederösterreich die Quote erfüllt. Knapp 1500 Asylwerber sind derzeit im Flüchtlingslager Traiskirchen untergebracht. Darunter 580 unbegleitete Minderjährige – die allerdings oft „vorgeschickt“ werden, da sie bessere Chancen auf Asyl haben. Nichtsdestoweniger ein unhaltbarer Zustand. Kinder dürften dort eigentlich gar nicht untergebracht sein.

Wie die Geschichte in Eberau politisch ausgegangen ist? Ambivalent. Der ÖVP-Bürgermeister, der das Erstaufnahmezentrum forciert hat, ist nun zur Gemeinderatswahl Anfang Oktober nicht mehr angetreten. Seine Partei hielt allerdings die absolute Mehrheit und stellt auch wieder den Bürgermeister. Ihren Ärger sind die Bürger also anscheinend schon bei der Volksbefragung losgeworden.

Allerdings sieht man daran: Man kann nicht über alles abstimmen lassen. In keiner österreichischen Gemeinde würde sich wohl eine Mehrheit für ein Asylzentrum finden. Bisweilen müssen die Politiker selbst Entscheidungen treffen – auch wenn sie unpopulär sein mögen. Aber das unterscheidet eben einen guten von einem mittelmäßigen Politiker. Wenn er aus Verantwortungsbewusstsein das Notwendige tut – nicht zuletzt, indem er auch über den eigenen Schrebergarten hinausblickt.

Die Landeshauptleute haben beim Asylgipfel im Kanzleramt nun immerhin zugesichert, tausend Flüchtlinge aus Traiskirchen quotengerecht auf ihre Länder zu verteilen. Gabi Burgstaller ließ sich dabei übrigens vertreten.

E-Mails an: [oliver.pink@diepresse.com](mailto:oliver.pink@diepresse.com)

*("Die Presse", Print-Ausgabe, 24.10.2012, Asylgipfel Seite 1) 24.10.2012, <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/1304732>*

.....

### **Asyl: Lösung für minderjährige Flüchtlinge fehlt**

Für die mehr als 500 Jugendlichen, die im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen leben, brachte der Asylgipfel keine Lösung. Flüchtlings-Organisationen fordern nun eine eigene Quote und mehr Geld für eine adäquate Unterbringung.

Die Bundesländer sollen bis Ende November 1000 erwachsene Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen aufnehmen. Das wurde am Dienstag beim Asylgipfel zwischen Bundesregierung und Ländervertretern vereinbart. Doch was geschieht mit den über 500 unbegleitete minderjährigen Flüchtlingen, die derzeit in Traiskirchen untergebracht sind?

In dem gestern ausgearbeiteten Memorandum steht dazu nur so viel: "Die Bundesländer werden unbegleitete Minderjährige aus Traiskirchen ehestmöglich übernehmen." Eine konkrete Frist wird nicht genannt, ebenso fehlt eine - von Flüchtlingsorganisationen schon lange geforderte - eigene Quotenregelung für Kinder und Jugendliche.

Michael Landau, Direktor der Wiener Caritas, bewertet die Situation gegenüber dem Ö1-"Morgenjournal" am Mittwoch so: "Ich hätte mir beim Thema Minderjährige vom Gipfel mehr Tempo erwartet. Es wird zu wenig sein, geflüchtete Kinder und Jugendliche vom Großlager in Kasernen oder Container zu übersiedeln. Kinder brauchen kindgerechte Betreuung und auch eine entsprechende Tagesstruktur."

### **Versorgungsdefizite**

Die Flüchtlingsbetreuungs-Organisationen orten aber noch weitere Missstände. So fehle etwa Geld für die Versorgung von Jugendlichen. "Es ist, das ist uns ganz klar, schwierig, für Jugendliche geeignete Plätze zu schaffen. Man braucht Vorbereitungsarbeiten, auch Personal mit der richtigen Ausbildung. Das Entscheidende ist, dass Bund und Länder die finanziellen Mittel in die Hand nehmen", betont Heinz Fronek vom Verein Asylkoordination im Ö1-Interview.

Ein Schritt in diese Richtung scheint sich nun abzuzeichnen. VP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner will offenbar Gespräche mit den Jugendwohlfahrtsreferenten der Bundesländer führen. Auch hatte sie nach dem Asylgipfel am Dienstag eine Erhöhung der Grundversorgung für Minderjährige nicht ausgeschlossen und ein Gespräch "in den nächsten Tagen" angekündigt.

"Es gibt keine halben Kinder"

Derzeit werden pro Minderjährigem je nach Alter zwischen 1110 und 2250 Euro monatlich zur Verfügung gestellt - für Unterkunft, Versorgung und Betreuung. Zum Vergleich: Heimkindern aus Österreich werden meist rund 4500 Euro zur Verfügung gestellt. Fronek: "Wir haben die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, wir haben die Kinderrechtskonvention unterzeichnet, das heißt, es geht nicht um Almosen, sondern es geht um ein Recht, das diese jungen Menschen hier in Österreich haben."

Auch Michael Chalupka, Direktor der evangelischen Diakonie, kritisiert die fehlenden Ressourcen. Die vorgesehenen 2250 Euro würden nicht ausreichen, da die Kinder oft traumatisiert wären und eine spezielle Betreuung benötigten. "Wir brauchen hier die gleiche Qualität der Betreuung, wie wir sie für österreichische Kinder auch hätten. Es gibt keine halben Kinder, wie es Christian Moser von SOS-Kinderdörfer gesagt hat. Die brauchen ein Bett, und kein halbes. Die essen auch nicht die Hälfte, die brauchen auch nicht einen halben Betreuer, sondern einen."

#### Minderjährige Asylwerber

Gemäß einer Grundsatzvereinbarung zwischen Bund und Ländern sollten minderjährige Flüchtlinge ohne erwachsene Begleitperson erst gar nicht in den Erstaufnahmezentren Traiskirchen (NÖ) und Thalham (OÖ) untergebracht werden. Tatsächlich sind laut VP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner derzeit aber 580 unbegleitete Minderjährige in dem mit 1500 Asylwerbern überfüllten Flüchtlingslager Traiskirchen untergebracht. (Red.)

24.10.2012 | 09:12 | (DiePresse.com) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1304881>

.....

#### **1000 Asylwerber mehr in den Bundesländern**

Angesichts der angespannten Situation wird auf Druck des Bundes das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen bis Ende November entlastet. Säumige Bundesländer werden stärker in die Pflicht genommen.

Wien. Die Bundesregierung rechnet damit, dass der Strom an Flüchtlingen nach Österreich noch stärker wird. Schon bis Ende September wurde mit 12.510 Asylanträgen ein Zuwachs von knapp 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen drängen sich fast 1500 Asylwerber. Bisher funktioniert die Aufteilung nicht: Sieben Bundesländer – Wien und Niederösterreich sind die Ausnahmen – beherbergen weniger Asylwerber als gemäß Bevölkerungszahl schon 2004 vereinbart.

Angesichts der angespannten Situation kam es am Dienstag bei einem „Asylgipfel“ zwischen der Bundesregierung und den Landeshauptleuten (Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller wurden vertreten) zu einem neuen Pakt über die Unterbringung. Auf Druck des Bundes sollen bis 30. November rund 1000 Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in Privatquartiere in den Ländern übersiedeln. Die Aufteilung gilt auch für unbegleitete minderjährige Asylwerber; für diese ist aber noch ein Pakt wegen höherer Kosten offen.

#### Provisorisch in Kasernen und Containern

Der Teil des Bundes bei dieser Abmachung: Gibt es nicht genug Privatquartiere, sichert die Regierung „bei Bedarf“, wie es im Memorandum heißt, das der „Presse“ vorliegt, „provisorische Unterkünfte“ zu. Laut Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, die mit Kanzler Werner Faymann, Vizekanzler Michael Spindelegger und Verteidigungsminister Norbert Darabos für den Bund teilnahm, seien dies Plätze in Kasernen und Containern. Oberösterreich und Salzburg haben bereits signalisiert, dass es Probleme gebe.

Mikl-Leitner sieht dennoch durch die schriftliche Abmachung sichergestellt, dass nun die Asylquoten der Länder eingehalten werden: „Ich gehe davon aus, dass diese Vereinbarung auf Punkt und Beistrich eingehalten wird“, erklärte sie der „Presse“. Zugleich seien damit „alle Länder angehalten, die laufenden Asylströme zu bewältigen“. Salzburg muss mindestens 170 Asylwerber mehr unterbringen, Oberösterreich 250, Tirol 110, Kärnten 150, Vorarlberg 80, das Burgenland 20. Weitere 220 sollen in der Steiermark, Niederösterreich und Wien bleiben.

#### Auf einen Blick

Neue Vereinbarung. Bundesländer und Bund bekennen sich zum Pakt über die Grundversorgung von Asylwerbern aus dem Jahr 2004. Darin ist fixiert: Die Aufteilung erfolgt gemäß Bevölkerungszahl. Sieben Länder (außer Wien und Niederösterreich) haben dies bisher nicht eingehalten. Nun sollen bis 30. November rund 1000 Asylwerber aus Traiskirchen in die Länder übersiedeln.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 24.10.2012) 23.10.2012 | 19:50 | KARL ETTINGER (Die Presse) | <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/1304724>

.....

## **Südeuropa hauptbetroffen: EU findet keine Einigung über Lastenteilung**

Die Europäische Union macht nur Fortschritte bei gemeinsamen Standards.

Wien. Die Umbrüche in den arabischen Ländern haben im vergangenen Jahr die Flüchtlingsströme in Richtung Südeuropa verschoben. Mitteleuropäische Länder wie Österreich sind nicht mehr hauptbetroffen. Mit 1715 Asylwerbern pro Million Einwohner liegt Österreich mittlerweile auf Platz sechs der EU-Mitgliedsländer. In Malta kommen mittlerweile 4525, in Zypern 2200 Asylwerber auf eine Million Einwohner. Bei absoluten Zahlen liegt Frankreich mit 56.250 Asylwerbern pro Jahr vor Deutschland und Italien an der Spitze.

Die EU-Staaten haben sich zwar 2004 im sogenannten „Haager Programm“ prinzipiell für eine Lastenteilung ausgesprochen. Doch sperren sich zahlreiche Länder – darunter auch Österreich und Deutschland – dagegen. Das Innenministerium argumentiert, dass Österreich während der Balkan-Kriege, als es selbst hauptbetroffen war, auch keine Unterstützung erhalten habe.

Erste Fortschritte gibt es nur bei gemeinsamen europäischen Standards im Asylverfahren. Erst kürzlich wurde im Europaparlament eine Einigung über eine Reform des „Dubliner Abkommens“ erzielt. Das Abkommen verpflichtet jenes EU-Land, ein Asylverfahren durchzuführen, in dem Flüchtlinge zuerst um Aufnahme angesucht haben. Die neue Regelung soll die Zurückweisung von Flüchtlingen in das Erstaufnahmeland beschleunigen und stellt klar, dass Asylwerber nicht in ein Land abgeschoben werden dürfen, in dem es „systematische Fehler“ in den Anerkennungsverfahren gibt. Auch sollen Asylwerber, deren Verfahren länger als neun Monate dauert, die Möglichkeit bekommen, eine Arbeit aufzunehmen.

Die Lastenaufteilung wurde zwar zuletzt von Italien gefordert. Grund war ein Massenansturm auf die Insel Lampedusa. Aber selbst für Länder wie Frankreich, die aktuell einen starken Zustrom von Asylwerbern verzeichnen, hat das derzeit keine Priorität.

*(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 24.10.2012) 23.10.2012 | 18:20 | WOLFGANG BÖHM (Die Presse) | <http://diepresse.com/home/politik/eu/1304721>*

.....

### **Aus Traiskirchen Länder müssen 1.000 Asylwerber aufnehmen**

VIDEO: (Bild: APA/HERBERT PFARRHOFER)

Die Bundesländer werden bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in Niederösterreich aufnehmen. Das wurde am Dienstag beim Asylgipfel zwischen Bundesregierung und Ländervertretern im Kanzleramt vereinbart. Ziel ist es, dass die Länder Privatquartiere schaffen. Sollte dies nicht überall möglich sein, so wird der Bund aushelfen, zum Beispiel mit Kasernen. Die meisten der Traiskirchner Flüchtlinge werden nach Oberösterreich und Salzburg gebracht, wo die Aufnahmequoten derzeit bei Weitem nicht erfüllt sind.

Verteilt werden sollen die 1.000 Asylwerber entsprechend der bereits bestehenden Quote. Per Memorandum haben sich die Bundesländer konkret dazu verpflichtet, ihre Quoten zumindest zu 88 Prozent zu erfüllen. Das bedeutet, dass das Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bis 30. November ihre Rückstände reduzieren und Quartiere für Asylwerber schaffen müssen. 780 Asylwerber werden dann auf diese sechs Länder verteilt.

OÖ und Salzburg haben größten Nachholbedarf

Oberösterreich soll 250 Personen übernehmen, weil das Land mit einem Rückstand von 650 am weitesten von der 88-prozentigen Quotenerfüllung entfernt ist. Salzburg soll seinen Rückstand von 320 auf zumindest 150 abbauen, was 170 zusätzliche Aufnahmen bedeutet. Kärnten muss laut dem Papier 150, Tirol 110, Vorarlberg 80 und das Burgenland 20 Asylwerber mehr übernehmen, um das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen zu entlasten.

Die verbleibenden 220 Flüchtlinge sollen dann auf Quartiere in Wien, Niederösterreich und der Steiermark aufgeteilt werden. Da dort die Quoten derzeit zu 95 (Steiermark) bzw. 100 Prozent erfüllt sind, wird im Memorandum keine Zahl vorgegeben, sondern nur festgehalten, dass diese Länder "im Sinne der gesamtstaatlichen Aufgabe und Verpflichtung der Unterbringung und Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden [...] weiterhin verstärkt zur Entlastung der Betreuungsstellen durch Übernahmen beitragen" werden.

Im Notfall Container und Kasernen als Quartiere

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner betonte, das Ziel sei, dass die Länder aus eigener Kraft Privatquartiere für die aus Traiskirchen zu übernehmenden 1.000 Asylwerber aufstellen. Nur dort, wo es notwendig ist, werde es Unterstützung des Bundes geben.

Neben einer Öffnung von (stillgelegten) Kasernen könnten auch Container - ähnlich wie für Schulen oder Kindergärten bei einer baubedingten Umsiedelung - aufgestellt werden. Diese Quartiere sollten aber dann aber trotzdem nur eine Übergangslösung sein. Die Länder würden damit nicht aus der Pflicht genommen, entsprechend viele Privatquartiere zu schaffen. Eventuellen Bedarf für Hilfe des Bundes sieht die Ressortchefin in Salzburg und Oberösterreich.

Regierungsspitze zufrieden

Die Regierungsspitze zeigte sich mit der Einigung zufrieden. Bundeskanzler Werner Faymann sprach von einer gemeinsamen Lösung. Man werde das Problem gemeinsam bewerkstelligen, dies sei mit dem Memorandum gewährleistet. Faymann zeigte sich insbesondere erfreut darüber, dass man sich nicht nur auf Allgemeinplätze verständigt hat, sondern dass man auch einen konkreten Termin und konkrete Maßnahmen festgeschrieben habe.

Vizekanzler Michael Spindelegger sagte: "Wir haben ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann." Man werde nun bis Ende November Fakten schaffen. Das konkrete Ziel laute, bis Ende November "mit Traiskirchen ins Reine zu kommen". Er verwies darauf, dass der Flüchtlingsstrom nicht abreisen werde, vor allem aufgrund der Lage im Nahen Osten.

Pröll: "Ein ganz großer Schritt"

Auch Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll zeigte sich mit der Einigung zufrieden. Er bezeichnete die Vereinbarung als "ganz großen Schritt in die richtige Richtung". Aus niederösterreichischer Sicht sei wichtig, dass man auf deutlich unter 1.000 Flüchtlinge komme. Pröll selbst rechnet mit dem Verbleib von 700 bis 800 Asylwerbern in Niederösterreich.

"Ich werde mir das minutiös anschauen", ist der Landeshauptmann allerdings noch ein wenig skeptisch, wie die Vereinbarung mit den anderen Bundesländern eingehalten wird. Er erhofft sich vor allem eine Entlastung des Erstaufnahmezentrums in Traiskirchen. Diese müsse vor den Wintermonaten geschehen, um für die Asylwerber ein "menschenwürdiges Leben" zu ermöglichen.

Dörfler: "Es wird nicht einfach sein"

Für den Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist die gefundene Lösung realisierbar. Allerdings: "Es wird nicht einfach sein." Kärnten hat sich verpflichtet, bis Ende November 150 Asylwerber mehr aufzunehmen, um die Quote zu erfüllen. Geprüft werde derzeit auch, ob eine Kaserne als Unterbringungsmöglichkeit infrage kommt.

Für Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl ist es wichtig, dass sich alle Bundesländer solidarisch zeigen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass man dies schaffen werde.

Bürgermeister: Ist- Zustand "traurig für Österreich"

Traiskirchens Bürgermeister Fritz Knotzer hofft nach der Vereinbarung auf Nachhaltigkeit. "Wichtig ist es, dass die Solidarität der säumigen Bundesländer diesmal eine nachhaltige ist und dass die getroffenen Vereinbarungen nicht wiederum nach kurzer Zeit oder vor diversen Wahlkämpfen negiert werden", so Knotzer. Dies sei nämlich schon zu oft der Fall gewesen.

Er werde die kommenden Entwicklungen jedenfalls genau beobachten. Seine Stadt sei seit Jahrzehnten bereit, für die Republik seinen solidarischen Beitrag im Asylwesen zu leisten, so Knotzer. Ein solches "Massenlager", wie es sich jetzt im völlig überfüllten Erstaufnahmezentrum darbiete, sei menschlich und politisch "traurig für Österreich und völlig inakzeptabel".  
red/AG

23.10.2012, 18:33, [http://www.krone.at/Laender\\_muessen\\_1.000\\_Asylwerber\\_aufnehmen-Aus\\_Traiskirchen-Story-338382](http://www.krone.at/Laender_muessen_1.000_Asylwerber_aufnehmen-Aus_Traiskirchen-Story-338382)

.....

## **Asyl Länder-Streit um Quoten**

FOTO: Nach wie vor erfüllt der Großteil der Länder seine Unterbringungsquoten nicht  
Außenaufnahme des Asylwerberheims in Traiskirchen. © Bild: APA/Hans Klaus Techt

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Österreich sorgt wieder einmal für Probleme. Nur zwei Bundesländer, nämlich Wien und Niederösterreich, nehmen die vereinbarten Kontingente auf. Daher lädt das Bundeskanzleramt heute zu einer Art Krisengespräch, bei dem die säumigen Länder zur Erfüllung ihrer Quoten gedrängt werden sollen.

Wer wie viele Asylwerber aufzunehmen hat, ist in einer Bund/Länder-Vereinbarung zur Grundversorgung festgelegt. Die Quoten richten sich dabei nach der Einwohnerzahl. Finanziert wird die Grundversorgung zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern.

Unterzubringen sind derzeit laut Innenministerium knapp 20.000 Personen, konkret 19.886 mit Stand Freitag. Wien und Niederösterreich übererfüllen ihre Quote dabei deutlich, die Bundeshauptstadt um gleich 43,3 Prozent. In absoluten Zahlen heißt das: Wien müsste 4.039 Flüchtlinge versorgen, tut es aber bei 5.790. Niederösterreich überschreitet die Quote um sieben Prozent.

#### Schlusslicht Salzburg

Die übrigen Länder halten sich teils bei weitem nicht an die Vorgaben. Relativ knapp dran ist noch die Steiermark mit minus 4,6 Prozent. Dahinter folgen schon mit deutlichem Abstand das Burgenland mit minus 15,9, Tirol mit minus 18,9 und Oberösterreich mit minus 19,9 Prozent. Dass es hier schon um große Personengruppen geht, zeigt sich z.B. in Oberösterreich, das 3.349 Menschen unterbringen sollte. Tatsächlich sind es aber nur 2.683. Freilich gibt es prozentuell noch größere Quotensünder, nämlich Vorarlberg mit minus 20,9 Prozent, Kärnten mit minus 22,3 und vor allem Salzburg mit minus 25,2 Prozent.

#### Überbelegung in Traiskirchen

Akut geworden ist die Debatte in letzter Zeit wieder durch den Anstieg der Belegzahlen in Traiskirchen. Eine Grundsatzvereinbarung der damaligen Innenministerin Maria Fekter mit Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll schreibt fest, dass in der örtlichen Erstaufnahmestelle nicht mehr als 480 Personen untergebracht werden sollten. Tatsächlich sind es derzeit 1.463. Die Stadt Traiskirchen hat bereits die Prüfung eines bau- und feuerpolizeilichen Aufnahmestopps angekündigt. Das Innenministerium betont freilich, dass nicht von Überfüllung gesprochen werden könne, seien in Traiskirchen doch schon über 3.000 Flüchtlinge untergebracht gewesen. Trotzdem bemühe man sich, die politische Vereinbarung einzuhalten. Würden die anderen Länder ihre Quoten einhalten, gäbe es in Traiskirchen die aktuellen Probleme nicht.

#### Lösung für Kinder gefordert

Prominente Hilfsorganisationen fordern vom Asyl-Gipfel eine Lösung der Kinder-Problematik. Insgesamt rund 600 unbegleitete Minderjährige (bis 18) sind derzeit in Traiskirchen untergebracht. Ausgerichtet ist man dort laut Heinz Fronек von der Asylkoordination für gerade einmal 78. Caritas, Diakonie und SOS Kinderdorf verlangten nun in einer gemeinsamen Pressekonferenz der Initiative "Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis" vor allem von den Ländern, ihre Quoten zu erfüllen.

#### Negativbeispiel Neusiedl

Das Problem der Unterbringung war jüngst öffentlich geworden, als sich die eigentlich zuständige Bezirkshauptmannschaft Neusiedl weigerte, fünf Kinder aufzunehmen, die über das Burgenland nach Österreich gekommen waren, aber letztlich in der Traiskirchener Erstaufnahmestelle gestrandet waren. "Fünf Kinder haben ein ganzes Bundesland überfordert?", fragte Christian Moser von SOS-Mitmensch. Immerhin: Für diese Jugendlichen zeichnet sich eine Lösung mit einer adäquaten Unterbringung in Neudörfel ab, berichtete Landau.

#### Kostenfrage

Dass sich die Länder sträuben, Jugendliche aufzunehmen, ist in erster Linie eine Kostenfrage, da hier die Betreuungskosten höher liegen als für Erwachsene. Dies führt laut Fronек zur absurden Situation, dass 17-Jährige oft monatelang in Traiskirchen festsitzen, bis sie 18 und damit volljährig und so leichter zu vermitteln sind.

*Dienstag, 23. Oktober 2012 von apa/red - 19, <http://www.news.at/a/asyl-laender-streit-quoten>*

:::::

#### **Asylgipfel: Entlastung für Traiskirchen?**

Im Bundeskanzleramt findet heute ein Krisengespräch zum Thema Asyl statt. Dabei soll es um die Unterbringung von Flüchtlingen gehen, denn nur die beiden Bundesländer Wien und NÖ nehmen so viele Flüchtlinge auf wie vorgesehen.

Knapp 20.000 Flüchtlinge müssen nach Angaben des Innenministeriums in Österreich zur Zeit betreut werden. Sieben der neun Bundesländer nehmen allerdings nicht so viele Flüchtlinge auf, wie sie laut Vereinbarung sollten - mehr dazu in Die Asylquotensünder der Länder. Nun will sie das Bundeskanzleramt dazu drängen, die festgelegten Quoten zu erfüllen.

Doch das wird keine einfache Aufgabe, denn die meisten Länder erklären sich prinzipiell zwar bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ein Mangel an geeigneten Quartieren hindere sie aber, die Quote zur Gänze zu erfüllen. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) will das nicht länger hinnehmen. Er fordert, ebenso wie der Bürgermeister von Traiskirchen, Fritz Knotzer, dass nach dem Gipfel am Dienstag mit der Verteilung von Flüchtlingen in die Länder begonnen werde - mehr dazu in Asyl: Traiskirchen prüft Aufnahmestopp.

Hilfsorganisationen wollen Lösung für Kinder

Hilfsorganisationen verlangen unterdessen eine Lösung der Kinder-Problematik. Im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sind zur Zeit 600 Minderjährige ohne Begleitung untergebracht. Dort können sie weder eine Schule besuchen, noch Deutsch lernen.

23.10.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2555657/>

.....

### **Nach Asylgipfel: Korun kritisiert Aussparung minderjähriger Flüchtlinge**

FOTO: "Kinder gehören nicht ins Großlager" - unter diesem Motto fand eine Aktion von SOS Mitmensch, Amnesty International und der Caritas statt. foto: [derstandard.at/burg](http://derstandard.at/burg)

FOTO: Aktion vor dem Bundeskanzleramt in Wien. Im Hintergrund die Vorbereitungen für den Nationalfeiertag. foto: [derstandard.at/burg](http://derstandard.at/burg)

Grüne Integrations Sprecherin: Nicht auszuschließen, dass es zu einer Klage durch die EU kommt

"Es ist ein positives Signal, dass seit Jahren säumige Bundesländer versprechen, Unterbringungsplätze zu schaffen", sagt Alev Korun, Integrations Sprecherin der Grünen, über die Asylgipfelgespräche der Bundesregierung vom Dienstag. Doch die Frage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge habe die Regierung wiederum ausgeklammert. "In letzter Konsequenz ist es nicht auszuschließen, dass es zu einer Klage durch die EU kommen könnte", sagt Korun im Gespräch mit [derStandard.at](http://derStandard.at).

[derStandard.at](http://derStandard.at): Sie haben vor dem Asylgipfel gegen die Bedingungen protestiert, unter denen fast 600 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen leben müssen. Was kritisieren Sie?

Korun: Die Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hat in den letzten beiden Jahren sehr stark zugenommen, das ist auch der europäische Trend. Umso mehr brauchen wir jetzt endlich Einrichtungen, in denen diese Kinder altersgerecht untergebracht werden können.

In Traiskirchen haben wir diese Strukturen nicht. Diese Kinder sind großteils im "Frauenhaus" des Lagers mit untergebracht und haben niemanden, der sich ihrer Rechte umfassend im Rahmen einer Obsorge annimmt. Viele von ihnen gehen monatelang in keine Schule. Diese Kinder werden an ihrer Entwicklung behindert und ihrer Zukunft beraubt.

[derStandard.at](http://derStandard.at): Die EU hat Mindestnormen für die Aufnahme von AsylwerberInnen definiert: Für unbegleitete Minderjährige soll möglichst früh ein Vormund bestellt werden, sie müssen Zugang zu Bildung haben. Sie sagen, das passiert in Österreich nicht. Ist eine Klage der EU denkbar?

Korun: Mit der jetzigen Situation brechen wir internationales und unser eigenes Recht. Es gibt die UN-Kinderrechtskonvention und das Haager Übereinkommen zum Schutz von Minderjährigen. Die UN-Kinderrechtskonvention haben wir unterzeichnet. Und wir haben selbst Jugendwohlfahrtsgesetze. Das Burgenland verletzt sein eigenes Jugendwohlfahrtsgesetz, ebenfalls andere Bundesländer, wenn sie minderjährige Flüchtlinge nicht versorgen.

In letzter Konsequenz ist es nicht auszuschließen, dass es zu einer Klage durch die EU kommen könnte. Ich habe bereits letzte Woche eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Eisenstadt eingebracht wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch wegen Nichtübernahme der Obsorge von fünf Minderjährigen, die im Burgenland aufgegriffen worden waren.

[derStandard.at](http://derStandard.at): Wie kann sich die Zivilgesellschaft in dieser Sache engagieren?

Korun: Letzte Woche wurde bekannt, dass ein vierjähriges kosovarische Kind, das noch in den Windeln war, vom Burgenland nach Traiskirchen geschickt worden war. Ich bin selbst Mutter eines vierjährigen Kindes. Wenn ich mir vorstelle, mein Kind steht alleine auf der Straße, und ein Bundesland sagt, das interessiert uns nicht, das schicken wir in ein Großlager, läuft es mir kalt über den Rücken.

Ich bin sicher, dass alle Menschen in unserem Land diese Vorgangsweise für ihr eigenes Kind oder für ihre Nichte oder ihren Neffen ablehnen. Wenn alle die Stimme erheben, etwa in Form von Protestbriefen oder Kundgebungen, dann muss die Regierungspolitik endlich aktiv werden.

derStandard.at: Das Innenministerium verweist bei der Verantwortung oft auf die Länder. Die sagen wiederum, sie erhalten vom Bund nicht genug Geld, um Asylwerber adäquat zu betreuen.

Korun: Es liegt an den Bundesländern und an der Innenministerin, gemeinsam die Erhöhung der Tagessätze zu beschließen. Beide sind verantwortlich. Beide müssen aktiv werden, denn sonst macht sich die Politik gänzlich unglaubwürdig. Verantwortungsvolle Politik sollte Probleme gar nicht erst entstehen lassen. Die Probleme, die wir jetzt mit der Unterbringung haben, müssten wir nicht haben. Sie sind leider hausgemacht.

derStandard.at: Beim Asylgipfel wurde nun vereinbart, dass 1.000 Flüchtlinge aus Traiskirchen auf andere Bundesländer verteilt werden. Ist das die Lösung des Problems?

Korun: Es ist ein positives Signal, dass seit Jahren säumige Bundesländer versprechen, Unterbringungsplätze zu schaffen. Die Frage der Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen wurde aber nach derzeitigem Wissensstand völlig ausgeklammert. Ohne eine kindgerechte Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen wird das derzeitige Problem nicht gelöst sein. Derzeit müssen 570 unbegleitete Minderjährige im Großlager Traiskirchen ausharren.

derStandard.at: Was fordern Sie nun der Regierung und den Bundesländern?

Korun: Es braucht den Aufbau von Einrichtungen, die kindgerecht unterbringen und versorgen. Das sind nicht irgendwelche Gasthäuser, wo derzeit volljährige Asylwerber oder Familien wohnen. Die Jugendwohlfahrtsbehörden müssten auch bei allen unbegleiteten Minderjährigen die Obsorge übernehmen und sich um ihre Belange kümmern. (Katrin Burgstaller, derStandard.at, 23.10.2012)

Alev Korun, geboren 1969 in Ankara, ist Sprecherin für Migration, Integration und Menschenrechte der Grünen.

*Interview | Katrin Burgstaller, 23. Oktober 2012, 17:51 | <http://derstandard.at/1350259165697>*

.....

## **Schwierige Suche nach Asylheimen**

In Wien hat am Dienstag der Asylgipfel stattgefunden, weil sieben Bundesländer, darunter Kärnten, ihre Asylquote nicht erfüllen. Laut LH Gerhard Dörfler (FPK) ist es schwierig, ein Quartier für Flüchtlinge zu finden. Die betroffenen Gemeinden dementieren dies allerdings.

An dem Asylgipfel im Bundeskanzleramt in Wien nahmen neben Kanzler, Vizekanzler und den zuständigen Ministern auch alle neun Landeshauptleute teil, erste Ergebnisse werden für den Nachmittag erwartet. Da sieben Bundesländer ihre Quote nicht erfüllen, bleibt der Bund auf 2.000 Asylwerbern sitzen. Bereits im Sommer forderte die Innenministerin die Länder auf, die Quoten zu erfüllen, beim Gipfel am Dienstag will sie erneut darauf drängen, was schließlich in einem Memorandum auch festgehalten wurde.

Lediglich Wien und Niederösterreich erfüllen ihre mit dem Bund vertraglich festgelegte Asylquote. Kärnten gehört zu jenen Ländern, die die Quote am deutlichsten unterschreiten. Statt wie vorgesehen 1.324 Flüchtlinge werden nur 1.028 betreut (ein Minus von 22,3 Prozent). Damit ist Kärnten vorletzter bei der Aufnahme von Flüchtlingen, Schlusslicht ist Salzburg.

Noch kein zusätzlicher Flüchtling aufgenommen

Nach dem Mahnschreiben von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sicherte Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) zu, dass die mit dem Bund vereinbarte Quote erfüllt würde und schon ab Oktober zusätzlich 150 bis 200 Asylwerber aufgenommen werden. Jetzt, Ende Oktober, ist allerdings noch kein einziger zusätzlicher Flüchtling nach Kärnten gekommen.

Dörfler begründet das damit, dass jene drei Gemeinden, in denen Asylantenheime eingerichtet werden sollen - nämlich Ferlach, Arnoldstein und St. Kanzian - diese boykottieren würden. Diesen Vorwurf weisen die drei Bürgermeister zurück. Das Land hätte bisher mit keinem von ihnen über ein geplantes Asylheim gesprochen, sie selbst hätten davon lediglich aus den Medien erfahren.

Keine Gespräche mit Gemeinden

In Ferlach sei nicht einmal bekannt, wer ein solches Heim betreiben sollte, sagt Bürgermeister Ingo Appé (SPÖ). In Arnoldstein gebe es zwar einen potentiellen Betreiber, allerdings sei derzeit nicht klar, ob das Objekt geeignet ist, so Bürgermeister Erich Kessler (SPÖ). Kessler verlangt ein klares Konzept für die Aufteilung und Betreuung von Asylwerbern.

In St. Kanzian wird ein weiteres Asylantenheim abgelehnt, weil in der Gemeinde bereits drei Heime betrieben werden, in denen mehr als 100 Asylwerber untergebracht sind, so Bürgermeister Thomas Krainz (SPÖ).

Dörfler: Gering Akzeptanz in Bevölkerung

Dörfler meinte vor dem Gipfelgespräch, wenn alle Länder einen Beitrag leisten, dann werde es auch eine Lösung geben. Gefragt, warum sein Land nicht die Quote erfüllt, erklärte er, dies sei eben nicht so einfach, wie manche glaubten. Wenn es etwa darum gehe, Quartiere zu finden, seien die Bürgermeister oft dagegen. Man werde die Verpflichtungen „aber gemeinsam lösen“, so Dörfler.

Die Akzeptanz für neue Asylquartiere sei in der Bevölkerung bescheiden, sagte Dörfler am Montag in einer Aussendung. Es stelle sich die Frage, wo es Objekte gebe, die man nutzen könnte, sagte Dörfler. „Viele ehemalige Tourismusbetriebe oder Gasthöfe wollen zwar auf Asylantenbetreuung umsteigen, aber dann sind die Anrainer dagegen und das muss man auch akzeptieren“, so Dörfler. Kärnten stehe zu der 15a-Vereinbarung, aber die fehlenden Quartiere seien ein Problem und es könne auch nicht einfach zwangsverordnet werden.

23.10.2012, <http://kaernten.orf.at/news/stories/2555584/>

.....

### **1.000 Asylwerber aus Traiskirchen in die Länder**

Die Bundesländer sollen bis Ende November 1.000 Asylwerber aus Traiskirchen aufnehmen. Ziel ist es, dass die Länder Privatquartiere schaffen. Sollte dies nicht überall möglich sein, so wird der Bund mit Quartieren - etwa Kasernen - aushelfen.

Wohin mit den Asylsuchenden?

Foto © APA Wohin mit den Asylsuchenden?

Die Bundesländer sollen bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen aufnehmen. Das wurde am Dienstag beim "Asylgipfel" zwischen Bundesregierung und Ländervertretern vereinbart. Ziel ist es, dass die Länder Privatquartiere schaffen. Sollte dies nicht überall möglich sein, so wird der Bund mit Quartieren - etwa Kasernen - aushelfen.

Verteilt werden sollen die 1.000 Asylwerber entsprechend der bereits bestehenden Quote. Einige Länder werden hier mehr beizutragen haben, gab Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (V) zu verstehen. Die vereinbarten Quoten müssen dem unterschriebenen Memorandum zufolge in jedem Fall mit 88 Prozent erfüllt werden, sagte die Ministerin. Sie verwies auf die Steiermark, die die Quote aktuell mit 94 Prozent erfüllt, "das muss auch in allen anderen Ländern gehen".

Regierungsspitze mit Ergebnis zufrieden

Die Regierungsspitze hat sich nach dem Asylgipfel am Dienstag mit der Einigung zufrieden gezeigt. "Wir haben ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann", sagte Vizekanzler Michael Spindelegger (V) nach Ende der Sitzung im Bundeskanzleramt. Bundeskanzler Werner Faymann (S) sprach von einer gemeinsamen Lösung. Man werde das Problem gemeinsam bewerkstelligen, dies sei mit dem Memorandum gewährleistet.

Der Kanzler zeigte sich erfreut darüber, dass man sich nicht nur auf Allgemeinplätze verständigt hat, sondern, dass man auch einen konkreten Termin und konkrete Maßnahmen festgeschrieben habe. Spindelegger sprach von konstruktiven Gesprächen. Man werde nun bis Ende November Fakten schaffen. Das konkrete Ziel laute, bis Ende November "mit Traiskirchen ins Reine zu kommen". Er verwies darauf, dass der Flüchtlingsstrom nicht abreisen werde, vor allem aufgrund der Lage im Nahen Osten.

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (V) betonte, das primäre Ziel sei es, dass die Länder selbst aus eigener Kraft Privatquartiere für die aus Traiskirchen zu übernehmenden 1.000 Asylwerber aufstellen. Nur dort, wo es notwendig ist, werde es Unterstützung des Bundes geben. Neben einer Öffnung von Kasernen könnten etwa auch Container - ähnlich wie für Schulen oder Kindergärten - aufgestellt werden. Diese Quartiere sollen aber nur eine Übergangslösung sein. Die Länder würden damit nicht aus der Pflicht genommen, entsprechend viele Privatquartiere zu schaffen. Eventuellen Bedarf für Hilfe des Bundes sieht die Ressortchefin in Salzburg und Oberösterreich. Auch Faymann betonte, dass es sich hier nur um eine zusätzliche Hilfestellung handeln soll.

Auch Mikl-Leitner betonte, dass die Situation in Traiskirchen unhaltbar sei, bei der nun beschlossenen Maßnahme gehe es um die Entlastung des Flüchtlingslagers.

Pröll: "Großer Schritt"

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (V) hat sich mit der Einigung beim Asylgipfel am Dienstag im Bundeskanzleramt zufrieden gezeigt. Er bezeichnete die Vereinbarung als "ganz großen Schritt in die richtige Richtung". Aus niederösterreichischer Sicht sei wichtig, dass man bei der Belegung von Flüchtlingen deutlich unter 1.000 komme. Pröll rechnet selbst mit 700 bis 800 Asylwerbern in Niederösterreich.

"Ich werde mir das minutiös anschauen", ist Niederösterreichs Landeshauptmann allerdings noch ein wenig skeptisch, wie die Vereinbarung mit den anderen Bundesländern eingehalten wird. Er erhofft sich vor allem eine Entlastung des Erstaufnahmezentrums in Traiskirchen. Diese müsse vor den Wintermonaten geschehen, um für die Asylwerber ein "menschwürdiges Leben" zu ermöglichen.

Kärnten: Lösung realisierbar

Für den Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler (FPK) ist die beim Asylgipfel gefundene Lösung ebenso realisierbar. Allerdings: "Es wird nicht einfach sein." Kärnten hat sich verpflichtet, bis Ende November 150 Asylwerber mehr aufzunehmen, um die Quote zu erfüllen. Geprüft werde derzeit auch, ob eine Kaserne als Unterbringungsmöglichkeit in Frage kommt.

Für Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl (S) ist es wichtig, dass sich alle Bundesländer solidarisch zeigen. In seinem Bundesland müssen bis Ende November 20 Asylwerber mehr untergebracht werden. Er zeigte sich zuversichtlich, dass man dies schaffen wird.

Strache: "Falscher Schritt"

Als einen "falschen Weg" bezeichnete hingegen FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache die Einigung. Ziel müsse es sein, die Zahl der Asylsuchenden zu reduzieren. BZÖ-Chef Josef Bucher forderte eine Erstabklärung darüber, ob der Asylwerber Aufenthalt in Österreich bekommen können, innerhalb von 72 Stunden. Dies könnte seiner Meinung nach helfen, dem "massiven Anstieg der Asylanträge" gegenzusteuern. Die Grüne Menschenrechtssprecherin Alev Korun freute sich zwar darüber, dass die Bundesländer "ihre Verantwortung endlich wahrnehmen", bemängelte aber, dass es "offensichtlich überhaupt keinen Lösungsansatz für kindgerechte Versorgung von Minderjährigen" gebe.

Die Initiative "Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" von Amnesty International, Caritas, Diakonie und SOS-Kinderdorf zeigte sich nach dem Asylgipfel zuversichtlich, "dass jetzt endlich umgesetzt wird, was Bund und Länder seit Jahren versprochen und zugesagt haben". Wenn bis Ende November 1.000 Flüchtlinge von den säumigen Bundesländern übernommen werden, dann sei das "ein erster guter und hilfreicher Schritt".

Zahl der Anträge steigt

Der Bund und die Bundesländer diskutieren am Dienstag bei einem "Asylgipfel" einmal mehr über die Unterbringung von Flüchtlingen. Nur Wien und Niederösterreich nehmen die eigentlich vereinbarten Kontingente auf, die Zahl der Asylanträge stieg zuletzt aber wieder stark - von Jänner bis Ende September verzeichnet das Innenministerium eine Zunahme von 20,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Heuer gab es bis Ende September 12.510 Asylanträge, in der selben Periode im Vorjahr waren es hingegen nur 10.356. Von Jänner bis Ende September 2010 wurden gar nur 8.138 Asylanträge gestellt. Zuvor war die Zahl in dieser Zeitspanne mit 11.577 Anträgen 2009 und 8.894 Anträgen 2008 höher, allerdings nicht auf dem Niveau von heuer.

Zuletzt in den Fokus gerückt ist das Problem der unbegleiteten Minderjährigen. Die Asylzahlen der unbegleiteten Jugendlichen, die im Verfahren bessere Chancen als Erwachsene haben und deshalb oft "vorgeschiedt" werden, steigen unaufhörlich. Wurden im Vorjahr 871 Asyl-Anträge aus dieser Personengruppe bis Ende September eingebracht, waren es heuer in diesem Zeitraum bereits 1.289.

In früheren Jahren gab es solche Phänomene nicht. Beispielsweise wurden 2007 im gesamten Jahr gerade einmal 582 Anträge von unbegleiteten Jugendlichen gezählt. 2008 waren es 874. Bei den Zahlen zu beachten ist, dass bei einem relativ kleinen Teil der Anträge später festgestellt wird, dass die Altersangaben falsch waren, die Jugendlichen also bereits volljährig sind.

In Sachen Unterbringung gibt es aber nicht nur bei den Minderjährigen Probleme - die meisten Bundesländer nehmen nicht so viele Asylwerber auf, wie eigentlich vereinbart. Wien und Niederösterreich übererfüllen ihre Quote deutlich, die Bundeshauptstadt um gleich 43,2 Prozent (Stand Montag). In absoluten Zahlen heißt das: Wien müsste 4.042 Flüchtlinge versorgen, tut es aber bei 5.788. Niederösterreich überschreitet die Quote um 6,7 Prozent.

Relativ knapp dran an den Vorgaben ist noch die Steiermark mit minus 4,5 Prozent. Dahinter folgen schon mit deutlichem Abstand das Burgenland mit minus 15,5, Tirol mit minus 19 und Oberösterreich mit minus 19,4 Prozent. Die größten Quotensünder sind Vorarlberg mit minus 20,8 Prozent, Kärnten mit minus 22,5 und Salzburg mit minus 25,3 Prozent.

23.10.2012 um 16:07 Uhr, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/asyl/3148980>

::

**Asylgipfel: Entlastung für Traiskirchen**

Die Bundesländer sollen bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem mit rund 1.400 Personen überfüllten Erstaufnahmezentrum Traiskirchen übernehmen. Darauf einigten sich Bund und Länder am Dienstag beim "Asylgipfel" im Bundeskanzleramt. Die Länder sollen dafür neue Privatquartiere organisieren. Ist dies in einem Bundesland nicht möglich, so wird der Bund provisorische Quartiere organisieren.

VIDEO: 01:39 min

23.10.2012, [http://www.kleinezeitung.at/allgemein/video/multimedia.do?action=showEntry\\_VideoDetail&project=462&id=263288](http://www.kleinezeitung.at/allgemein/video/multimedia.do?action=showEntry_VideoDetail&project=462&id=263288)

.....

### **Einigung am Asylgipfel Länder sollen 1000 Asylwerber aus Traiskirchen aufnehmen**

\* Pröll: "Ganz großer Schritt in richtige Richtung."

Wien. Die Bundesländer sollen bis Ende November 1.000 Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen aufnehmen. Das wurde am Dienstag beim "Asylgipfel" zwischen Bundesregierung und Ländervetretern vereinbart. Ziel ist es, dass die Länder Privatquartiere schaffen. Sollte dies nicht überall möglich sein, so wird der Bund mit Quartieren - etwa Kasernen - aushelfen.

FOTO: Das Flüchtlingslager Traiskirchen soll "entlastet" werden. APAweb/Techt

Verteilt werden sollen die 1.000 Asylwerber entsprechend der bereits bestehenden Quote. Einige Länder werden hier mehr beizutragen haben, gab Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zu verstehen. Die vereinbarten Quoten müssen dem unterschriebenen Memorandum zufolge in jedem Fall mit 88 Prozent erfüllt werden, sagte die Ministerin. Sie verwies auf die Steiermark, die die Quote aktuell mit 94 Prozent erfüllt, "das muss auch in allen anderen Ländern gehen".

Pröll: "Ganz großer Schritt in richtige Richtung"

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll hat sich mit der Einigung beim Asylgipfel zufrieden gezeigt. Er bezeichnete die Vereinbarung als "ganz großen Schritt in die richtige Richtung". Aus niederösterreichischer Sicht sei wichtig, dass man bei der Belegung von Flüchtlingen deutlich unter 1.000 komme. Pröll rechnet selbst mit 700 bis 800 Asylwerbern in Niederösterreich.

"Ich werde mir das minutiös anschauen", ist Pröll allerdings noch ein wenig skeptisch, wie die Vereinbarung mit den anderen Bundesländern eingehalten wird. Er erhofft sich vor allem eine Entlastung des Erstaufnahmezentrums in Traiskirchen. Diese müsse vor den Wintermonaten geschehen, um für die Asylwerber ein "menschenwürdiges Leben" zu ermöglichen.

Faymann: "Gemeinsame Lösung"

Auch die Regierungsspitze zeigte sich zufrieden. "Wir haben ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann", sagte Vizekanzler Michael Spindelegger. Bundeskanzler Werner Faymann sprach von einer gemeinsamen Lösung. Man werde das Problem gemeinsam bewerkstelligen, dies sei mit dem Memorandum gewährleistet.

Der Kanzler zeigte sich erfreut darüber, dass man sich nicht nur auf Allgemeinplätze verständigt hat, sondern, dass man auch einen konkreten Termin und konkrete Maßnahmen festgeschrieben habe. Spindelegger sprach von konstruktiven Gesprächen. Man werde nun bis Ende November Fakten schaffen. Das konkrete Ziel laute, bis Ende November "mit Traiskirchen ins Reine zu kommen". Er verwies darauf, dass der Flüchtlingsstrom nicht abreißen werde, vor allem aufgrund der Lage im Nahen Osten.

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner betonte, das primäre Ziel sei es, dass die Länder selbst aus eigener Kraft Privatquartiere für die aus Traiskirchen zu übernehmenden 1.000 Asylwerber aufstellen. Nur dort, wo es notwendig ist, werde es Unterstützung des Bundes geben. Neben einer Öffnung von Kasernen könnten etwa auch Container - ähnlich wie für Schulen oder Kindergärten - aufgestellt werden. Diese Quartiere sollen aber nur eine Übergangslösung sein.

Dörfler: "Es wird nicht einfach sein"

Für den Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler ist die gefundene Lösung ebenso realisierbar. Allerdings: "Es wird nicht einfach sein." Kärnten hat sich verpflichtet, bis Ende November 150 Asylwerber mehr aufzunehmen, um die Quote zu erfüllen. Geprüft werde derzeit auch, ob eine Kaserne als Unterbringungsmöglichkeit in Frage kommt.

Für Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl ist es wichtig, dass sich alle Bundesländer solidarisch zeigen. In seinem Bundesland müssen bis Ende November 20 Asylwerber mehr untergebracht werden. Er zeigte sich zuversichtlich, dass man dies schaffen wird.

23.10.2012, 14:31 Uhr, [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/aktuell/496176\\_Laender-sollen-1000-Asylwerber-aus-Traiskirchen-aufnehmen.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/aktuell/496176_Laender-sollen-1000-Asylwerber-aus-Traiskirchen-aufnehmen.html)

.....

### **Burgenland nimmt zusätzliche Asylwerber auf**

In Sachen Asyl haben sich Bund und Länder am Dienstag geeinigt. Die Bundesländer haben sich bereit erklärt, bis Ende November insgesamt 1.000 Asylwerber aus Traiskirchen zu übernehmen. Auf das Burgenland entfallen 20 Asylwerber.

Derzeit nehmen lediglich zwei Bundesländer, nämlich Wien und Niederösterreich, die vorgeschriebenen Kontingente auf. Vor allem die westlichen Bundesländer sollten in die Pflicht genommen werden, sagte Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ), der das Burgenland beim Asylgipfel vertrat. Er forderte vor allem mehr Solidarität - und das wurde nun auch zugesagt.

Die Einigung nach dem Asylgipfel am Dienstag sieht vor, dass die Länder 1.000 Asylwerber aus dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen in Niederösterreich aufnehmen sollen - mehr dazu in Einigung zu Traiskirchen.

„Leichte Aufgabe für das Burgenland“

In einem Memorandum verpflichten sich die Bundesländer bis Ende November insgesamt 1.000 Asylwerber aus Traiskirchen zu übernehmen. Auf das Burgenland entfallen 20 Asylwerber. „Für das Burgenland ist diese Aufgabe leicht zu erfüllen, weil wir nur 20 zusätzliche Asylwerber aufnehmen müssen. Wir werden das - wie vorgegeben - bis November erfüllen“, sagt Niessl.

Ziel: Alle sollen Quote zu über 90 Prozent erfüllen

„Es geht nicht, dass vor allem Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und andere Bundesländer bei weitem die Quote, nämlich aufgrund der Einwohner Asylwerber aufzunehmen, nicht erfüllen - und dass wir im Burgenland über den Jahresschnitt gerechnet diese Quote zu 90 Prozent erfüllen. Da denke ich ist es notwendig, dass alle die Quote zu über 90 Prozent erfüllen. Wenn das der Fall ist, gibt es in Österreich kaum ein Problem“, sagte Niessl.

Quoten gab es freilich bis jetzt auch - nur eingehalten wurden sie nicht. Niessl ist aber zuversichtlich, dass es jetzt anders wird: „Natürlich wird es gelingen, weil die Innenministerin klar gesagt hat - wenn diese Quoten bis November nicht erfüllt werden, dann wird es entsprechende Maßnahmen geben. Dann werden etwa Kasernen zur Verfügung gestellt oder es werden Container in den entsprechenden Bundesländern aufgestellt“, sagt Niessl.

FPÖ fordert erneut Grenzkontrollen

Die FPÖ-Burgenland erneuerte am Dienstag ihre Forderung nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen.

„Grenzkontrollen spielen nicht nur in Bezug auf die importierte Kriminalität eine Rolle, sondern sind auch in Bezug auf das Problem illegaler Zuwanderer von Bedeutung“, sagt Landesparteiobmann Johann Tschürtz.

23.10.2012, <http://burgenland.orf.at/news/stories/2555718/>

.....

### **Tirol muss 110 Asylwerber neu aufnehmen**

Insgesamt müssen sechs säumige Bundesländer - darunter ist auch Tirol - bis Ende November 780 Asylwerber aufnehmen. Tirol verpflichtet sich dazu 110 Flüchtlinge neu aufzunehmen. Darauf haben sich Vertreter der Länder und der Bundesregierung bei einem Asylgipfel am Dienstag in Wien geeinigt.

Das Erstaufnahmezentrum für Asylwerber in Traiskirchen (Niederösterreich) platzt - wieder einmal - aus allen Nähten. Derzeit sind dort um etwa 1.200 Personen zu viel untergebracht, klagt der Bürgermeister von Traiskirchen. Das Ziel des Asylgipfel war es, die Flüchtlinge vermehrt auf die Bundesländer aufzuteilen. Sieben Bundesländer erfüllen die vereinbarte Quote nicht. Tirol erfüllte sie etwa mit nur 82 Prozent.

Zu 1.360 Asylwerbern in Tirol kommen 110

Bis Ende November muss Tirol 110 neue Asylwerber aufnehmen. Für 50 wurden schon Plätze in der Reichenau in Innsbruck und in Dölsach in Osttirol gefunden. Für die restlichen 60 Flüchtlinge steht Flüchtlingskoordinator Meinhard Eiter in Verhandlungen mit den Gemeinden. „Wir werden es schaffen“, zeigt sich Eiter zuversichtlich.

Derzeit sind in Tirol insgesamt 1.360 Asylwerber in der Grundversorgung.

Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP), er ist derzeit auch Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz, spricht nach Ende der Sitzung von einem „guten Ergebnis“.

Zu diesem neuerlichen Engpass an Quartieren sei es gekommen, weil die Asylwerber-Zahlen in der Vergangenheit stark zurück gegangen seien. Erst seit einem halben Jahr seien sie wieder höher, erklärt Flüchtlingskoordinator Meinhard Eiter. Damals habe man Quartiere aufgelassen, jetzt müsse man wieder neue suchen. Das Land Tirol betreibt 15 Heime für Asylwerber, auch in drei Pensionen sind Asylwerber untergebracht.

23.10.2012, <http://tirol.orf.at/news/stories/2555642/>

.....

### 'Kinder gehören nicht in Großlager'

FOTO: Schultaschen Flashmob anlässlich des 'Asylgipfels' in Wien - Amnesty International

Initiative "Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis" fordert verantwortlichen Umgang mit Kinderflüchtlingen. Aktion am Dienstag, 23. Oktober 2012 um 10:45 Uhr vor dem Bundeskanzleramt, Ballhausplatz/Ecke Schauflergasse, 1010 Wien.

Wien, 22. Oktober 2012 - "Kinder gehören nicht ins Gefängnis. Kinder gehören aber genauso wenig in ein Großlager", zeigt sich die Initiative "Gegen Unrecht-Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" von Amnesty International Österreich, Caritas, Diakonie und SOS-Kinderdorf schockiert über die aktuellen Bilder und Berichte aus der Flüchtlings-Erstaufnahmestelle in Traiskirchen. Derzeit befinden sich dort rund 600 Kinder und Jugendliche. Darunter sind einige unter 14 Jahren, die alleine nach Österreich gekommen sind. Sie sind ohne ihre Eltern geflüchtet, die ihnen Schutz und Orientierung geben könnten. Und sie haben in Traiskirchen keinen geregelten Tagesablauf, keine adäquate Betreuung, keine Möglichkeit Deutsch zu lernen oder zur Schule zu gehen.

Anlässlich des morgigen Asylgipfels fordert die Initiative "Gegen Unrecht" einen verantwortlichen Umgang mit Kinderflüchtlingen. "Hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten", kritisiert Heinz Patzelt, Generalsekretär Amnesty International Österreich. "Österreich muss sich seiner Verantwortung für die minderjährigen Flüchtlinge in Traiskirchen stellen. Weil sieben von neun Bundesländern ihre Quote nicht erfüllen, sitzen Kinder und Jugendliche derzeit in Traiskirchen in nicht geeigneten Quartieren fest. Es ist ein menschenrechtlicher Skandal, dass mit den Allerschwächsten ein Ping-Pong-Spiel geführt wird", so Patzelt.

"Flüchtlingskinder dürfen nicht länger als Kinder zweiter Klasse behandelt werden! Die verantwortlichen Politiker[\_innen] von Bund und Ländern müssen einfach umsetzen, was Sie vor Jahren versprochen und vereinbart haben! Ich wünsche mir, dass vom Neusiedlersee bis hinter den Arlberg endlich die Flüchtlings-Quotenregelung ausnahmslos und von allen eingehalten wird!", fordert Caritasdirektor Michael Landau.

"Es war ein steiniger Weg, die Kinderrechtskonvention in der Verfassung zu verankern. Dass aber scheinbar nicht daran gedacht wird, sie auch umzusetzen ist erschütternd", kritisiert Michael Chalupka, Direktor der Diakonie. Die aktuelle Situation widerspreche ganz klar der Kinderrechtskonvention, die nicht nach Nationalität oder Aufenthaltsstatus unterscheidet. "Wir verstehen nicht, warum die Politik in Österreich Unterschiede zwischen Kindern verschiedener Herkunft macht. Für uns sind Kinder Kinder, und sie müssen geschützt und versorgt werden", so der Direktor der Diakonie.

"Während meiner langen Tätigkeit für SOS-Kinderdorf, habe ich viele Schicksale von Kindern miterlebt. In all den Jahren ist mir noch nie ein halbes Kind untergekommen. Es darf nicht vom Pass abhängen, wie viel Unterstützung Kinder erhalten. Braucht ein zehnjähriges Kind aus Afghanistan nur halb so viel zu essen? Nur halb so viel Kleidung? Nur halb so viel Begleitung und Betreuung? Nur halb so viel Schulbildung wie ein Zehnjähriger aus Österreich? Denn unbegleiteten Kindern werden fast ausnahmslos in ganz Österreich nur die halben finanziellen Mittel und Ressourcen zuerkannt wie einem österreichischen Kind, das zum Beispiel in einer Kinderwohngruppe im SOS-Kinderdorf lebt. Es gibt kein halbes Kindeswohl! Deshalb forderte ich: Schluss mit den halben Sachen - es ist Zeit für ganze Lösungen!", so Christian Moser, Geschäftsführer SOS-Kinderdorf Österreich.

Aktuelle Situation außerhalb des Gesetzes

Die aktuelle Situation stehe außerdem im Widerspruch zum Gesetz, betont Heinz Fronek, Experte für Kinderflüchtlinge der asylkoordination österreich. "Unbegleitete Jugendliche unter 14 Jahren dürfen aufgrund eines Beschlusses des Koordinationsrates gar nicht in die Erstaufnahmestelle aufgenommen werden", führt er aus. Weiters entspreche auch die Behauptung der Verantwortlichen, dass die Unterbringung nur für wenige Tage erfolge, nicht der Realität. "Unsere Erhebungen haben ergeben, dass die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahmestelle bei unbegleiteten Kindern extrem lange ist -

im Durchschnitt 150 Tage! Fünf Monate ohne ausreichende sozialpädagogische Unterstützung, ohne Schulunterricht und zusammengepfercht in überfüllten Zimmern", zitiert Fronek aus den Erhebungen der Asylkoordination.

Im Herbst 2010 haben sich Caritas, Diakonie, SOS-Kinderdorf und Amnesty International spontan zur Initiative "Gegen-Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis!" zusammengeschlossen. Die Initiative hat Unrecht benannt, als zwei kleine Zwillingmädchen von ihrer kranken Mutter getrennt und brutal abgeschoben wurden. Gemeinsam mit über 116.000 Menschen und mehr als 75 Organisationen von Pfadfinder[\_inne]n, Kinderfreund[\_inn]en, der Jungen Industrie bis zu Gewerkschaftsjugend wurde sowohl die Einführung der Kinderrechte in die Verfassung erreicht, als auch ein humaner und rechtsstaatlicher Umgang mit Flüchtlingen und speziell Flüchtlingskindern gefordert. Einiges konnte die Zivilgesellschaft gemeinsam zum Positiven verändern. Aus diesem Grund meldet sich die Initiative auch jetzt zu Wort, weil Tag für Tag Unrecht passiert. Weil Politikerinnen und Politiker nicht halten, was sie vielfach in ihren Sonntagsreden versprechen: Nämlich, dass Kinder der höchste Schatz in unserer Gesellschaft sind und dass alle Kinder gleiche Rechte verdienen.

Einladung zur Protestaktion

Am Dienstag, 23. Oktober 2012 findet um 10:45 Uhr (während des Minister\_innenrats, vor dem Pressefoyer) eine Aktion vor dem Bundeskanzleramt statt. "Verlassene" Schultaschen symbolisieren schulpflichtige Kinder, denen aufgrund der Unterbringung in Traiskirchen das Recht auf Schulbildung verwehrt wird. Besuchen Sie uns (oder riskieren Sie einen Blick aus dem Fenster, falls Sie auf das Pressefoyer nach dem Ministerrat warten):

1010 Wien, Ballhausplatz/Ecke Schauflergasse, 10:45 Uhr.

Aussendung der genannten Organisationen vom 22. Oktober 2012.

22. Oct 2012, <http://no-racism.net/article/4226>

.....

### **Hilfsorganisationen fordern von Asyl-Gipfel Lösung für Kinder**

Prominente Hilfsorganisationen fordern vom morgigen Asyl-Gipfel eine Lösung der Kinder-Problematik.

Insgesamt rund 600 unbegleitete Minderjährige (bis 18) sind derzeit in der Erstaufnahme Traiskirchen untergebracht. Ausgerichtet ist diese laut Heinz Fronek von der Asylkoordination für gerade einmal 78. Caritas, Diakonie und SOS Kinderdorf verlangten nun in einer gemeinsamen Pressekonferenz der Initiative "Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis" vor allem von den Ländern, ihre Quoten zu erfüllen.

Wiens Caritas-Direktor Michael Landau ärgerte sich über ein populistisches Pingpong auf dem Rücken einer überschaubaren Zahl von Jugendlichen. Die Politik solle nicht immer nur in Sonntagsreden davon sprechen, dass Kinder der größte Schatz seien. Diakonie-Direktor Michael Chalupka wies darauf hin, dass Kinder "keine heißen Kartoffeln" seien, aber wie solche behandelt würden.

Das Problem der Unterbringung war jüngst öffentlich geworden, als sich die eigentlich zuständige Bezirkshauptmannschaft Neusiedl weigerte, fünf Kinder aufzunehmen, die über das Burgenland nach Österreich gekommen waren, aber letztlich in der Traiskirchener Erstaufnahmestelle gestrandet waren. "Fünf Kinder haben ein ganzes Bundesland überfordert?", fragte Christian Moser von SOS-Mitmensch. Immerhin: Für diese Jugendlichen zeichnet sich eine Lösung mit einer adäquaten Unterbringung in Neudörfel ab, berichtete Landau.

Denn in Traiskirchen fehlt es an den entsprechenden Möglichkeiten, die Kinder zu unterstützen. Sie nehmen nicht einmal am Schulunterricht teil, haben keine Möglichkeit die Sprache zu erlernen und vermissen einen geregelten Tagesablauf: "Man stiehlt ihnen ihre Zukunft", befand Chalupka. Fronek wies darauf hin, dass es eigentlich eine Grundsatzvereinbarung von Bund und Ländern gebe, dass überhaupt keine Kinder in den Erstaufnahmezentren untergebracht sein dürften.

Dass sich die Länder sträuben, Jugendliche aufzunehmen, ist in erster Linie eine Kostenfrage, da hier die Betreuungskosten höher liegen als für Erwachsene. Dies führt laut Fronek zur absurden Situation, dass 17-Jährige oft monatelang in Traiskirchen festsitzen, bis sie 18 und damit volljährig und so leichter zu vermitteln sind.

Überhaupt stellt sich die Situation nach Angaben der NGOs so dar, dass unbegleitete Minderjährige sogar länger in der Erstaufnahmestelle verweilen als Erwachsene, im Schnitt fünf Monate, erklärte Fronek. Zumindest für die Unter-14-Jährigen forderte Landau vom Gipfel eine Lösung, dass diese künftig höchstens noch Stunden in Traiskirchen verbringen.

Gefordert sieht Moser die Politik auch, was die Dotierung der Betreuung von Kindern angeht. Denn die aktuellen Tagsätze für Flüchtlingskinder seien nur halb so hoch wie für österreichische Kinder, die in entsprechenden Einrichtungen betreut werden. "Braucht ein Kind aus Afghanistan nur halb so viel zu essen wie eines aus Österreich", fragte Moser. Landau betonte, dass die

nun angekündigte Steigerung für unbegleitete Minderjährige bloß 3,3 Prozent betrage, für Erwachsene jedoch elf Prozent. Dabei wären für eine Inflationsabgeltung 20 Prozent notwendig.

„Hier werden Menschenrechte mit Füßen getreten“, kritisierte Heinz Patzelt, Generalsekretär Amnesty International Österreich in einer Aussendung. Es sei ein menschenrechtlicher Skandal, dass mit den Allerschwächsten ein Ping-Pong-Spiel geführt wird ein.

Auch das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR mahnte Bund und Länder in einer Aussendung. Aufgrund fehlender Einrichtungen befänden sich momentan in Traiskirchen rund 570 Kinder und Jugendliche, von denen mit fast 400 der Großteil bereits zum Asylverfahren zugelassen ist. Das bedeute, dass diese Kinder und Jugendlichen längst in altersgerechten Quartieren in den Bundesländern sein sollten. Die Zahl der zu schaffenden Quartiere wäre ohnehin überschaubar. Nach dem Bundesländerschlüssel müsste das Burgenland als kleinstes Bundesland ein gutes Dutzend Kinder aufnehmen, Oberösterreich als relativ großes Bundesland nicht einmal 70 Minderjährige.

Handeln ist auch die Devise der Grünen. Deren Migrationssprecherin Alev Korun sieht den Asylgipfel als große Chance, die derzeitige Asyl-Unterbringungsmisere endlich zu beenden. Dazu müssen aber auch Kanzler und Vizekanzler mit "ihren" Landeshauptleuten Klartext reden.

22.10.2012 | 13:05 | <http://www.noen.at/news/gesellschaft/Hilfsorganisationen-fordern-von-Asyl-Gipfel-Loesung-fuer-Kinder;art154,419939>

.....

## Die Asylquotensünder der Länder

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Österreich sorgt erneut für Probleme. Nur zwei Bundesländer, nämlich Wien und Niederösterreich, nehmen die vereinbarten Kontingente auf. Wer wie viele Asylwerber aufzunehmen hat, ist in einer Vereinbarung festgelegt.

Daher lädt das Bundeskanzleramt am Dienstag zu einer Art Krisengespräch, bei dem die säumigen Länder zur Erfüllung ihrer Quoten gedrängt werden sollen. Die Quoten der Vereinbarung zur Grundversorgung richten sich dabei nach der Einwohnerzahl. Finanziert wird die Grundversorgung zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern.

Unterzubringen sind derzeit laut Innenministerium knapp 20.000 Personen, konkret 19.886 mit Stand Freitag. Wien und Niederösterreich übererfüllen ihre Quote dabei deutlich, die Bundeshauptstadt um 43,3 Prozent. In absoluten Zahlen heißt das: Wien müsste 4.039 Flüchtlinge versorgen, tut es aber bei 5.790. Niederösterreich überschreitet die Quote um sieben Prozent.

Teils deutliche Rückgänge

Die übrigen Länder halten sich teils bei weitem nicht an die Vorgaben. Relativ knapp dran ist noch die Steiermark mit minus 4,6 Prozent. Dahinter folgen mit deutlichem Abstand das Burgenland mit minus 15,9, Tirol mit minus 18,9 und Oberösterreich mit minus 19,9 Prozent. Dass es hier schon um große Personengruppen geht, zeigt sich etwa in Oberösterreich, das 3.349 Menschen unterbringen sollte. Tatsächlich sind es aber nur 2.683. Freilich gibt es prozentuell noch größere Quotensünder, nämlich Vorarlberg mit minus 20,9 Prozent, Kärnten mit minus 22,3 und Salzburg mit minus 25,2 Prozent - mehr dazu in [kaernten.ORF.at](http://kaernten.ORF.at) und [oe.ORF.at](http://oe.ORF.at).

Streit über Traiskirchen

Akut wurde die Debatte in letzter Zeit wieder durch den Anstieg der Belegzahlen in Traiskirchen. Eine Grundsatzvereinbarung der damaligen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) mit Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) schreibt fest, dass in der örtlichen Erstaufnahmestelle nicht mehr als 480 Personen untergebracht werden sollen. Tatsächlich sind es derzeit 1.463.

Die Stadt Traiskirchen hat bereits die Prüfung eines bau- und feuerpolizeilichen Aufnahmestoppes angekündigt. Das Innenministerium betont freilich, dass nicht von Überfüllung gesprochen werden könne, seien in Traiskirchen doch schon über 3.000 Flüchtlinge untergebracht gewesen. Trotzdem bemühe man sich, die politische Vereinbarung einzuhalten.

Viele warten auf Abholung in Länder

Würden die anderen Länder ihre Quoten einhalten, gäbe es in Traiskirchen die aktuellen Probleme nicht. Denn mehr als 1.000 Asylwerber, die zum Verfahren zugelassen sind, warten in der Erstaufnahmestelle auf ihre Abholung durch die Länder. Hielten sich diese an die Abmachung, wären in Traiskirchen also nur rund 450 Personen.

Eine Lösung finden will die Regierung am Dienstag mit den zuständigen Vertretern der Länder. Neben Kanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) nehmen an dem Gipfel auch Innenministerin Johanna Mikl-

Leitner (ÖVP) und Verteidigungsminister Norbert Darabos (SPÖ) teil. Letzterer war von Mikl-Leitner vor dem Sommer ersucht worden, nach Kapazitäten in leerstehenden Kasernen zu suchen.

Er wurde dabei aber bisher ebenso wenig fündig wie die Länder, die bereits vor Monaten verstärkte Bemühungen zugesagt hatten. Handlungsbedarf besteht vor allem bei jungen Männern, wie es im Innenministerium heißt. Der Anteil der unter 18-jährigen männlichen Flüchtlinge ist bei jenen, die keine Unterkunft finden, in letzter Zeit deutlich gestiegen.  
Scharfe Kritik von Hilfsorganisationen

Prominente Hilfsorganisationen fordern vom Asylgipfel eine Lösung der Kinderproblematik. Insgesamt rund 600 unbegleitete Minderjährige (bis 18) sind derzeit in der Erstaufnahme Traiskirchen untergebracht. Ausgerichtet ist diese laut Heinz Fronek von der Asylkoordination für 78. Caritas, Diakonie und SOS Kinderdorf verlangten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der Initiative „Gegen Unrecht - Kinder gehören nicht ins Gefängnis“ vor allem von den Ländern, ihre Quoten zu erfüllen.

Wiens Caritas-Direktor Michael Landau ärgerte sich über ein populistisches Pingpong auf dem Rücken einer überschaubaren Zahl von Jugendlichen. Die Politik solle nicht immer nur in Sonntagsreden davon sprechen, dass Kinder der größte Schatz seien. Diakonie-Direktor Michael Chalupka wies darauf hin, dass Kinder „keine heißen Kartoffeln“ seien, aber wie solche behandelt würden.

Grüne erstatten Anzeige

30 unbegleitete Flüchtlingskinder bekommen im Burgenland Asyl, das ist seit der Vorwoche fix. Die grüne Nationalratsabgeordnete und Menschenrechtssprecherin Alev Korun erstattete Anzeige wegen Verdachts auf Verletzung der UNO-Kinderrechtskonvention und des Haager Minderjährigenschutzabkommens. Denn für die Kinder gibt es keine adäquate Betreuung - mehr dazu in burgenland.ORF.at.

Links: Innenministerium [http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/\\_news/bmi.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/bmi/_news/bmi.aspx)  
SPÖ <http://www.spoe.at> ÖVP <http://www.oevp.at>

22.10.2012, <http://oesterreich.orf.at/stories/2555532/>

:::::

### **Erneut Wirbel um Erstaufnahmezentrum**

Einmal mehr sorgt das Erstaufnahmezentrum für Asylwerber in Thalham für politischen Wirbel auf Gemeindeebene. Es geht dabei um die aktuelle Anzahl der Flüchtlinge, die in der Einrichtung des Innenministeriums untergebracht sind.

Die Freiheitlichen kritisieren, dass derzeit bis zu 170 Menschen dort leben würden, obwohl eine Vereinbarung mit Bund und Land ein Maximum von 120 festschreibt. Vor allem wird der Bürgermeister angegriffen, weil er niemanden informiert haben soll. Der Bürgermeister weist das zurück.

Vereinbarung mit Bund und Land

Die grundsätzliche Diskussion um die Anzahl der Asylwerber ist nicht neu. Schon in den vergangenen Jahren hatte es häufiger Klagen aus St. Georgen gegeben, dass dort zu viele Flüchtlinge für die relativ kleine Gemeinde untergebracht seien. Seit 2009 eine Vereinbarung mit Bund und Land geschlossen wurde, die Anzahl der Bewohner im sogenannten Erstaufnahmezentrum West auf 120 zu beschränken, war allerdings Ruhe. Auch in der Gemeinde hat es seither keinerlei Beschwerden gegeben. „Wurden nicht informiert“

Derzeit allerdings würden in Thalham bis zu 170 Asylwerber leben, kritisiert jetzt der freiheitliche Gemeinderat Franz Schneeweiß. Vor allem ärgert er sich darüber, dass der Bürgermeister offenbar Bescheid wisse, aber niemanden über die Überschreitung der vereinbarten Bewohnerzahl informiert habe. Schneeweiß sagt: „Es kann nicht sein, dass solche Entscheidungen, die natürlich mehr oder weniger Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft haben, alleine durch den Bürgermeister in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit dem Innenministerium gefällt werden.“  
Bürgermeister weist Vorwurf zurück

Den Vorwurf des Alleingangs weist Bürgermeister Wilhelm Auzinger (ÖVP) vehement zurück: „Das Innenministerium hätte mich nicht einmal informieren müssen, weil die Erstaufnahmestelle Thalham direkt dem Innenministerium untersteht, und nicht der Gemeinde und nicht dem Land Oberösterreich. Deshalb habe ich es nicht für notwendig empfunden, dass ich irgendeinen Gemeinderat darüber informiere.“

Der Bürgermeister erklärte, dass er dem Innenministerium klar gesagt habe, dass die vereinbarte Grenze weiter gelten müsse: „Aber kurzfristig, aus humanitären Gründen und wenn viele Familien hier sind, kann ich mir eine Aufstockung auf etwa 160 bis 165 vorstellen, aber nur kurzfristig.“

## Bundesweiter Asylgipfel am Dienstag

Mehr sei ohnehin aus Platzgründen nicht möglich, so Bürgermeister Auzinger. Er schlägt ebenso wie Innenministerin Mikl-Leitner (ÖVP) vor, mittelfristig leer stehende Kasernen als Asylunterkünfte zu nutzen, um kleinere Gemeinden zu entlasten.

Derzeit sei der Druck auf die bestehenden Asyleinrichtungen besonders groß, weil die Asylwerberzahlen in den vergangenen Monaten wieder auffallend gestiegen seien. Abhilfe soll ein bundesweiter Asylgipfel schaffen, der für Dienstag anberaumt ist.

22.10.2012, <http://ooe.orf.at/news/stories/2555580/>

.....

### **Asyl: Schlagabtausch geht weiter**

Die Frage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingskinder sorgt im Burgenland weiter für Diskussionen. Nach der Kritik der Grünen melden sich nun die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See und das Land zu Wort.

In Wien findet am Dienstag ein Asylgipfel zur Quotenrelegung der Bundesländer statt. Davor sorgt noch die Betreuung von Flüchtlingskindern weiter für Diskussionen.

Es geht derzeit um mindestens sechs Flüchtlingskinder - sogenannte „unbegleitete Minderjährige“ - die im Bezirk Neusiedl aufgegriffen und dann nach Traiskirchen gebracht worden sind, unter ihnen ein vierjähriger Bub aus dem Kosovo.

### Anzeige der Grünen

Die Grüne Menschenrechtssprecherin Alev Korun hatte Anzeige erstattet, weil der Umgang des Burgenlandes mit Kindern, die auf der Flucht aufgegriffen werden, rechtswidrig sei - mehr dazu in Flüchtlingskinder: Neue Grüne-Kritik. Die Grünen sehen das Jugendwohlfahrtsgesetz verletzt und werfen den burgenländischen Behörden unter anderem eine Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention vor.

### Bezirkshauptmann weist Kritik zurück

Die BH Neusiedl habe außerdem auch gegen das burgenländische Jugendwohlfahrtsgesetz verstoßen, demzufolge der Vierjährige im Burgenland hätte betreut werden müsse, heißt es. Der Bezirkshauptmann von Neusiedl am See, Martin Huber, weist die Kritik der Grünen zurück.

„Das Kind ist dann in der Nacht noch von der Polizei einem Sozialpädagogen übergeben worden und am nächsten Tag in der Früh einer Sozialarbeiterin der Bezirkshauptmannschaft. Und nachdem Familienzusammenführungen gewünscht worden sind, haben wir uns bemüht, den Kindesvater zu finden“, sagt Huber.

Der Kindesvater habe sich im Laufe des Tages bei der Polizei gemeldet. „Wir haben entsprechende Fahndungsschritte gesetzt und innerhalb von 22 Stunden ist unser Bemühen von Erfolg gewesen und der Kindesvater hat im Beisein der Sozialarbeiterin das minderjährige Kind in die Arme nehmen können“, sagt Huber weiter.

### Rezar: „Vereinbarung mit Innenministerium“

Rückendeckung bekommt Huber auch von Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ). Er sagt, dass die Vorgangsweise der BH korrekt gewesen sei und es eine diesbezügliche Vereinbarung mit dem Innenministerium gebe.

„Ich habe in Gesprächen mit Vertretern des Ministeriums vereinbart, dass im Fall eines Aufgriffes von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen unter dem 14. Lebensjahr die örtlich zuständige Jugendwohlfahrt zwar zwecks Stabilisierungsphase des Kindes zur Verfügung steht - wir haben hier von einem Zeitraum von etwa ein bis zwei Tagen gesprochen - und dann die weitere Verbringung an das Erstaufnahmezentrum zu erfolgen hat. Und das Innenministerium hat alle Behörden im Burgenland von dieser gemeinsam vereinbarten Vorgangsweise auch in Kenntnis gesetzt“, so Rezar.

### Innenministerium weist Rezar-Darstellung zurück

Das Innenministerium weist die Darstellung von Soziallandesrat Rezar zurück, wonach die im Burgenland aufgegriffenen unbegleiteten Minderjährigen in Abstimmung mit dem Ministerium nach Traiskirchen gebracht worden sind.

„Ich muss dem widersprechen. Es ist nicht so, dass diese Vorgehensweise mit dem Innenministerium vereinbart gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: Das Innenministerium hat in diesen Fällen auch die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See auch schriftlich aufgefordert, die Verantwortung für diese unbegleiteten Kinder auch zu übernehmen“, sagt der Sprecher des Ministeriums Karl-Heinz Grundböck gegenüber dem ORF-Burgenland.

Korun: „Schutzbehauptung“

Kritik an der Aussage über die Unterbringung des vierjährigen Buben aus dem Kosovo, der im Juli ohne Eltern im Burgenland aufgegriffen und am nächsten Tag nach Traiskirchen gebracht wurde, kommt von den Grünen. Laut Landesrat Rezar sei das Kind in die sozialpädagogische Wohngemeinschaft Rosenhof in Breitenbrunn gebracht worden und dort über Nacht geblieben.

„Ich habe aus sicherer Quelle, dass das Kind in der Nacht nicht in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft untergebracht war“, so Menschenrechtssprecherin Alev Korun zur APA.

„Ich halte es für eine Schutzbehauptung, dass man das Kind mit dem Vater zusammenführen wollte in Traiskirchen“, sagte Korun: „Der Vater wurde erst gegen 18.00 Uhr nach Traiskirchen überstellt - lange, nachdem das Kind aus dem Burgenland nach Traiskirchen gebracht wurde. Erst in Traiskirchen hat man dann feststellen können, dass das Kind zu diesem Mann dazugehört.“

Landau: „Zu wenig Geld“

Soziallandesrat Peter Rezar präsentiert am Montagnachmittag gemeinsam mit dem Wiener Caritas Direktor Michael Landau auch Details der neuen Betreuungsmöglichkeit für 30 Flüchtlingskinder in Neudörfel (Bezirk Mattersburg).

Landau hat heute vormittag in Wien bereits kritisiert, dass die Caritas Flüchtlingskinder nur mit Spendengeld gut versorgen könne, das Geld vom Bund reiche nicht.

Kritik übt auch Michael Chalupka von der Diakonie. „Kinder scheinen so etwas zu sein wie heiße Kartoffeln, die man höchstens hin- und herschiebt, aber am besten gar nicht anrühren mag und dort lässt, wo sie leben müssen - nämlich in Traiskirchen. Denn man möchte sie nicht herausholen, denn das verursacht scheinbar Kosten. Nur: Kinder sind Menschen, dem Kind wohl ist laut der Kinderrechtskonvention Vorrang zu geben“, sagt Chalupka.

22.10.2012, <http://burgenland.orf.at/news/stories/2555569>

:::::

### **Flüchtlingskinder: Neue Grüne-Kritik**

30 unbegleitete Flüchtlingskinder bekommen im Burgenland Asyl, das ist seit der Vorwoche fix. Am Montag werden Details zur Betreuungsvereinbarung mit der Caritas genannt. Die Grünen haben unterdessen ihre Kritik erneuert.

Die Grüne Nationalratsabgeordnete und Menschenrechtssprecherin Alev Korun, hat Anzeige wegen Verdachts auf Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention und des Haager Minderjährigenschutzabkommens erstattet. Sie kritisiert - wie zuvor die Grünen Burgenland - den Umgang des Burgenlandes mit Kindern, die auf der Flucht nach Österreich von ihren Eltern getrennt wurden.

Korun verweist dabei auch auf den Fall eines vierjährigen Buben, der im Juli im Burgenland aufgegriffen wurde, nachdem er eben auf der Flucht von seinem Vater getrennt worden sei. Der unbeaufsichtigte Bub sei ins Flüchtlingslager Traiskirchen geschickt worden, obwohl sich die Jugendfürsorge um ihn kümmern sollte, so Korun.

### **Keine offizielle Stellungnahme**

In der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl kennt man den Fall. Von dort gibt es noch keine offizielle Stellungnahme dazu, ebensowenig wie vom Land. Von der BH Neusiedl heißt es allerdings, das Ganze sei anders gewesen als von den Grünen dargestellt.

### **30 Plätze im Burgenland**

Ab jetzt gibt es jedenfalls 30 Betreuungsplätze für Flüchtlingskinder im Burgenland. Zunächst hatten die Grünen in dieser Angelegenheit Druck gemacht, danach hatte sich auch die FPÖ angeschlossen - mehr dazu in Flüchtlingskinder: Land lenkt ein.

Soziallandesrat Peter Rezar (SPÖ) fordert außerdem eine rasche Reaktion des Innenministeriums auf die steigende Zahl unbegleitete Flüchtlingskinder. Etwa 1.100 Flüchtlingskinder ohne Begleitung sind heuer bisher in Österreich aufgegriffen worden.

22.10.2012, <http://burgenland.orf.at/news/stories/2555484/>

:::::

## **Bundesasylamt: Neuerliche Prüfungen**

Die Stadtgemeinde Traiskirchen drängt auf eine weitere feuerpolizeiliche Überprüfung im Bundesasylamt. Bereits letzten Dienstag hat es eine Prüfung in einem Haus gegeben, dabei sollen mögliche Gefährdungen für Asylwerber und Feuerwehrleute im Falle eines Brandes festgestellt worden sein.

Um welche Gefährdungspunkte es sich handelt, darüber gab die Stadtgemeinde in ihrer Aussendung am Freitag keine Auskunft. Es handle sich um eine laufendes Verfahren, daher gäbe es dazu keine Stellungnahme, hieß es.

Gefährdungspunkte für Asylwerber und Einsatzkräfte

In der Aussendung wird der Leiter des Bürgermeisteramtes Andreas Babler zitiert: „Bei der kürzlich durchgeführten Feuerwehrrübung der FF Traiskirchen Stadt wurden einige mögliche Gefährdungspunkte für Personen aber auch Einsatzkräfte festgestellt und uns als zuständige Behörde übermittelt. Mehr dazu in: Feuerwehrrübung in der Erstaufnahmestelle.„Das ist ein klarer Handlungsauftrag zum Schutz der dort aufhältigen Menschen und auch der Einsatzkräfte im Falle eines Einsatzes. Daher ist es unbedingt notwendig, eine feuerpolizeiliche Überprüfung im Flüchtlingslager durchzuführen“, so Babler. Bürgermeister Fritz Knotzer wird ebenfalls zitiert, er sagte, dass man nicht tatenlos zusehen werde, dass Menschen durch die Überfüllung der Erstaufnahmestelle im Ernstfall einer großen Gefährdung ausgesetzt seien. Mehr dazu in Asyl:Traiskirchen prüft Aufnahmestopp.

Neuer Überprüfungstermin ist noch offen

Wann es die neuerliche feuerpolizeiliche Überprüfung des Bundesasylamt geben soll, steht noch nicht fest. Die Stadtgemeinde drängte seit Monaten darauf die Zahl der Asylwerber zu senken, derzeit halten sich im Bundesasylamt mehr als 1400 Menschen auf, politisch vereinbart ist eine Höchstzahl von 480.

19.10.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2555206/>

.....

## **Caritas fordert mehr Quartiere für Asylwerber**

\* Problematisch sei vor allem die Lage unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, betont die Caritas.

Wien. Es fehle an adäquaten Unterbringungsmöglichkeiten, speziell für unbegleitete minderjährige Asylsuchende, kritisierte am Freitag Caritas-Präsident Franz Küberl. Das Erstaufnahmezentrum Traiskirchen sei mit 1400 Flüchtlingen "dramatisch überbelegt", nur zwei von neun Bundesländern würden die 2004 zwischen Bund und Ländern vereinbarten Unterbringungsquoten erfüllen.

Die Caritas fordert zusätzliche Quartiere. Besonders dramatisch sei die Lage der Minderjährigen: "Sie leben seit Monaten in völlig überbelegten Zimmern, ohne Zugang zu Schulbildung und dringend notwendiger psychologischer Betreuung." Raschestmöglichen Zugang zu Bildung für minderjährige Asylsuchende fordert auch die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch: "Seit Monaten sitzen mehr als 500 minderjährige Flüchtlinge in Traiskirchen fest und erhalten keinerlei Weiterbildung!"

Auch dass Asylwerber aus Geldmangel häufig in baufällige Gebäude abgeschoben werden, kritisierte Küberl. Asylwerbern nach sechs Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren, könnte dem entgegenwirken, glaubt die Caritas.

19.10.2012, 18:12 Uhr, [http://www.wienerzeitung.at/themen\\_channel/wz\\_integration/migration/495548\\_Caritas-fordert-mehr-Quartiere-fuer-Asylwerber.html](http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_integration/migration/495548_Caritas-fordert-mehr-Quartiere-fuer-Asylwerber.html)

.....

## **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Ohne Eltern in Österreich**

\* Niemand fühlt sich für Kinder in Traiskirchen zuständig.  
\* Zahlen EU-weit stabil.

FOTO: Ja wohin sollen sie wirklich? Immer mehr Minderjährige fliehen allein vor Kriegen oder schwierigen Lebensumständen.APAweb / EPA/MAST IRHAM Ja wohin sollen sie wirklich? Immer mehr Minderjährige fliehen allein vor Kriegen oder schwierigen Lebensumständen.APAweb / EPA/MAST IRHAM

Wien. Das Schicksal eines 12-jährigen Buben aus Syrien, der von seinen Eltern am Wiener Westbahnhof zurückgelassen wurde, hat das Problem der unbegleiteten Minderjährigen wieder in den Fokus gerückt. Dieses Kind ist keine Ausnahme. Die

Zahlen der unbegleiteten Jugendlichen, die in Österreich um Asyl ansuchen, steigen. Wurden im Vorjahr 718 Asyl-Anträge aus dieser Personengruppe bis Ende August eingebracht, waren es heuer in diesem Zeitraum bereits 1.109.

Die mit Abstand größte Gruppe darunter stellen Jugendliche aus Afghanistan, von ihnen wurden 776 Anträge verzeichnet. Dahinter folgen junge Asylwerber aus Pakistan (95) und Algerien (44).

Zum Vergleich: 2007 wurden im gesamten Jahr 582 Anträge von unbegleiteten Jugendlichen in Österreich gezählt. 2008 waren es 874.

#### EU-Vergleich

In der gesamten EU waren 2011 mehr als 12.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche registriert. Diese Zahl entspreche allerdings dem Niveau der Vorjahre und dürfte sich in den nächsten Jahren kaum verändern, heißt es dazu seitens der EU-Kommission. Die meisten Kinder kommen aus Afghanistan, Somalia und Guinea in die EU. Im Ländervergleich dürfte Italien und Frankreich die meisten unbegleiteten Minderjährige aufnehmen, Ende 2011 waren es jeweils knapp 6.000. In Spanien liegt die Zahl bei mehr als 5.500, in Belgien betrug sie Schätzungen zufolge rund 4.000.

Der Zustrom unbegleiteter Minderjähriger aus Drittländern sei kein vorübergehendes Phänomen, betont die EU-Kommission in diesem Zusammenhang. "Wir müssen unsere Verfahren verbessern, damit diese Kinder an den Grenzen Europas menschenwürdig aufgenommen werden. Dies setzt eine engere Zusammenarbeit und einen besseren Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten voraus", sagte EU-Innenkommissarin Malmström dazu. Auch sei ein Austausch zwischen der EU und den EU-Staaten mit den Herkunfts- und Transitländern notwendig, um konkrete Lösungen zur Prävention, zur Suche nach Familienangehörigen und zur sicheren Rückführung von unbegleiteten Minderjährigen zu finden.

#### Jugendliche brauchen andere Betreuung

Als Problem stellt sich angesichts der steigenden Zahlen die Betreuung der Kinder dar. Diese sollten eigentlich in geeigneten Einrichtungen wie Heimen oder Wohngemeinschaften untergebracht werden. Laut Medienberichten gibt es in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen in Niederösterreich kein geeignetes Betreuungsangebot, 13 Kinder unter 14 müssen dort wohnen. Acht von ihnen sind schon ohne Vater und Mutter nach Österreich gekommen. Dazu kommt noch eine deutlich größere Zahl in der Altersgruppe bis 18. Mitte September hieß es in der Erstaufnahmestelle Traiskirchen, insgesamt müsse man bis zu 400 Jugendliche unterbringen, die eigentlich in anderen Einrichtungen betreut werden sollten.

#### Aufnahmequote

Was die Unter-14-Jährigen angeht, fühlt sich laut Ö1 für fünf von ihnen überhaupt niemand zuständig. Sie wurden im Burgenland aufgegriffen, deshalb ist laut Innenministerium die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See zuständig. Das Burgenland meint aber, seine Aufgaben schon erfüllt zu haben, seien doch drei unmündige Minderjährige in sozialpädagogischen Einrichtungen im Bundesland untergebracht.

Das Innenministerium kann die Position des Burgenlands nicht nachvollziehen. Denn eine eigene Aufnahmequote für unter 14-Jährige gebe es nicht, stellte ein Ministeriumssprecher im "Standard" klar. Das Burgenland habe sich in der Bund-Länder-Grundversorgungsvereinbarung lediglich verpflichtet, 3,4 Prozent aller Asylwerber zu versorgen, Erwachsene ebenso wie Minderjährige, und auch diese Vorgabe werde um 15 Prozent untererfüllt.

14.10.2012, 10:48 Uhr, WZ Online/cra, [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/top\\_news/493867\\_Ohne-Eltern-in-Oesterreich.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/top_news/493867_Ohne-Eltern-in-Oesterreich.html)

.....

#### **Asyl: Knotzer droht mit Busfahrt nach Wien**

Politstreit um die extrem hohe Zahl an Flüchtlingen im Traiskirchner Erstaufnahmezentrum: Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) fordert die Innenministerin auf, für eine Reduktion zu sorgen, sonst fahre er mit einem Flüchtlingsbus nach Wien.

Die Erstaufnahmestelle Traiskirchen ist wieder in den Schlagzeilen, der Grund sind die 1.380 Asylwerber, die hier derzeit untergebracht sind. Zu viele, kritisiert Traiskirchens Bürgermeister Fritz Knotzer. Er erinnert an die vor zwei Jahren zwischen Land und Innenministerium vereinbarte Obergrenze von 480 und fordert, dass sofort weniger Menschen untergebracht werden, mehr dazu in

Asyl: Traiskirchen prüft Aufnahmestopp.

Knotzer drohte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) Mittwochnacht in der ORF-Sendung „ZiB 2“ mit drastischen Mitteln: „Wenn niemand mehr aufgenommen werden kann, würde ich dort einen Autobus bereitstellen und würde mit dem Autobus in die Herrengasse (Sitz des Innenministeriums in Wien, Anm.) fahren und die Menschen dort abliefern. Dann muss das Innenministerium dafür sorgen, dass die Flüchtlinge aufgeteilt werden.“

Derzeit stellen nur zwei Bundesländer - nämlich Wien und Niederösterreich - ausreichend Plätze zur Verfügung. Die anderen sieben - allen voran Vorarlberg und Salzburg - sind säumig. Sie verwiesen aber am Mittwoch gegenüber der APA darauf, sich redlich zu bemühen, mehr Quartiere zu finden. Eine Absage erteilt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner auch der Forderung aus dem Traiskirchner Rathaus nach Sanktionen für jene Länder, die die Quote nicht erfüllen.

FOTO: ORF - Wartende Asylwerber

Mikl-Leitner: Grundversorgung ausreichend

Kritik kommt auch von den NGOs. So gäbe es Unterbringungsprobleme und strukturelle Mängel in der Grundversorgung: Das Geld für die Unterbringung reiche nur für Massenquartiere, nicht für ein Leben in kleinen Wohneinheiten.

„Wir liegen im internationalen Vergleich im oberen Feld bezüglich der Grundversorgung. Diese Grundversorgung ist ausreichend, sodass man hier auch ordentliche Quartiere zur Verfügung stellen kann“, kontert die Innenministerin in in der ZiB 2 am Mittwoch.

Im Traiskirchner Rathaus prüft man indessen einen Aufnahmestopp aus Sicherheitsgründen. Im Innenministerium hofft man auf eine gemeinsame Lösung. Die Sicherheitsbedenken aus dem Rathaus weist man in der Erstaufnahmestelle zurück, man halte sich an alle Vorschriften. Die Lage sei ruhig, es treten keine Spannungen auf, es gebe ausreichend Betreuer und die Betreuung funktioniere gut, sagt Franz Schabhüttl, der Leiter des Erstaufnahmezentrums.

13.09.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2549820/>

.....

### **Asyl: Traiskirchen prüft Aufnahmestopp**

Die Stadt Traiskirchen hat am Mittwoch die Prüfung eines Aufnahmestopps für die überfüllte Erstaufnahmestelle Ost angekündigt. „Hier geht es direkt um den Schutz der Flüchtlinge“ - etwa im Falle eines Brandes, hieß es aus dem Bürgermeisteramt.

Es dürfe nicht „aufgrund von politischen Spielereien und Unvermögen der Bundesregierung“ zu Schaden bzw. im schlimmsten Fall zu Todesfällen kommen. Im Bedrohungsfall würden die Fluchtwege für so viele Menschen nicht ausreichen, erläuterte der Leiter des Bürgermeisteramtes, Andreas Babler (SPÖ). Daher werde eine bau- und feuerpolizeiliche Sperre geprüft. Erstaufnahmezentrum Traiskirchen ist überfüllt

Im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen befinden sich derzeit fast 1.400 Asylwerber. Dabei gibt es eine Vereinbarung zwischen Bund und Land, dass dort nicht mehr als 480 Personen untergebracht sein dürfen. Das Lager ist also mit etwa 900 Personen überbelegt. „Der Rückstau wird größer, daher ist auch die Belagszahl in kurzer Zeit stark angestiegen“, sagt Franz Schabhüttl, Leiter des Erstaufnahmezentrums.

„Als Stadtgemeinde fordern wir eine sofortige Reduzierung der im Flüchtlingslager aufhältigen Menschen. Die 1.500er Marke rückt immer näher“, so Babler weiter. Es könne keine Rede mehr von einer überschaubaren und gut zu betreuenden Anzahl von Asylwerbern auf dem Areal sein.

Daher fordere Bürgermeister Fritz Knotzer (SPÖ) auch die Erfüllung der Vereinbarung zwischen Innenministerium und Stadtgemeinde mit 300 Personen. „Diese Grenze ist um das fast Fünffache überschritten“, so Babler. Die Vereinbarung von Landeshauptmann Erwin Pröll (ÖVP) mit der ehemaligen Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) auf eine Höchstgrenze von 480 Personen werde „ebenfalls negiert“.

Grafik zur Unterbringung von Asylwerbern in den einzelnen Bundesländern

GRAFIK - APA - Unterbringung von Asylwerbern

Nur Niederösterreich und Wien erfüllen die Quote

Niederösterreich und Wien sind die einzigen Bundesländer, die die Quote zur Aufnahme von Asylwerbern erfüllen. Vorarlberg liegt zum Beispiel um 26 Prozent unter dem Soll-Zustand, Salzburg und Kärnten sind ähnlich säumig. Dieses Problem ist nicht zuletzt politisch ein wiederholtes Reizthema. Die Bundesregierung möchte jetzt bei einem „Asyl-Gipfel“ mit den Landeshauptleuten eine Lösung finden.

Das Land Niederösterreich erhofft sich von diesem Treffen eine Entlastung, so ÖVP-Sicherheitssprecher Gerhard Karner. Ein konkreter Termin für den Asyl-Gipfel steht allerdings noch nicht fest.

12.09.2012, <http://noe.orf.at/news/stories/2549653/>

.....

## **Streit um Kasernen**

### **Asylwerber-Frage: Darabos und Mikl-Leitner im Clinch (Bild: APA/Roland Jaeger)**

Miese Stimmung herrscht derzeit zwischen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungsminister Norbert Darabos. Während dieser weiterhin nichts davon hält, Asylwerber in Kasernen unterzubringen, pocht Mikl-Leitner auf ihren Vorschlag. Und auch Bundeskanzler Werner Faymann kann der Idee der Innenministerin etwas abgewinnen.

Das Platzproblem für Asylwerber müsse man lösen, indem man in erster Linie die Länder verpflichte, ihre Quotenzusagen zu erfüllen, meinte Darabos am Dienstag. Außerdem habe er derzeit keine verfügbaren Kasernen. Zudem müsse man überlegen, ob es der Weisheit letzter Schluss sei, traumatisierte Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten kommen, ausgerechnet in Kasernen unterzubringen.

Zu diesem Argument meinte die Innenministerin: "Entscheidend ist, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf haben und gut betreut werden." Mikl-Leitner betonte, angesichts der Situation in Syrien müsse man alle Optionen für den Ernstfall prüfen. Kaufen will sie eine leer stehende Kaserne jedoch nicht, dies sei rein rechtlich auch gar nicht möglich.

Faymann: "Da ist kein Gebäude ausgenommen"

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger forderten am Dienstag ebenso wie Darabos die Länder dazu auf, die Quoten für die Asylwerberbetreuung einzuhalten. Beide betonten, Mikl-Leitner bei den diesbezüglichen Gesprächen unterstützen zu wollen. Anders als Darabos wollte Faymann allerdings auch die Unterbringung von Asylwerbern in Kasernen nicht ausschließen.

Zuerst gehe es darum, dass alle Bundesländer ihre Kontingente erfüllen, sagte Faymann. Gleichzeitig werde man aber auch diskutieren, ob es zusätzliche Gebäude für die Flüchtlingsbetreuung gebe. "Da ist kein Gebäude ausgenommen, auch kein privates, das geeignet wäre - aber auch kein öffentliches", sagte der Bundeskanzler.

SPÖ OÖ: "Der falsche Weg, das falsche Signal"

Der zuständige oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl von der SPÖ wiederum kann der Idee, Asylwerber in Kasernen unterzubringen, nichts abgewinnen: "Das sind der falsche Weg und das falsche Signal." Ackerl kritisierte am Dienstag, dass die Kostenersätze für die Unterbringung noch nicht valorisiert worden sind. Faymann und Spindelegger sollten dafür Sorge tragen, dass Mikl-Leitner rasch ihre Versprechen einlöse. Damit könne man den Bundesländern die Einhaltung ihrer Zusagen für eine allen Betroffenen zumutbare und nachhaltige Quartierslösung erleichtern.

Der freiheitliche Vize-Parteiobermann Norbert Hofer erklärte, nicht die Unterbringungsfrage sei vorrangig, sondern vielmehr die "Rückführungsfrage". Die grüne Menschenrechtssprecherin Alev Korun hingegen kritisierte, dass ÖVP- und SPÖ-Minister wieder einmal streiten würden, statt eine gute Lösung für die Verteilung von Schutzsuchenden auf die Bundesländer zu finden. Mikl-Leitner solle endlich eine Liste von möglichen Bundesgebäuden für eine Unterbringung und ein Konzept für deren Adaptierung vorlegen. AG/red

24.07.2012, 16:32, [http://www.krone.at/Asylwerber-Frage\\_Darabos\\_und\\_Mikl-Leitner\\_im\\_Clinch-Streit\\_um\\_Kasernen-Story-328819](http://www.krone.at/Asylwerber-Frage_Darabos_und_Mikl-Leitner_im_Clinch-Streit_um_Kasernen-Story-328819)

.....

## **12-Stunden-Sitzung**

### **Asyl-Superbehörde im NR abgeseget - FPÖ: "Es reicht!"**

Der Nationalrat hat am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsparteien das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl beschlossen: Aus 194 mit Fremdenangelegenheiten befassten Behörden wird eine "Superbehörde". Abgeseget wurde zudem die Verschiebung der Zentralmatura, die finanzielle Absicherung des ISTA sowie neue Regelungen bei Berufsfotografie, im Bauwesen und bei Gärtnern. Nach fast zwölf Stunden wurde die Sitzung schließlich beendet.

Europa und Österreich seien massiv von Migrationsströmen betroffen, und um den Anstieg bewältigen zu können, brauche man schlanke, effiziente und rasche Strukturen, betonte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner im Zuge der Debatte um das Asylamt. Mit dem Bundesamt würden Doppel- und Dreifachgleisigkeiten wegfallen, "wir führen das zusammen, was zusammen gehört".

Das Projekt sei ein "weiterer Schritt der Verwaltungsreform". Man werde schnellere Verfahren haben und letztendlich hätten Asylwerber und Fremde auch raschere Klarheit, das sei Gerechtigkeit. Die Innenministerin zeigte sich zuversichtlich, dass das Bundesamt mit 1. Jänner 2014 die Arbeit aufnehmen werde.

"Es reicht", "unübersichtliche Situation", "vertane Chance"

FPÖ- Generalsekretär Harald Vilimsky merkte an, dass es in Österreich die Tradition gebe, stets offen für Personen zu sein, die Schutz suchen - "nur gibt es Punkte, wo man sagen muss: Es reicht". Das Innenministerium habe es verabsäumt, Verschärfungen zu erwirken, stattdessen würden zwei zusätzliche Aufenthaltstitel geschaffen.

Auch die Grünen übten Kritik, inhaltlich allerdings ganz anders als die Freiheitlichen: Menschenrechtssprecherin Alev Korun kritisierte die unübersichtliche Situation bei den Gesetzen und die ständigen Änderungen. Es herrsche Verzweiflung bei Beamten, weil die Handbücher zur Vollziehung der Gesetze so dick seien. Die Situation sei sowohl für die Beamten als auch die "Rechtsunterworfenen" unerträglich.

BZÖ- Sicherheitssprecher Peter Westenthaler meinte, man finde die Idee einer solchen Behörde gut, mit der Umsetzung zeigte er sich aber unzufrieden - es handle sich um eine vertane Chance. Man könne nicht ein Amt schaffen und dann irgendwann den Gesetzes- Dschungel roden, also die Fremden Gesetze zusammenführen. Es gebe bereits 20 verschiedene Aufenthaltstitel, und jetzt würden noch zwei dazukommen, ärgerte sich Westenthaler.

(...) Am Freitag tagt der Nationalrat das letzte Mal vor der Sommerpause.

*AG/red, 05.07.2012, 20:03, [http://www.krone.at/Asyl-Superbehoerde\\_im\\_NR\\_abgesegnet\\_-\\_FPoe\\_Es\\_reicht!-12-Stunden-Sitzung-Story-326775](http://www.krone.at/Asyl-Superbehoerde_im_NR_abgesegnet_-_FPoe_Es_reicht!-12-Stunden-Sitzung-Story-326775)*

.....

### **Auch in Österreich Deutlicher Anstieg bei Asylwerbern in der EU**

(Bild: APA/Helmut Fohringer)

Die Zahl der Asylwerber in der EU hat sich im Vorjahr um 16,9 Prozent erhöht und ist von 257.815 Personen im Jahr 2010 auf 301.375 Personen angewachsen. Die meisten Asylwerber verzeichnete laut dem EU- Statistikamt Eurostat Frankreich mit 56.250 Personen, gefolgt von Deutschland mit 53.260 und Italien mit 34.115. Österreich kam 2011 auf 14.420 Personen, was einem Anstieg von 30,5 Prozent gegenüber 2010 entspricht.

Österreich liegt laut der aktuellen Statistik hinter Belgien (31.915 Asylwerber), Schweden (29.670), Großbritannien (26.430) und den Niederlanden (14.600) auf dem achten Platz unter den 27 EU- Staaten.

Hinter Österreich folgen Griechenland (9.310), Polen (6.900), Dänemark (3.945), Spanien (3.420), Finnland (2.915), Luxemburg (2.150), Malta (1.890), Zypern (1.770), Rumänien (1.720), Ungarn (1.700), Irland (1.290), Bulgarien (890), Tschechien (750), Litauen (525), Slowakei (490), Slowenien (360), Lettland (340), Portugal (275) und Estland (65).

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen EU- Landes liegt Österreich mit 1.715 Asylwerbern pro Million Einwohner hinter Malta (4.525), Luxemburg (4.200), Schweden (3.150), Belgien (2.925) und Zypern (2.200) an sechster Stelle.

Insgesamt wurden im Vorjahr in der Europäischen Union 237.365 Asylanträge in erster Instanz entschieden, 2010 waren es noch 222.105. Dabei standen 177.900 (2010: 167.010) abgelehnte Anträge 59.465 (2010: 55.095) positiven Entscheidungen gegenüber. AG/red

*23.03.2012, 12:30, [http://www.krone.at/Deutlicher\\_Anstieg\\_bei\\_Asylwerbern\\_in\\_der\\_EU-Auch\\_in\\_Oesterreich-Story-315897](http://www.krone.at/Deutlicher_Anstieg_bei_Asylwerbern_in_der_EU-Auch_in_Oesterreich-Story-315897)*